Die Hintermänner von Idomeni Seite 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 12 – 25. März 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Aktuelle Neuauflage
Autor warnte schon vor 25 Jahren vor einem »Sturm auf Europa« 2

Deutschland

Keine Mehrheit für Rot-Rot
Aus Verzweiflung bringt Gysi ein Bündnis der »Linken« mit der Union ins Spiel 3

Hintergrund

Mehr als ein Waffenstillstand
Russlands Rolle im Syrienkrieg 4

Preußen / Berlin

Geplantes Durcheinander
Wie Berlin mit Zuwanderung und Asylflut fertigwerden will 5

Ausland

Haben linke Aktivisten sie bewusst provoziert?
Die Szenen bei Idomeni 6

Kultur

Wer auf dem Geldsack sitzt
Ausstellung rund um den Mammon in Baden-Baden 9

Geschichte

Ehrung der Täter
Die Wahrnehmung der Deutschen als Opfer 10





Zerborstene Scheiben zeugen vom Terroranschlag: Flughafen Zaventem nahe Brüssel Bild: Reuters

Der große Bluff

Das EU-Türkei-Abkommen: Wie man die anderen hinters Licht führt

Der Durchbruch mit der Türkei ist keiner. Es ist höchstens ein wenig Zeit gewonnen worden, spätestens danach geht der Zustrom weiter.

Die Anhänger der Asylpolitik von Angela Merkel feiern das Abkommen der EU mit der Türkei als Durchbruch, der „an ein Wunder“ grenze, weil alle 28 EU-Staaten und die Türkei zugestimmt hätten. Wer sich diesen „Durchbruch“ näher ansieht, dem präsentiert sich das „Wunder“ indes rasch als fauler Zauber. Es scheint eher, als sei es allen Beteiligten vorrangig darum gegangen, Kritiker hinters Licht zu führen.

Die Türkei will die Europäer aufs Kreuz legen, indem sie sich für kaum umsetzbare Zusagen, welche sie zudem jederzeit unterlaufen könnte, Milliarden bezahlen lässt. Deutschlands EU-Partner tun so, als beteiligten sie sich daran, die Folgen des Asylstroms mit zu schultern, was sie in Wahrheit nach wie vor nicht beabsichtigen. Mit ihrem scheinbaren Entgegenkommen aber geben sie wiederum der deutschen Kanzlerin die Gelegenheit, ihren Bürgern echte Fortschritte vorzugaukeln. Daher schweigt Merkel sowohl über das doppelte Spiel der Türken als auch über die Tatsache, dass die europäischen Partner sie mit ihrer „Willkommenskultur“ nach wie vor im selbstverursachten Regen stehen lassen.

Visa-Freiheit: Nun droht Massenzustrom aus der Türkei

Der angebliche Durchbruch ist in Wahrheit ein großer Bluff. Die Einigung lässt zahlreiche Schlupflöcher. Mit Berufung auf internationales und europäisches Recht können sich weiterhin zahllose Menschen einen Weg in die EU (in der großen Mehrheit also nach Deutschland) erklagen, wenn sie erst einmal in Griechenland gelandet sind. So sind Kollektivrückführungen ohne Verfahren weitestgehend unzulässig, zahllose Klagen sind zu erwarten. Hellenische Behörden sollen die Asylverfahren leiten. Dass sie dazu imstande sein sollten, glaubt wohl niemand.

Für die Türkei ist neben den Milliarden die Visa-Freiheit der entscheidende Sieg. Präsident Erdogan geht immer brutaler gegen die kurdische Minderheit und die innertürkische Opposition vor. Für ihn ist die Visa-Freiheit das Ventil, durch welches er die Unliebsamen massenhaft in die EU pressen kann, abermals vor allem nach Deutschland. Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) warnt bereits vor kurdischer Masseneinwanderung.

Und diejenigen Zuwanderer, denen das nun gefundene Verfahren trotz weitgehender Wirkungslosigkeit zu umständlich erscheint, werden sehr bald wieder auf andere „Fluchtrouten“ ausweichen.

Es bleibt dabei: An Obergrenzen und effektivem eigenen Grenzschutz führt kein Weg vorbei, wenn der unkontrollierte Zuzug maßgeblich gebremst werden soll. Wohlklingende, aber letztlich halbseidene Abkommen mit zweifelhaften Regimen wie dem türkischen können dies nicht ersetzen. Vielleicht ist ein wenig Zeit gewonnen, aber nur, bis sich das Schleppernetzwerk auf die neue Lage eingestellt hat. Von einer Lösung des Problems kann keine Rede sein. *Hans Heckel*

Manuel Ruoff:

Placebo

Symbolpolitik bezeichnet eine auf Gesten beruhende Politik“, heißt es in Wikipedia und weiter: „Sie verändert dabei nicht unmittelbar die konkrete Situation oder das konkrete Problem, soll aber gewisse Reaktionen hervorrufen.“ Als eine solche Symbolpolitik muss wohl auch der Vorschlag der oppositionellen Hamburger CDU betrachtet werden, die Schulgebäude mit dem Dreifarb der Bundesrepublik und dem Sternenbanner der EU zu beflaggen. Es ist verständlich, wenn deutschen Patrioten bei der Betrachtung von Schwarz-Rot-Gold warm ums Herz wird, stehen die Farben doch nicht nur für die erste deutsche parlamentarisch-demokratische Republik, sondern auch für die Lützower Jäger der Befreiungskriege und die 48er Revolution. Doch ist Deutschlands Patrioten nicht damit gedient, wenn hinter dem Symbol keine entsprechende auf einen freien, einigen Nationalstaat zielende Politik steht, wenn mit der deutschen Flagge nicht auch die deutsche Kultur hervorgehoben wird. Es sind Zweifel erlaubt, dass Merkels CDU, die ihr Mitglied Merz bei der Leitkulturdebatte schnöde im Regen stehen ließ, das will. Wenn denn aber die Zweifel gerechtfertigt sind, wäre ein Verzicht auf den Vorschlag ehrlicher. Denn einen Missbrauch der Farben für einen Etikettenschwindel, als Placebo für besorgte Bürger, die den Untergang Deutschlands in Multikulti ablehnen, haben weder die Deutschen noch ihre Farben verdient. Ein derartiger Missbrauch zur Täuschung ist mehr als genug, fand doch schon die Stalinisierung Mitteldeutschlands durch Ulbricht und Genossen unter Schwarz-Rot-Gold statt.

Belgien – der »gescheiterte Staat«

Terror kehrt nach Brüssel zurück: Der Stadtteil Molenbeek ist seit Jahren ein sicherer Rückzugsraum islamistischer Terroristen

Mehrere schwere Explosionen haben am vergangenen Dienstag die belgische Hauptstadt Brüssel erschüttert. Über Folgen, Ursachen und mögliche Täter lagen bei Redaktionsschluss noch keine näheren Informationen vor. Allerdings deutet vieles auf Anschläge durch islamistische Attentäter hin, erfolgten die Explosionen doch nur wenige Tage nach der spektakulären Festnahme eines der meistgesuchten dschihadistischen Terroristen in Brüssel.

Vier Monate nach dem islamistischen Terrorkrieg in den Straßen von Paris wurde Salah Abdeslam, einer der Hauptstrippenzieher dieser Anschläge, im Brüsseler Stadtteil Molenbeek, der europäischen Hauptstadt des islamistischen Terrors, festgenommen, wohin er nach den Anschlägen von Paris geflüchtet war. Dort hatte der 26-jährige französische Staatsbürger marokkanischer Abstammung schon zuvor gewohnt. Jeder Tag, den Abdeslam in Freiheit blieb, war ein Schlag ins Gesicht der belgischen Sicherheitsbehörden. Nicht erst die Morde von Paris 2015, auch fast alle anderen Dschihadisten-Angriffe in Frankreich waren in Belgien geplant, auch die Mordwaffen von dort bezogen worden. Der größte Terrorangriff mit Schusswaffen in der Geschichte Westeuropas hat gezeigt, dass solche Attentäter auch in Europa Rückzugsräume haben. Belgien und vor allem das Brüsseler Viertel Molenbeek waren dafür bestens geeignet. Als erster „gescheiterter Staat“ Europas mit oft jahrelangen Regierungskrisen, während derer staatliche Kontrolle nur noch sehr oberflächlich stattfindet, ist Belgien der ideale Nährboden auch für islamistische Gewalt.

Rache für Festnahme von Abdeslam?

Sogar im Schatten der EU-Institutionen konnten in Brüssel islamistische Parallelwelten entstehen, die vollkommen autark sind und nur noch nach den angeblichen Gesetzen Allahs funktionieren. Trotzdem wurde Molenbeek selbst nach den Pariser Anschlägen nicht von oben nach unten in die Mangel genommen. In Belgien wie in Frankreich wird lieber weiter von radikalisierten kriminellen Einzeltätern gesprochen, jeglicher Hinweis auf deren Verbindungen zu salafistischen Milieus und Ideologien dagegen vermieden. Nur so war es möglich, dass der jetzt Gefasste trotz der Gefahr weiterer Angriffe vier Monate weiter im Umfeld seiner Großfamilie und seines salafistischen Milieus unbehelligt weiterleben konnte. Offenbar hat erst das Eingreifen französischer Ermittler in der vergangenen Woche zum Zugriff geführt. Frankreichs Staatspräsident François Hollande machte dann auch bei der Pressekonferenz am Rande des EU-Gipfels als Erster deutlich, dass es sich bei den Attentätern um ein weitverzweigtes salafistisches Netzwerk handele und dass noch mit weiteren Verhaftungen zu rechnen sei.

Vor den Pariser Anschlägen hatte Abdeslam offenbar in Ulm mögliche Komplizen abgeholt, darunter vielleicht die beiden Attentäter vom Stade de France. Nach Meldungen des SWR fuhr Abdeslam dann mit einem auf seinen Namen angemeteten Wagen nach Ulm. Auf dem Weg dorthin sei er in eine deutsche Polizeikontrolle geraten und habe weiterfahren dürfen, obwohl er bereits als Drogenhändler und Kleinkrimineller eine Vorgeschichte hatte. Nach seiner Verhaftung in Brüssel erklärte Abdeslam, dass er nicht nach Frankreich ausgeliefert werden wolle – der „gescheiterte Staat“ Belgien bietet einem wie ihm eben zu viele Vorteile.

Unter dem Eindruck der Anschläge von Paris hatte die belgische Politik versprochen, in Molenbeek „aufzuräumen“. „Wir müssen dieses Problem anpacken und ein für allemal ausmerzen“, tönte beispielsweise Innenminister Jan Jambon. Offensichtlich ist er damit gescheitert. Alles deutet darauf hin, dass der Terror jetzt zurückgekehrt ist. Zurückgekehrt an seine Wurzel, bis ins politische Zentrum Europas. *Bodo Bost/J.H.*

MELDUNGEN

»Ist die Frau ein Mensch?«

Riad – Um zur gesellschaftlichen Entwicklung einen Beitrag zu leisten, kündigte die saudische „Akademie für Erziehung und Beratung der Bevölkerung“ einen Vortrag mit dem Titel „Ist die Frau ein Mensch?“ an. Allerdings stieß sie damit auf teils erbitterte Reaktionen, sodass sie die Veranstaltung schließlich absagen musste. Ihre ein wenig kryptische Erklärung: „Wir haben Voreingenommenheit gemieden, soviel uns der Allmächtige Kraft verliehen hat. Denn dafür müssten wir Rede und Antwort stehen. Tatsächlich aber sollte die Rolle der Frau keinesfalls herabgesetzt werden.“ *FS*

Wahlbetrug nun auch in Stuttgart?

Stuttgart – Dass Manipulationen bei Wahlen mittlerweile auch in Deutschland an der Tagesordnung sind, ist erwiesen. Offensichtlich macht die Landtagswahl in Baden-Württemberg am vorletzten Sonntag in dieser Hinsicht keine Ausnahme. So berichtet eine Bürgerin, die von ihrem Recht der Wahlbeobachtung Gebrauch gemacht hat, von Vorkommnissen im Wahllokal Stuttgart-Killesberg (DRK-Seniorenzentrum). Dort habe sie beobachtet, wie sich ein Wahlhelfer 23 leere Wahlzettel in die Tasche gesteckt habe. Darauf angesprochen, habe der Wahlleiter versucht, die Sache herunterzuspielen, und behauptet, sein Mitarbeiter habe lediglich zwei Stimmzettel als Schmierpapier an sich genommen. Anschließend sei sie von einer Wahlhelferin an ihrer Tätigkeit gehindert worden. Die sofort von ihr verständigte Polizei habe den Wahlhelfer von seiner Arbeit entbunden. Außerdem habe sie, berichtet die Wahlbeobachterin weiter, festgestellt, dass 668 Stimmen abgegeben wurden, obwohl nur 635 Wahlbenachrichtigungen für das Wahllokal verschickt worden waren. Das Personal habe eine aggressive Haltung ihr gegenüber eingenommen habe, habe sie das Wahllokal schließlich verlassen. Jetzt ermittelt der Staatsschutz in dieser Sache. *J.H.*

Was ist eigentlich ein »Migrant«?

Berlin – Anlässlich der Beantwortung einer Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei hat die Bundesregierung den Begriff „Migrationshintergrund“ definiert. Ausgehend von der Mikrozensusdefinition des Statistischen Bundesamtes gehören demnach „zu den Personen mit Migrationshintergrund die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde – sowie alle Zugewanderten unabhängig von ihrer Nationalität“. Daneben zählen zu den Menschen mit Migrationshintergrund laut Bundesregierung auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländer „sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus der Eltern ableitet“. Im Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes würden „zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund – unabhängig vom Herkunftsland – Personen bis zur zweiten Generation gezählt, das heißt neben den seit 1950 aus dem Ausland Zugewanderten selbst (1. Generation) auch deren nach der Zuwanderung in Deutschland geborene Kinder (2. Generation).“ *U.M.*

Aktuell wie nie zuvor

Autor warnte schon vor 25 Jahren vor einem »Sturm auf Europa« – Buch jetzt neu aufgelegt

Einer, der im Zusammenhang mit der heute so brandgefährlichen „Flüchtlingskrise“ rechtzeitig die argumentative Flagge gezeigt hat, ist Manfred Ritter. Er veröffentlichte bereits vor 25 Jahren ein Buch mit äußerst realistischen Prophezeiungen zur Masseneinwanderung nach Deutschland und Europa. Das Buch „Sturm auf Europa. Asylanten und Armutsflüchtlinge. Droht eine neue Völkerwanderung“ ist auch heute noch höchst aktuell und erlebt jetzt im Hase & Köhler-Verlag eine Neuauflage. Die *PAZ* sprach mit dem Autor, der als Landesanwalt in Bayern viele Jahre mit dem Asylrecht befasst war. Das Interview führte Wolfgang von Weiden.

PAZ: *Ihr vor 25 Jahren erschienenes Buch hat in den vergangenen Monaten im Antiquariats-Handel eine rekordverdächtige Preissteigerung erlebt. Vermutlich deshalb, weil es die Zustände vorhergesagt hat, die wir derzeit mit den Armutsflüchtlingen erleben. Im Jahr 1990 haben Ihre Thesen noch zu wütenden Angriffen linker und grüner Medien geführt. Werden Ihre Gegner nun zugeben, dass Sie recht gehabt haben?*

Manfred Ritter: Das ist bei roten und grünen Ideologen leider nicht zu erwarten, obwohl es nun offensichtlich sein müsste, dass meine Argumente für eine „Festung Europa“ zutreffend waren. Im Übrigen war mein Buch in den vergangenen 25 Jahren eigentlich ständig aktuell. Wir hätten heute kein Flüchtlings-Chaos, wenn man meine Vorschläge nicht ignoriert hätte. Man darf allerdings neugierig sein, ob nun wenigstens die „Realos“ unter den Politikern meine Argumente objektiv und ohne Angst vor den darin enthaltenen Tabubrüchen diskutieren werden.

PAZ: *Heute wird zum Asylthema so viel geschrieben wie nie zuvor. Warum glauben Sie, dass Ihr 25 Jahre altes Buch bessere Lösungsvorschläge bietet als die derzeit diskutierten?*

Ritter: Natürlich habe ich kein Monopol auf gute Lösungsvorschläge. Aber bevor man über Lösungen nachdenkt, muss man die Probleme erst einmal in ihrer vollen – globalen – Größe analysieren und sich über elementare Grundsatzfragen einigen. Die elementarste Frage ist die, ob wir aus humanitären Gründen verpflichtet sind, uns bis zur Selbstaufgabe aufzuopfern, um das Elend dieser Welt zu lindern. Dass wir die Welt vom Elend erlösen könnten, glauben ohnehin nur Größenwahnsinnige und Sektierer.



Buchautor Manfred Ritter Bild: privat

PAZ: *Wie heißt Ihre realistische Alternative?*

Ritter: Meine These hierzu lautet: Auch Humanität muss ihre Grenzen haben. Dies schließt Hilfeleistungen in zumutbarem Rahmen nicht aus. Aber ich glaube, dass mehr als 90 Prozent der Europäer es ablehnen, solidarisch mit den einströmenden Armen dieser Welt im Elend und Chaos zu versinken. Über diese Dimensionen des Flüchtlingsproblems muss man sich klar werden. Und mein Buch legt den Schwerpunkt auf diese Fragen, die von den Gutmenschen natürlich ignoriert werden. Deshalb ist es dringend nötig diese Grundsatzargumente wieder in die politische Dis-kussion einzubringen, um die utopischen Weltbilder deutscher Politiker zu korrigieren und das Flüchtlingsproblem so zu behandeln, wie es in anderen Industriestaaten üblich ist.

PAZ: *Merkel und die rot-grünen Ideologen begründen ihre Politik nicht nur mit humanitären Thesen, sondern auch damit, dass man Grenzen im globalen Zeitalter nicht wirksam schützen könne.*

Ritter: Mit humanitären Thesen kann man auch den Kommunismus rechtfertigen. Und genau genommen ist die Masseneinwanderung von Armutsflüchtlingen die Einführung eines neuen Welt-Kommunismus durch die Hintertür. Die rot-grünen Ideologen wollen dafür sorgen, dass jeder das Recht erhalten soll, in ein Land seiner Wahl einzuwandern und sich von den dort lebenden Menschen angemessen versorgen zu lassen, auch wenn diese dann ebenfalls verarmen. Das sollten alle der Vernunft zugänglichen Politiker endlich erkennen. Mit dem Argument, man könne keine Grenze einhundertprozentig schließen, kann man auch auf die Bekämpfung der Kriminalität verzichten, weil man sie nie völlig verhindern kann. Wenn wir nicht in einer neuen Völkerwanderung untergehen wollen, müssen wir vor allem die Außengrenzen Europas mit allen erforderlichen Mitteln schützen. Die beste Grenzsicherung ist allerdings ein wirksames Abschiebungsmodell, das verhindert, dass sich die Flüchtlingsströme – wegen fehlender Erfolgsaussichten – überhaupt in Bewegung setzen. Die im Buch vorgeschlagene „Regionalisierung der Flüchtlingsströme“ mit entsprechenden Finanzierungsmodellen bietet eine sinnvolle Lösung an und müsste vordringlich diskutiert werden.

PAZ: *Jahrzehntelang hat es die deutsche Politik vermieden, in Europa Sonderwege zu gehen. Wird Merkel jetzt mit ihrer Flüchtlingspolitik zur Totengräberin Europas?*

Ritter: Merkel und ihre Anhänger glauben offenbar, dass der Wohlstand in Deutschland für Jahrzehnte gesichert ist, gleichgültig, wie viele Leute einwandern. Dabei droht uns eine weltweite Rezession, die in Europa und besonders im exportabhängigen Deutschland sehr schnell zu einer Massenarbeitslosigkeit und zum Zusammenbruch unserer Wirtschafts- und Sozialsysteme führen kann. Ich habe in meinem Buch bereits eindringlich vor dieser Achillesferse unseres Wohlstandssystems gewarnt. Jetzt ist diese Gefahr – auch wegen der Globalisierung – noch größer geworden. Viele Europäer fürchten daher zu Recht, dass Merkel mit den Flüchtlingen auch noch eine Massenarbeitslosigkeit importiert, unter der die EU zerbrechen könnte. Die moralisierenden Politiker sollten erkennen, dass nicht die „gute“ oder „böse“ Zielrichtung für das Ergebnis entscheidend ist, sondern dass politische Beschlüsse emotionsfrei getroffen werden müssen, wenn man vernünftige Lösungen erreichen will.

Funken für den nächsten Weltkrieg

Gerät der Nahe Osten in Brand, brennt es unweigerlich auch bei uns – Ein Essay von Tahir Chaudhry

Auf syrischem und irakischem Boden werden wir Zeugen eines Gewirrs von Konflikten mit nie dagewesener Sprengkraft und einem akuten Weltkriegspotenzial. Aus Arroganz und Ignoranz scheint den Kriegslüsternen hierzulande nicht klar zu sein, dass auch bei uns die Lichter ausgehen, wenn der Nahe Osten in Brand gesteckt wird.

Das vergangene Jahrhundert war geprägt von rivalisierenden Großmächten und Konflikten, die in zwei Weltkriegen mit mehreren zehn Millionen Toten mündeten. Zudem bestimmten die Ängste vor einem dritten Weltkrieg die Geopolitik des Kalten Krieges. Als die Berliner Mauer fiel, glaubten viele, die Gefahren seien gänzlich aus der Welt. Heute jedoch sehen viele Geostrategen eine Neuauflage des Kalten Krieges.

Schon Henry Kissinger bezeichnete das Schmieden von Allianzen als „diplomatische Apokalypse-Maschine“, die durch relativ unbedeutende Ereignisse wie die Ermordung Franz Ferdinands im Falle des Ersten Weltkriegs einen Weltenbrand entfachte. Gleichermaßen könnte man das Beibehalten großer Atomwaffenarsenale, die auf beiden Seiten zum Abschuss bereitstehende nukleare Interkontinentalraketen umfassen, eine „technologische Apokalypse-Maschine“ nennen. Diese Maschine erzeugt durch die andauernden Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine die nötigen Funken für einen neuen Weltkrieg.

Aus Sicht der US-amerikanischen Führung gibt es sie wieder: die „Koalition der Willigen“, wie schon zu Zeiten des Dritten Golfkrieges im Irak. Nach US-Angaben werden sich schon bald 66 Staaten auf unterschiedliche Weise militärisch in Syrien und im Irak engagieren. Ihre Mission richtet sich offiziell gegen den Terror, allerdings wird der Begriff von verschiedenen Akteuren ganz unterschiedlich definiert. Das Kernproblem: Auf syrischem und irakischem Boden kreuzen sich die – teils gegenläufigen – Interessen der Großmächte und kleinerer Akteure. Vor allem die Rivalitäten zwischen den USA und Russland sowie dem Iran und Saudi-Arabien sind ein großes Hindernis im Kampf gegen den IS und bei der Lösung der Syrien-Krise.

> In den Konflikten in Syrien und Iran sind 66 Staaten involviert

Vor diesem Hintergrund sind gegenseitige Provokationen in der umkämpften Region an der Tagesordnung. Mal erzürnt ein Raketentest der Iraner in der Straße von Hormus die US-Amerikaner, mal sind es die Saudis, die die Iraner mit der Hinrichtung eines einflussreichen schiitischen Gelehrten verärgern, oder es sind die Türken, die einen russischen Kampfjet abschießen, oder Russen, die Raketen auf eine türkische Schiffspassage richten. All dies ist die Folge eines Wettlaufs um Dominanz, der hinter den Kulissen veranstaltet wird. Ein Wettlauf um politischen Einfluss, geostrategische Stützpunkte, Waffenarsenale und Rohstoffsicherung.

Wer blickt da in Syrien und im Irak angesichts der vielen Kriegsparteien überhaupt noch durch? Der syrische Diktator Baschar al-Assad bekämpft die Aufständischen der Freien Syrischen Armee und der Islamischen Front, die Al-Nusra-Front (Al-Kaida) und den IS. Letzterer hat seinerseits einen Krieg gegen die ganze Welt ausgerufen, in der Hoffnung, den angeblich prophezeiten Endzeitkampf zwischen Gut und Böse in der Stadt Dabiq zu provozieren. Seine Kämpfer kommen aus aller Welt, seine Gelder aus Lösegeld-, Erdöl- und Steuereinnahmen, seine Waffen aus Nachbarstaaten und Unterstützung offenbar aus Saudi-Arabien, den Golfstaaten und indirekt aus der Türkei.

Die türkische Regierung bekämpft Assad, auch mithilfe syrischer Turkmenen, und ebenso die Kurden in Nordsyrien. Hierbei nutzt die Türkei den IS vermutlich als Rammbock gegen kurdische Kämpfer, die einen eigenen Staat anstreben. An der türkisch-syrischen Grenze wird anscheinend der tägliche Transport von neuen Dschihadisten und Waffen vorsätzlich übersehen. Die verfeindeten Kurden kämpfen wiederum gegen den IS und gegen Assad mit der Unterstützung der USA, von Großbritannien und Frankreich. Russland hilft Assad im Kampf gegen jeden Feind der syrischen Regierung und pflegt ein angespanntes Verhältnis zum Nato-Mitgliedstaat Türkei.

Nicht nur ohne die Türkei, sondern auch ohne Saudi-Arabien wäre der IS nicht das, was er heute ist. Saudi-Arabien hat der Terrororganisation über eine lange Zeit hinweg massiv unter die Arme gegriffen, da das Königshaus alle sunnitische Gruppen in Syrien und im Irak unterstützte, um die Interessen des Erzfeinds Iran zurückzudrängen. Der Iran und die libanesische Terrororganisation Hisbollah sind am Machterhalt Assads interessiert. Auch im Irak soll die schiitisch-dominierte Regierung erhalten bleiben. Deshalb werden Syrien und der Irak mit Geld, Waffen und Soldaten gestützt. So kämpft die Hisbollah an der Seite Assads gegen alle Rebellengruppen und koordiniert Kampfeinsätze gegen irakische Schiitenmilizen.

Der IS ist nicht die Ursache für die Konflikte im Nahen Osten, sondern er ist lediglich ein Symptom. Das willkürliche Ergreifen einer Partei für die Wahrung eigener Interessen und das blinde Unterstützen von radikalen Bewegungen gegen den gemeinsamen Feind ist die Wurzel allen Übels. Die Beseitigung des IS wäre in einem relativ kurzen Zeitraum möglich, wenn die Großmächte gewillt wären, über ihren sehr langen Schatten zu springen und Kompromisse auf Kosten ihrer Vorteile zu machen.

> Jedes Einzelereignis birgt die Gefahr einer Gewaltspirale

Wie kann es sonst sein, dass eine Mörderbande einen „Staat“ ausruft, ihn eine so lange Zeit am Laufen hält, obwohl sie ja offiziell keinen Handel treiben kann? Würden der Ölschmuggel nach Jordanien und in die Türkei unterbunden, die Lösegeldzahlungen eingestellt, der Ankauf geplünderter Antiquitäten gestoppt, die privaten Geldgeber an den IS in Katar und Saudi-Arabien ausfindig gemacht werden, dann würde sich der „Staat“ kannibalisieren. Die schweigenden Sunniten unter IS-Herrschaft würden gegen die Führung aufbegehren, besonders wenn sie nach der Vertreibung der IS-Terroristen eine Perspektive auf eine gerechte politische Partizipation an einer konfessionsneutralen Regierung erhielten.

Schon seit Jahrzehnten beherbergt der Nahe Osten Freunde, Kollaborateure und Feinde, die allesamt sozusagen von derselben Maxime geleitet sind: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Die Kriegsparteien legen sich auf dem Krankenbett mal auf die linke, mal auf die rechte Seite, im Glauben, dann besser zu liegen. Getrieben von der Angst vor einem Gesichtsverlust ist keine Partei in diesem Muskelspiel bereit, nachzugeben. So traurig es ist: Keiner der Akteure wird für die Wahrung eigener Interessen ohne Menschenrechtsverletzungen auskommen. Wir werden wieder Tote zählen, die im Rahmen westlicher Aktionen im Irak und in Afghanistan noch „Kolleteralschäden“ waren und nun „Opfer“ genannt werden, weil sie russisch-iranischen Aktionen zum Opfer fallen.

Je tiefer man in die komplexen politischen Zusammenhänge und deren mögliche Auswirkungen eintaucht, desto klarer wird: durch jede überzogene Aktion, jeden Fehler und jedes Missverständnis könnte militärische Gewaltanwendung selbstläufig werden und eine Gewaltspirale in Gang setzen, die nicht mehr zu kontrollieren ist. Und dann wären wir bei dem „bösen Wort“, das viele nicht wagen in den Mund zu nehmen: Weltkrieg.

Keine Mehrheit für Rot-Rot

Als Akt der Verzweiflung bringt Gysi ein Bündnis der »Linken« mit der Union ins Spiel

Lange spekulierten SPD und Linkspartei auf ein rot-rotes Bündnis. Doch daraus wurde in Sachsen-Anhalt nichts. Und im Bund sieht es nicht viel besser aus. In beiden Parteien macht sich Verzweiflung breit.

Es ist gut zehn Monate her, da waren Wulf Gallert und Katrin Budde guter Dinge. Da war von einem „Wahlkampf unter Freunden“ die Rede, frei nach dem alten Sepp-Herberger-Motto: „Der Bessere soll gewinnen.“ Zu diesem Zeitpunkt war Budde noch die „First Lady“ der SPD in Sachsen-Anhalt und als solche Nummer zwei in der Großen Koalition mit der CDU. Gallert führte als Chef der Linkspartei die größte Oppositionsfraktion. Gemeinsam wollten beide ein neues Bündnis schmieden, um die CDU-Herrschaft zu beenden. Zur Not auch noch mit den Grünen.

Doch daraus wurde nichts. SPD und Linkspartei verloren im „Land der Frühaufsteher“ dramatisch. Und nicht nur dort. Die SED-Nachfolger präsentieren sich nach den als „Super Sonntag“ bezeichneten Wahlen in drei Bundesländern als mitteldeutsche Kleinpartei. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz blieben sie trotz einer weit verbreiteten Proteststimmung deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde. In Sachsen-Anhalt fiel man hinter der AfD auf Platz drei zurück. Regierungsoptionen Fehlanzeige.

Wulf Gallert, der sich während des Wahlkampfs abwechselnd als „Frauenversteher“ und „Mann der Wirtschaft“ bezeichnet hatte, hat bereits das Handtuch geworfen. Er möchte als Landtagsvizepräsident seine Karriere ausklingen lassen.

Auf Bundesebene ist längst ein Streit über den Kurs der Partei ausgebrochen. Alle Spitzenkandidaten sowie große Teile der Parteiführung hatten sich für eine großzügige Asylpolitik ausgesprochen. Die Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Sarah Wagenknecht, sowie ihr Lebensgefährte, der frühere Parteivorsitzende Oskar Lafontaine, schlugen dagegen Töne an, die im Machtzentrum als „rechtspopulistisch“ bezeichnet wurden. Wagenknecht hatte am Tag nach den verlorenen Wahlen gegenüber dem „Berliner Kurier“ von „Kapazitätsgrenzen und Grenzen der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung« gesprochen. „Es können nicht alle Flüchtlinge nach Deutschland kommen.“ Kipping erklärte dagegen, die Partei lehne Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen klar ab. „Diese Position wird bei uns breit geteilt. Das andere ist nicht die Position der Partei.“ Kipping warnte gegenüber der „Berliner Morgenpost“ davor, sich Positionen der AfD anzunähern. Dies sei „ganz bewusst auch eine Warnung an uns selber“, sagte sie.

> Malu Dreyer verdankte ihren Sieg einzig der Union

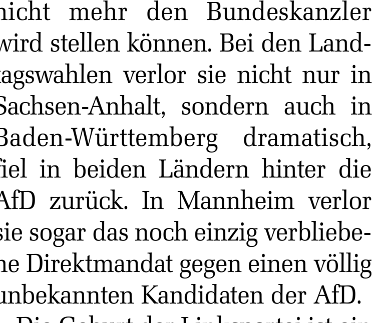
„Wenn wir jetzt auch noch auf AfD light gemacht hätten, müssten wir vielleicht über ganz andere Wahlergebnisse reden.“



Auf ganzer Linie gescheitert: Katrin Budde (SPD) und Wulf Gallert (Linkspartei) Bild: pa

Wie groß die Verzweiflung der Linkspartei ist, zeigt sich an einem Vorstoß Gregor Gysis. Er ermunterte seine Partei sowie die Union, über Regierungsbündnisse nachzudenken. „Die CDU muss jetzt noch nicht den Weg gehen, aber sie und die Linken müssen sich Gedanken machen, dass sie ihn eines Tages gehen müssen“, sagte der Ex-Bundestagsfraktionschef der Verlagsgruppe Madsack. In Sachsen-Anhalt wäre dies eine rechnerisch mögliche Variante. Ministerpräsident Rainer Haseloff (SPD) bliebe sonst nur die Option, mit Grünen und der SPD zu regieren, mit der AfD will er nicht.

Für die Sozialdemokraten ist Gysis Vorstoß eine erneute, schallende Ohrfeige. Gerade Parteilinke wie der stellvertretende Parteivorsitzende Ralf Stegner hatten in der Vergangenheit für ein Bündnis mit den Ex-Kommunisten geworben. Doch die SPD ist mittlerweile auf Bundesebene so schwach, dass sie selbst in einer Dreier-Konstellation nicht mehr den Bundeskanzler wird stellen können. Bei den Landtagswahlen verlor sie nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in Baden-Württemberg dramatisch, fiel in beiden Ländern hinter die AfD zurück. In Mannheim verlor sie sogar das noch einzig verbliebene Direktmandat gegen einen völlig unbekannten Kandidaten der AfD.



Die Geburt der Linkspartei ist ein Trauma, von dem sich die SPD bis heute nicht erholt hat. Ex-Kanzler Gerhard Schröder hatte sich für einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme entschlossen und dafür viel Lob von Seiten der Wirtschaft erhalten. Das war 2003. Über Jahre belauerten sich die beiden feindlichen Geschwister, im Hinterkopf immer der Gedanke, dass man es auf Bundesebene einmal miteinander versuchen könnte, sollte die SPD genug von der Rolle als Juniorpartner der Union haben.

Doch die Sozialdemokraten haben sich aus dem Umfragetief nie mehr erholt, Vize-Kanzler und Parteichef Sigmar Gabriel ist schwer angezählt. Ihn rettete nur der Wahlsieg Malu Dreyers in Rheinland-Pfalz, der allerdings nur dadurch zustande kam, dass sich die Union uneins über die Lösung der Asylfrage war. Dennoch katapultierte sich Dreyer auf einen Schlag unter der die „Top five“ der bekanntesten Sozialdemokraten. Neben ihr können nur Hannelore Kraft (NRW) und Olaf Scholz (Hamburg) in jüngster Zeit einen Wahlsieg vorweisen. Kraft stellt sich im kommenden Frühjahr an Rhein und Ruhr zur Wiederwahl. Sie hatte es 2012 geschafft, die „Linke“ aus dem Landtag zu drängen und eine rot-grüne Regierung zu bilden. Sollte sie 2017 diesen Erfolg bestätigen, dürften die Tage Gabriels gezählt sein. Spätestens.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Asyl: Defizit statt Investition

Köln – Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), widerspricht der These, die derzeit durch den Asylantenzustrom im Staatshaushalt entstehenden Belastungen könnten als Investitionen betrachtet werden. In den Berechnungen, die dieser These zugrunde liegen, seien nämlich die Infrastrukturkosten nicht berücksichtigt. Die jetzt zu tätigen Ausgaben seien „nichts anderes als ein defizitfinanziertes Konjunkturprogramm“, meint der Wirtschaftsprofessor. Er beziffert die Kosten in diesem Jahr auf 22,1 Milliarden und im kommenden Jahr auf 27,6 Milliarden Euro. Die bisherigen Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt seien „nicht ermutigend“. Eine Lösung der Fachkräfteproblematik sei durch die ungesteuerte Zuwanderung nicht in Sicht. *U.M.*

Externe Berater für Ministerium

Berlin – Das Bundesverteidigungsministerium will für die nächsten drei Jahre externe Beratungsleistungen für das Bundesamt für Ausrüstung, IT und Nutzung der Bundeswehr einkaufen und dafür 208 Millionen Euro ausgeben. Zur Begründung heißt es, dass unverändert „punktuelle, passgenaue, flexible, auch kurzfristig abrufbare Unterstützung von größeren Rüstungsprojekten“ gebraucht werde. Dabei gehe es um Fachleute wie beispielsweise auf das komplizierte Vertragsrecht spezialisierte Juristen, die das Bundesamt nicht dauerhaft einstellen könne. Bei bestimmten Vorhaben würde auch zusätzliche Expertise beispielsweise in den Bereichen Budget- und Qualitätsmanagement benötigt, um teure Verzögerungen zu vermeiden. Die Leistungen sollen bei drei Auftragnehmern eingekauft werden, mit denen jeweils ein Rahmenvertrag abgeschlossen werden soll. *J.H.*

Immer weiter ins Zwielicht

Scheiterte die Festnahme des NSU-Trios an Brandenburgs LfV?

Es wird immer wahrscheinlicher, dass auch der Brandenburgische Landtag einen Untersuchungsausschuss zum sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) einrichten wird. Mit dazu beigetragen hat ein Bericht der „Welt am Sonntag“, in dem der Verdacht geäußert wird, am Brandenburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) wäre im Jahr 1998 die Festnahme des NSU-Trios gescheitert. Unter Berufung auf zwei interne Vermerke berichtete die Zeitung, die Behörde habe damals ein Hilfeersuchen des Landeskriminalamtes in Thüringen unter Hinweis auf den Quellenschutz abgelehnt. Zumindest nach Darstellung des brandenburgischen Innenministeriums stimmt die Darstellung so nicht. „Das Entscheidende an Informationen“ sei geflossen, so der Sprecher des Landes-Innenministeriums, Ingo Decker, gegenüber dem Sender rbb. Thüringen habe allerdings weitere Angaben bezüglich der Quelle angefordert, dies sei aber aus Gründen des Quellenschutzes abschlägig beschieden worden.

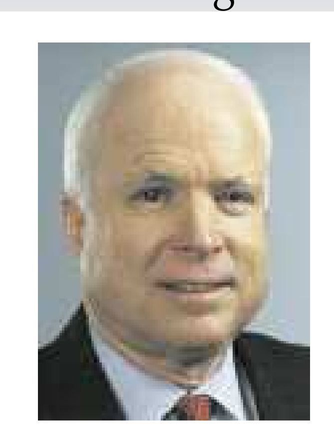
Anhaltspunkte, die im Fall des steckbrieflich gesuchten NSU-Trios für das Vorhandensein einer „schützende Hand“ sprechen, sind durchaus vorhanden. Skeptisch zu sehen ist allerdings die Vermutung, wonach im Jahr 1998 eine Festnahme speziell am Brandenburger Verfassungsschutz gescheitert sein soll. Weitere Informationen aus Potsdam hätten möglicherweise das Bild abgerundet, die Thüringer Ermittlungsbehörden tappten aber keineswegs im Dunkeln. Belegt ist, dass bereits eine Telefonüberwachungsmaßnahme angelaufen war, so dass mit hoher Wahrscheinlichkeit in Erfurt bereits brauchbare Erkenntnisse zu den fraglichen Aktivitäten der Neo-Nazi-Szene vorlagen. So war auch ein auf das Innenministerium in Potsdam zugelassenes Mobiltelefon eines V-Mannes der eigentliche Anlass für eine Rückfrage des Thüringer Landeskriminalamtes in Brandenburg. Es passt ins Bild, dass Brandenburgs Verfassungsschutz das in die Telefonüberwachung geratene Telefon des Informanten noch am Tage der Anfrage austauschte.

> Innenministerium trägt nur wenig zur Aufklärung bei

Um das Agieren der brandenburgischen Behörden äußerst kritisch zu sehen, braucht es nicht erst die Medienberichte über eine „verhinderte Festnahme“. So erscheint allein schon die damalige Zusammenarbeit mit verurteilten Gewalttätern wie der Quelle „Piatto“ äußerst fragwürdig.

Auffällig ist auch, dass vom Innenministerium in Potsdam generell bisher nur wenig getan wurde, die Rolle des brandenburgischen Verfassungsschutzes im NSU-Komplex zu erhellen. So machte im vergangenen Sommer ein V-Mann-Führer der Brandenburger Behörde im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München so vage Aussagen, dass Richter Manfred Götzl schließlich sogar die mitgeführten Unterlagen beschlagnahmen ließ. Auch im Brandenburgischen Landtag spielte der NSU bislang nur in der geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommission eine Rolle. Einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss hat es wegen der Blockade seitens der SPD noch nicht gegeben. Die CDU-Fraktion und die Grünen im Brandenburger Landtag wollen Ende April einen Antrag für einen NSU-Untersuchungsausschuss stellen. Im Gegensatz zu früher hat inzwischen auch die SPD signalisiert, das Vorhaben unterstützen zu wollen. *N.H.*

Zeitzeugen



John McCain – Der US-Senator ist sauer: „Putin macht aus uns allen in jeder Hinsicht Idioten.“ Mit dieser Feststellung quittierte er den Teilrückzug der russischen Streitkräfte aus Syrien. Die USA seien wieder einmal nicht auf einen Schachzug Putins vorbereitet gewesen. McCain stellte eine Frage an den „sehr geehrten Barack Obama“: „Warum gelingt es Putin in allen Richtungen, aus uns Vollidioten zu machen und dabei das in Jahrzehnten Erarbeitete in der Politik und letzten Endes damit auch die Macht der USA zu zerstören?“



Adel al-Dschubeir – Der Kronprinz und Außenminister von Saudi-Arabien wiegt sich in der Hoffnung, den Teilabzug der Russen aus Syrien ließe sich dazu nutzen, dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu Zugeständnissen zu bewegen, wie die Agentur Reuters berichtet. Nicht zuletzt deshalb bezeichnet der Minister den Kreml-Beschluss als „positiven Schritt“. Er scheint den Vorgang als eine Schwächung Assads zu verstehen. Dabei zieht er nicht in Erwägung, dass die Russen die Marinebasis in Tartus und der Luftstützpunkt Hmeimim weiterhin nutzen werden und bei einer Verschlechterung der Lage ihre Kampfeinheiten schnell wieder einsetzen können.



Sergej Lawrow – Der russische Außenminister besteht darauf, dass die Kurden an den kommenden Syrien-Verhandlungen teilnehmen. Russland wolle dies ausdrücklich von der Uno fordern, wie der Minister in einem Interview gegenüber dem TV-Sender Ren-TV sagte.

Wladimir Putin – Der russische Präsident hat das Rätsel um die Kosten für den Einsatz der russischen Luftwaffe gelüftet. Es handelt sich um rund eine halbe Milliarde Euro. Dennoch haben die Aufwendungen nichts mit dem Rückzug der meisten Flugzeuge zu tun. „Natürlich bedarf der Syrien-Einsatz gewisser Ausgaben. Deren Großteil setzte sich jedoch aus Mitteln des Verteidigungsministeriums zusammen. Das sind 33 Milliarden Rubel, die von vornherein im Haushalt des Ministeriums für Militärübungen und Gefechtsausbildung geplant waren“, so Putin.

Mehr als ein Waffenstillstand

Moskau arbeitet bereits an der Vorbereitung einer politischen Lösung des Konflikts

Dass der Einsatz der russischen Luftwaffe in Syrien gegen den Islamischen Staat und andere Terrororganisationen militärtechnisch und logistisch eine Meisterleitung war, können nicht einmal pathologische Russland-Feinde bestreiten. Doch im Hintergrund leistete Moskau gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag dazu, die politische Lösung des Konflikts nach einer Beendigung der Kämpfe vorzubereiten. Dazu ist gegen Ende Februar auf dem russischen Luftstützpunkt Hmeimim ein Koordinierungszentrum eingerichtet worden.

Dieses Zentrum für die „Versöhnung der Konfliktparteien und die Implementierung eines Überwachungsmechanismus für den Waffenstillstand“ wurde, so der Sprecher des russischen Verteidigungsministers, Igor Konaschenkow, in Absprache mit den USA geschaffen. Der Waffenstillstand, der sich entgegen vielen Befürchtungen als erstaunlich stabil erweist, ist denn auch der erste Erfolg des Zentrums.

Schwerer zu verwirklichen ist ein weiteres Ziel, nämlich zur Versöhnung zwischen den syrischen Behörden und der Opposition beizutragen. Dabei sind wie beim Waffenstillstand Terrororganisationen wie der Islamische Staat (IS) oder die Al-Nusra-Front ausgeschlossen.

Bei der Versöhnung mit der Opposition hat die syrische Regierung einen entscheidenden Schritt getan. Sie sei, so Präsident Baschar al-Assad, bereit, eine Amnestie für jene Mitglieder oppositioneller Gruppierungen zu gewähren, die ihre Waffen niederlegen und sich an der friedlichen Regelung beteiligen. Assad garantiert: „Sollten Oppositionelle ihre Waffen niederlegen, werden wir ihnen die Amnestie erklären, und das geschah in den letzten beiden Jahren und in letzter Zeit immer öfter. Viele von ihnen haben die Waffen gestreckt. Manche sind in die Reihen der syrischen Armee eingetreten.“

Militärtechnische und logistische Meisterleistung

Bemühungen um den Frieden gelten indes nicht nur den bewaffneten Konfliktparteien. So ist im Dorf Marzaf durch die Vermittlung russischer Offiziere ein Abkommen über den Beitritt der Zivilbevölkerung zum Friedensprozess unterzeichnet worden. „Das ist eine sehr skrupulöse und sensible Arbeit, die auf religiösen und nationalen Momenten beruht. Aber etwa 30 Ortschaften haben schon entsprechende Anträge über den Beitritt zum Friedensprozess und zu Verhandlungen unterschrieben“, sagte der Chef der Versöhnungsgruppe der Provinz Hama, Oberstleutnant German Rudenko.

Nach der Darstellung des russischen Militärs beinhaltet das Abkommen mit den örtlichen Behörden als zentrale Punkte: Nichtanwendung von Waffen gegen die Regierungstruppen, Unterstützung des Friedensprozesses und Zustimmung zur Rückkehr der Staatsmacht in die betreffende Region.

In der arabischen Welt ist ein solches Bemühen ohne die Hilfe lokaler Autoritäten zum Scheitern verurteilt. Darauf hat sich das russische Militär eingestellt. Oberstleutnant Rudenko teilt mit: „Dank der Arbeit unserer Gruppe haben wir Kontakt zu Scheich Mubarak aufnehmen können, der sich bereit erklärt hat, uns beim Verhandlungsprozess zu helfen.“

Scheich Ahmed Mubarak würdigte seinerseits die wesentliche Rolle Russlands beim Aussöhnungsprozess in Syrien. „Ich möchte der Russischen Föderation für die Unterstützung des syrischen Volkes und der syrischen Armee danken, die dazu verholfen hat, die Terroristen von unserem Territorium zu vertreiben und diese Waffenruhe unter unseren Menschen zu erreichen. Unser Territorium war erobert worden und der Konflikt hatte sich verschlimmert. Wir müssen sie (die Terroristen) verdrängen, damit die Menschen in ihre Häuser zurückkehren können“, so Scheich Mubarak.

Doch der Scheich ist nicht der einzige, der diesen Weg geht. Anfang März sind Vertreter von fünf syrischen Oppositionsgruppen und Geistliche im russischen Zentrum zusammengekommen. Den Anstoß zur Aufnahme des politischen Dialogs habe ihnen die aktuelle Feuerpause gegeben, erklärten sie. Inzwischen sind bereits 40 Vereinbarungen unterzeichnet worden, so das russische Verteidigungsministerium.

Zudem hat sich das Zentrum bereit erklärt, für die Sicherheit jener Oppositionschefs zu sorgen, deren Verbände sich der Waffenruhe angeschlossen haben. General Sergej Kuralenko, teilte mit, dass darüber bereits 23 Gespräche mit verschiedenen Oppositionsführern abgehalten worden seien. Dabei sei bereits ein deutlicher Wandel sichtbar: Hätten die Oppositionellen bei den ersten Gesprächen Sicherheitsgarantien vor drohender Gefahr durch syrische Regierungstruppen gefordert, „so bitten sie uns jetzt um Schutz vor dem IS und anderen Terrororganisationen, die Jagd auf jene Oppositionelle machen, die die Waffenruhe unterzeichnet haben.“ *Florian Stumfall*



„Versöhnungszentrum“ in Latakia: Generalleutnant Sergej Kirilenko überwacht am PC die Einhaltung der Waffenruhe Bild: Getty

Die Türkei bekämpft die Kurden weiter

Während der Waffenstillstand in Syrien Möglichkeiten einer politischen und diplomatischen Beilegung des Zwistes eröffnet, zeigt sich die Türkei davon völlig unbeeindruckt. Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte, er werde die Kurden-Milizen von der Feuerpause ausnehmen. Als Begründung führte er an, die kurdischen Milizen seien ebenso „terroristische Organisationen“ wie der Islamische Staat. Das bedeutet, dass die Türken unvermindert bekämpft werden, denn gegen jemand anderen als die Kurden haben sich ihre Angriffe nie gerichtet.

Nachdem der Waffenstillstand in Kraft getreten war, nahmen die Türken Anschläge in ihren Städten zum Vorwand, kurdische Dörfer in Syrien über die Grenze hinweg mit Artilleriefeuer zu belegen. Dabei macht der türkische Premier Achmed Davutoglu kein Hehl daraus, wem die Sympathien gelten. Mit Blick auf den IS, der sich noch in Aleppo festhält, sagte er: „Wie würden sie sich verteidigen können, wenn es die türkische Unterstützung für das syrische Volk nicht gäbe?“

Verschiebt die Türkei ihre Grenze?

Zudem berichten Angehörige der kurdischen Landwehr, dass die türkischen Streitkräfte auf das syrische Territorium eindrängen und längs eines 98 Kilometer großen Grenzabschnittes zwischen den Städten Afrin und Kobanê die Staatsgrenze verschieben würden. Dabei handelt es sich um die seit Längerem von Ankara ins Spiel gebrachte „Pufferzone“.

Da sie auch während des Waffenstillstandes unter türkischem Feuer liegen, haben die Kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) Russland und die USA über eine Verletzung des Waffenstillstandes durch die Türkei informiert. „Das YPG-Kommando hat an das russische und das US-amerikanische Koordinierungszentrum für die Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien ein diesbezügliches Schreiben gerichtet. In dem Dokument wird über den Beschuss der kurdischen Stellungen nahe dem Dorf Hereze im Norden der Provinz Haseke durch die türkische Armee berichtet“, heißt es. *FS*

Lob von Brahimi

»Russland hatte damals eine realistischere Herangehensweise«

Die Entscheidung von Russlands Präsidenten Wladimir Putin, den Großteil der russischen Soldaten und Militärtechnik aus Syrien abzuziehen, hat weltweit die Öffentlichkeit überrascht, einige Staatschefs aber wurden vom Kreml im Vorfeld von dem Vorhaben unterrichtet, so auch der US-Präsidentn Barack Obama. Aus diesem Anlass erörterten Putin und Obama bei ihrem Telefongespräch die Lage in Syrien. Sie waren sich beide zumindest dem Bekunden nach darin einig, dass es wichtig sei, vor allem im militärischen Bereich für eine reibungslose Koordinierung zu sorgen. Auch Syriens Präsident Baschar al-Assad war vorab von Putin davon unterrichtet worden, dass Russland Kräfte aus Syrien abziehen werde, und Assad zeigte sich mit dem Vorhaben vollständig einverstanden.

Lakhdar Brahimi, der ehemalige Sondergesandte der Vereinten Nationen in Syrien, äußerte derweil gegenüber dem Sender Al Jazeera, der Konflikt in Syrien hätte schon vor vier Jahr geregelt werden können, wenn der Westen früher auf Russland gehört hätte. „Russland hatte damals eine realistischere Herangehensweise in Syrien vorgeschlagen als die anderen. Ich glaube, alle hätten öfter den Russen zuhören sollen. Sie wussten, wie die Situation in Wirklichkeit war.“

BBC sieht Putin im Syrienkonflikt vor Obama

Brahimi zufolge gibt es keine „guten Kerle in der syrischen Tragödie“, westliche und muslimische Staaten hätten die Interessen der Bürger Syriens als Hauptpriorität anerkennen müssen.

Beim Kaffeesatz-Lesen über Putins Gründe, das Syrien Engagement zurückzufahren, kam die BBC zu einem interessanten Ergebnis. „Bislang gibt es in dem ‚großen Spiel‘ in Syrien keine klaren Sieger“ so der Beitrag, „doch Wladimir Putin ist es gelungen, die Operation zur Festigung der Positionen des Präsidenten Syriens Baschar Assad auf einer positiven Note abzuschließen. In der langfristigen Perspektive kann er immer noch verlieren, aber jetzt kontrolliert der russische Führer die Situation und ihre Folgen. Betrachtet man die Ereignisse der letzten sechs Monate, so ist Putin der Erreichung seines Ziels viel näher als Obama.“

Florian Stumfall

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Geplantes Durcheinander

»Masterplan Integration«: Wie Berlin mit Zuwanderung und Asylflut fertigwerden will



Tropfen auf den heißen Stein: Rund 3000 Interessierte kamen am 29. Februar zur Vermittlungsbörse in Berlin, wo 200 Firmen Berufsperspektiven für Neuzuwanderer vorgestellt haben

Bild: Getty Images

Ein „Masterplan“ soll die Integration der massenhaft nach Berlin strömenden Asylbewerber strukturieren helfen. Doch schon sein merkwürdiges Zustandekommen wirft peinliche Fragen auf.

Am 15. März stellte Berlins Senat den neuen ressortübergreifenden „Masterplan Integration und Sicherheit“ vor. Die Federführung hat die wegen bisher mangelhafter Eingliederungsprogramme umstrittene Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD). Der Plan bündelt alte und neue Pläne des Senats rund um die Zuwanderungskrise: Mehr Plätze in Kindertagesstätten, ein „Ankunftszentrum“ in Tempelhof und die Entlastung des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso). Sechs Kernpunkte sollen die Integration leiten, dazu gehören auch die bisherigen Dauerbaustellen der Berliner Politik namens Wohnraumschaffung und Bildung. Ein „Willkommenspaket“ soll Zuwanderern deutsche Werte vermitteln.

Kaum ist der Plan raus, ist die inhaltliche Auseinandersetzung vorbei: Die rot-schwarze Koalition hat mit ihrer Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus eine Debatte um ihren Masterplan abgewürgt. Die Opposition kritisierte umgehend: „Die Koalition stellt sich der Diskussion nicht.“ Nun ist das Thema parlamentarisch auf den Mai vertagt. Bis dahin könnten sich einige Wogen glätten, die der Plan durch seinen Inhalt und die Art seines Zustandekommens auftürmt, so das Kalkül des Senats.

Das ganze Wie und Warum ruft in den eigenen Reihen Fragen auf. Die Vergabe an die Beraterfirma McKinsey bei einem Beraterhonorar kurz unter der Schwelle, die eine öffentliche Ausschreibung nötig macht, erregte zusätzliche Kritik. Nach Medienberichten stand nun überdies die rein handwerkliche Umsetzung des Plans im Zweifel, wie pikanterweise CDU-Fraktionsvize Stefan Evers nahelegt: „Wenn es stimmt, dass McKinsey nur deshalb ohne Ausschreibung einen Viertel-Million-Vertrag bekommen musste, weil (der Regierende Bürgermeister, SPD) Michael Müller über diesen Umweg seinen Busenfreund Lutz Diwell Geld zuschanzen wollte, haben wir es mit einem wirklich üblen Fall von Sozi-Filz zu tun.“ Hatte also Berlins Bürgermeister Müller die vermeintlich durch skandinavische Regierungsberatung qualifizierte Firma nur beauftragt, um seinen Parteifreund Diwell indirekt finanziell zu versorgen? Hintergrund: Diwell hat den „Masterplan“ für McKinsey erarbeitet und damit vom Honorar über 238 000 Euro wohl ein gutes Stück abbekommen. Angesichts der peinlichen Debatte hat sich McKinsey wieder zurückgezogen.

Schwerer als der Filzvorwurf wiegt das, was Berlins Politik derzeit inhaltlich in Sachen Integration vermittelt – Chaos. Zeitgleich zum neuen Plan erweckt der Senat nämlich den Eindruck, ausgerechnet bestintegrierte und aussichtsreiche internationale Studenten abzuschieben. Das Ressort von Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) steht mit der Förderung Berlins als Studienort für Ausländer im Gegensatz zur Ausländerbehörde in der Zuständigkeit von Innensenator Frank Henkel (CDU).

Mittelvergabe wirft einen schweren Verdacht auf

Diese Behörde gewährt seit einigen Monaten ausländischen Studenten mehrerer angesehener internationaler Hochschulen keine Visa mehr. Selbst Studenten teurer ausländischer Privatschulen sind betroffen. Das Amt beschied unter anderem den Studiengängen der Londoner „Met Film School“ (die seit 2012 eine eigene Außenstelle in Berlin unterhält) gegen bisherige Verfahrenspraxis, dass „keiner der angebotenen Studiengänge zu einem anerkannten deutschen Hochschulabschluss führt“.

Darum verweigert sie Nicht-EU-Studenten der „Met“ das nötige Visum. Was über Jahre anerkannt war und zu Berlins politischer Werbung als weltweiter Bildungsstandort beitrug, der Stadt auch neben den Studiengebühren Geld einbrachte, ist plötzlich unerwünscht. Die politische Botschaft geht noch weiter: Wer über Bildung integriert ist, ist nicht gewollt. Der Zuzug geringqualifizierter und daher weit weniger leicht integrierbarer Menschen hingegen hat einen Masterplan verdient. Der Senat will sich mit dem Plan auf sechs Kernpunkte der Integration konzentrieren: 1. Ankunft, Registrierung, Leistungsgewährung, 2. Unterbringung und Schaffung von Wohnraum, 3. Bildungsangebote, 4. Arbeitsmarktintegration, 5. Sicherheit und 6. Stadtgesellschaft.

Der Senat sieht darin vor, die Zuwanderung zu verstetigen – 50 000 Menschen können demnach 2016 nach Berlin kommen. Erst 2018 werde sich dieser Neuzugang halbieren. Es könnten zudem noch viele Asylantragsteller aus anderen Bundesländern nach Berlin ziehen, wenn ihr Verfahren dort abgeschlossen sei oder der Familiennachzug greife.

Besonderen Wert legt der Senat auf das „Willkommenspaket“. Es enthält mehrsprachige Faltblätter, die Sprachkurse und „Werte“ anpreisen und Sprachgutscheine enthalten. Das Paket soll über Behörden informieren und Frauen aufklären, an wen sie sich bei Missbrauch wenden können. Kolat verbindet das Paket mit Investitionen, wie sie Berlin seit Jahren nicht erlebt hat: Bis 2018 will sie 14 000 neue Kindertagesstättenplätze schaffen, das Personal in Jobcentern und bei der Polizei aufstocken. Bei der Sicherheit betont der Senat, man wisse, es kämen auch Salafisten. Daher will der Senat die polizeiliche Extremismusbekämpfung ausweiten – eine Absichtserklärung, denn Zahlen für mehr Personal wollte die Senatskanzlei ausdrücklich nicht bekanntgeben. *Sverre Gutschmidt*

Die Profiteure der Flüchtlingspolitik

VON VERA LENGSFELD

Als Sebastian Czaja, Spitzenkandidat der FDP für die Abgeordnetenhauswahl in Berlin, auf einer Veranstaltung des „Forums Mittelstand“ über „Rechtsstaatliche Ordnung statt Chaos und unkontrollierte Zuwanderung“ referierte, ging er heftig mit den unhaltbaren Zuständen ins Gericht, die in der Berliner Verwaltung herrschen. Dass sein Lösungsvorschlag, die Registrierung von Neuankömmlingen in die Hände von Unternehmen zu geben, „die etwas von Registrierung verstehen“, funktioniert, darf angesichts des jüngsten Skandals in Berlin bezweifelt werden.

Die Senatskanzlei nutzte die aktuelle Zuwandererkrise aus, um verdienten Parteifreunden lukrative Aufträge zuzuschanzen (siehe Beitrag links).

Der Senatskanzleichef Björn Böhning hatte anscheinend über den Umweg des Senatsberaters McKinsey dem ehemaligen SPD-Staatssekretär Diwell einen hochdotierten Auftrag zugeschoben. Als der Deal aufflog, argumentierte der Regierende Bürgermeister Michael Müller, als er vors Abgeordnetenhaus zitiert wurde, um Rede und Antwort zu stehen, ausgerechnet wie Kanzlerin Merkel, die angesichts der Flüchtlingskrise gesagt hat: „Deutsche Gründlichkeit ist super, aber jetzt ist deutsche Flexibilität gefragt.“

Mit „Dienst nach Vorschrift“ sei das Problem nicht zu lösen gewesen, deshalb habe „man im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten, im Rahmen der Entscheidungskompetenzen Spielräume genutzt, um schnell helfen zu können“. Spielräume nutzen heißt für den Regierenden offensichtlich, unausgeschriebene Honorarverträge zu vertreiben. Es musste der Senatskanzlei spätestens beim formalen Abschluss des Geschäfts klar gewesen sein, dass ein Teil der 238 000 Euro aus dem Etat für Beraterleistungen für McKinsey direkt an den Staatssekretär im Ruhestand ging. In diesem pikanten Fall hat die Senatskanzlei nicht nur sich, sondern auch die renommierte Beraterfirma in ein schiefes Licht gesetzt.

Inzwischen hat sich McKinsey fluchtartig aus Berlin zurückgezogen, weil das Unternehmen den Imageschaden fürchtet, den der Korruptionsskandal verursacht. Leidtragende sind die Mitarbeiter des Lageso, die weiterhin jenseits der Überlastungsgrenze arbeiten, nun aber ohne die Unterstützung der Organisationsexperten von McKinsey auskommen müssen.

Von der Kanzlerin lernen, heißt also nicht unbedingt, siegen lernen. Sogar die Grünen, die gern nach der nächsten Wahl mit Müller wieder regieren möchten, mussten auf Distanz gehen. Dieser Vorgang erhellt schlaglichtartig, dass es viel zu viele Profiteure der „Flüchtlingskrise“ im Establishment gibt, weshalb Kritik erbittert unterdrückt wird.

Wenig Rückhalt für Spitze

Vor der Berlin-Wahl: Grüne und Linkspartei strafen ihre Führung ab

Die Spitzenkandidaten der Grünen und der Linkspartei erhalten zum Start ins Berliner Wahljahr wenig Rückendeckung von ihrer jeweiligen Partei. Der Grünen Ramona Pop schlägt ein „Nein“ von 30 Prozent aus den eigenen Reihen entgegen. Klaus Lederer von den Linken hat nur 68 Prozent der eigenen Genossen hinter sich.

Dass die grüne Bundespolitikerin Renate Künast aktuell den Angriff in Berlins landespolitischem Skandal um Korruption im Integrationspakt des Senats koordiniert, ist ein Zeichen: Die seit 2012 amtierende Doppelspitze der Fraktion aus Ramona Pop und Antje Kapek tritt kaum in Erscheinung. Künast war die Kandidatin der letzten Berliner Wahl, sammelte im Vorfeld über 90 Prozent der Grünen hinter sich.

Die Parteilinke Kapek hatte sich vor Tagen mit der Ablehnung von Heimen für Zuwanderer in „schwieriger Nachbarschaft“ parteiübergreifend isoliert. Pop erhielt nun bei der Wahl auf Platz eins der Landesliste für die Wahl am 18. September einen Dämpfer. Nur rund 60 Prozent der Grünen stimmten für die 38-Jährige. Rund 30 Prozent der Delegierten stimmten sogar direkt gegen Pop.

Spitzenkandidaten erhielten verblüffend viele Gegenstimmen

Ihr „Nein“ ist eine Demütigung für die Realo-Grüne. Rund ein Zehntel enthielt sich und entzog Pop so indirekt das Vertrauen.

Die Parteibasis quittierte damit die Absprachen an der Spitze zu den besten Listenplätzen, denn Pop und Kapek sowie die Landesvorsitzenden Bettina Jarasch und Daniel Wesener hatten sich im Vorfeld intern auf ihre Plätze festgelegt. Kapek erhielt nun bei der Wahl immerhin rund 73 Prozent trotz ihrer intern viel Protest auslösenden Äußerungen. Die Schuldfrage nach dem Scheitern Künasts bei der letzten Wahl hat die Grünen lange beschäftigt. Vergangenes Jahr machte zudem die Aufarbeitung des Pädophilie-Skandals in den 80er Jahren Schlagzeilen.

Bei der Linkspartei ist das Vertrauen in die eigene Führung ebenfalls erschüttert. Das Ergebnis für den Spitzenkandidaten Klaus Lederer fiel ungewöhnlich schlecht aus. Lederer nimmt in seiner Partei eine Position weit links ein. Er gilt als Wegbereiter einer neuen rot-roten Koalition in Berlin. Doch konnte er seine Beliebtheit in den eigenen Reihen kaum steigern: 2012 folgten dem Landeschef beim Bundestagswahlkampf sogar nur 66 Prozent, nachdem Lederer Budgetkürzungen auf dem Hintergrund des Mitgliederschwundes durchgesetzt hatte. *SG*

Selbstschutz statt Polizei?

Kottbusser Tor: Anlieger erwägen »Sicherheit gegen Bezahlung«

War das Kottbusser Tor in Berlin schon lange als Umschlagplatz für harte Drogen bekannt, so hat die Kriminalität dort nun völlig neue Dimensionen angenommen. Der im Kreuzberger Szene-Kiez gelegene „Kotti“ hat sich zu einem hochgefährlichen Kriminalitätsschwerpunkt entwickelt.

Drogenabhängige und Dealer bevölkern den Platz und die anliegenden Straßenzüge, dazu sorgen massenhafte Taschendiebstähle und nächtliche Überfälle auf Passanten regelmäßig für Schlagzeilen. Wie jetzt bekannt wurde, hat sich die Zahl der angezeigten Straftaten (Raub, Diebstahl, Körperverletzung) 2015 im Vergleich zu 2014 verdoppelt.

So wurden 2015 bei der Polizei 775 Taschendiebstähle angezeigt, 2014 waren es nur 361. Die Zahl der Raubdelikte stieg von 52 auf 80 an, die der Körperverletzungen von 49 auf 68. Laut Polizei gab es in den ersten elf Monaten 2015 genau 62 größere Einsätze am Kottbusser Tor, bei denen die Beamten 3400 Stunden im Einsatz waren. Vor allem türkische Gewerbetreibende fürchten angesichts der Gewaltwelle inzwischen um den Ruf der Gegend und ausbleibende Umsätze.

Zahl der Straftaten gegenüber 2014 geradezu explodiert

Berlins Polizei will die Sicherheitslage nun durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen wieder verbessern: Laut Tanja Knapp, der Leiterin des zuständigen Polizeiabschnitts 53, will man hohe Präsenz zeigen. Mehrere Kontaktbereichsbeamte seien täglich am Platz, es gebe größere Polizeieinsätze. „Das soll auch einen abschreckenden Effekt haben“, so Knapp.

Allerdings stößt das Auftreten der Polizei in dem linksalternativ geprägten Kiez nicht nur auf Zustimmung. „Die einen wünschen sich mehr Präsenz, andere halten das für ein Problem“, sagt Knapp.

Einen anderen Weg wollen mehrere Hausverwaltungen am Ort gehen und einen Wachschutz engagieren, der für ein größeres Sicherheitsgefühl sorgt. Laut Medien soll der Sicherheitsdienst monatlich 20 000 Euro kosten. Das Konzept der beauftragten Firma sieht vier Sicherheitskräfte zwischen 14 Uhr und 1 Uhr nachts vor. Am frühen Nachmittag und gegen Mitternacht sollen zwei Wachleute patrouillieren. Auch wenn berichtet wird, die zuständigen Hausverwaltungen wollten das Wachschutzunternehmen nur auf eigene Kosten beauftragen, zu vermuten ist, dass es langfristig die Mieter sein werden, die für ihre Sicherheit über höhere Betriebskosten und Mieten zur Kasse gebeten werden. *N. Hanert*

MELDUNGEN

Zuwanderer senken Niveau

Stockholm – Schwedens Behörden haben einen direkten Zusammenhang zwischen dem sinkenden Niveau in den Schulen und dem steigenden Zuzug eingeräumt. Laut der Pisa-Untersuchung ist im Königreich das Schulniveau in den Jahren 2006 bis 2012 so stark gesunken wie in keinem anderen untersuchten Land. Der festgestellte Niveau-Abfall im Umfang von „bis zu 85 Prozent" sei damit zu erklären, dass „der Anteil ankommender Schüler jenseits des Einschulungsalters" steige, so die Erklärung der Bildungsbehörde. Der Anteil von Schülern ausländischer Herkunft ist demnach von 14 auf 22 Prozent gestiegen. *N.H.*

Alternative Flüchtlingsroute

Kiew – Kiew befürchtet, dass die Ukraine nach der Schließung der Balkanroute zu einem alternativen Transitland für Asylsucher in Richtung Westen werden könne. Bislang seien die Routen durch die Ukraine, etwa die mühselige Reise durch die Karpaten oder über Odessa, eher Rinnsale, heißt es offiziell. Im vergangenen Jahr wurden 5000 illegale Immigranten in der Ukraine aufgegriffen. Die Karpaten könnten allerdings zu einer Hauptroute werden, da die Südwest-Ukraine als Schmugglerparadies berüchtigt ist und die dortigen Bewohner Asylsucher als zusätzliche Einnahmquelle betrachten könnten. Zwar ist es ein teurer und langer Weg, aber die Region grenzt an vier EU-Staaten. Auch die litauische Grenzschutzbehörde sieht die Gefahr einer neuen Asylsucherroute über Litauen nach West- oder Nordeuropa. Behördenchef Renatas Pozela hält einen Transitkorridor über Moldau, die Ukraine, Weißrussland oder Polen für möglich. *MRK*

Wer trägt dafür die Verantwortung?

Der Verdacht liegt nahe, dass linke Aktivisten die dramatischen Szenen bei Idomeni provoziert haben

„Suva Reka" (trockener Fluss) heißt das Gewässer, das in der vergangenen Woche drei Asylsuchern, die versuchten, von Griechenland nach Mazedonien zu gelangen, den Tod brachte. Hunderte andere überlebten die Aktion, die offenkundig von linken Aktivisten und Asyl-Lobbyisten koordiniert wurde. Mittendrin der CDU-Politiker Norbert Blüm.

Tausende Flüchtlinge stecken in Griechenland fest, nachdem die Balkanroute geschlossen ist. Die Lage am griechisch-mazedonischen Grenzübergang ist dramatisch. Idomeni ist ein Dorf der Gemeinde Peonia in der nordgriechischen Region Zentralmazedonien. Rund 10000 Menschen sitzen derzeit im Lager. Blüm übernachtete eine Nacht dort und versicherte den Menschen, die zum überwiegenden Teil aus Syrien oder Afghanistan stammen, dass die Grenzschließung keine Idee der Bundesrepublik Deutschland gewesen sei. „Wenn ihr erstmal in Deutschland seid, seid ihr sicher", soll er den Camp-Bewohner gesagt haben. Dies wäre ein eklatanter Verstoß eines ehemaligen Bundesministers gegen geltendes Recht.

Doch es ist nicht der einzige Versuch von Asyl-Lobbyisten gewesen, eine Massenflucht nach Deutschland geradezu zu provozieren. Die Flucht aus dem griechischen Lager in Richtung Mazedonien sei eine organisierte Aktion gewesen, schreibt das ARD-Onlineportal „Tagesschau.de". In dem Flüchtlingslager sollen zuvor Flugblätter verteilt worden sein, welche die Menschen zur Flucht aufgerufen hätten. Unterzeichnet sei der Zettel mit „Kommando Norbert Blüm" gewesen. Der CDU-Politiker stritt eine Beteiligung allerdings vehement ab.

Das Unterfangen war deshalb so halsbrecherisch, weil der „trockene Fluss" auf Grund der Regenfälle der vergangenen Woche viel Wasser trägt. „Wer hätte daran Interesse, dass besonders dramatische Bilder von Frauen und Kindern, die bis zum Bauch im Wasser stehen, um die Welt gehen? Und wo wurden die auf Arabisch verfassten Flugzettel gedruckt und kopiert? Doch sicher nicht in einem Zweimann-Campingzelt der Flüchtlinge in Idomeni?", fragte die österreichische „Kronen Zeitung" und zitierte aus Kreisen von Nachrichtendiensten, dass linke Aktivisten für die Aktion verantwortlich gewesen seien. Auch die Tageszeitung „Die Welt" hält „linke Schleuser" für die dramatischen Szenen am Grenzübergang verantwortlich.

Ex-Minister Norbert Blüm streitet Beteiligung ab

Ex-Minister Blüm kritisierte Österreich sowie andere mittel- und osteuropäische EU-Länder, die sich aktiv dafür eingesetzt hatten, dass die sogenannten Balkanroute geschlossen wurde. „Was ist das eigentlich für eine Lösung? Die ziehen sich bequem zurück und sagen, Griechenland soll damit zurechtkommen", sagte er. Sein Europa sei das nicht, sagte er der „Bild"-Zeitung. Offenkundig hat Blüm zumindest indirekt dazu beigetragen, dass sich Asylsucher falsche Hoffnungen machten und versuchten, über die Grenze zu gelangen. Unter den Helfern befand sich auch die österreichische Grünen-Politikerin Fanny Müller-Uri, die zur Gruppe „Moving Europe" gehört, eine ultralinke Organisation, die sich für eine unkontrollierte Einreise von Asylsuchern einsetzt. Sie sei mit einer Gruppe von 60 bis 80 Journalisten, Freiwilligen und Aktivisten auf eine Polizeiwache gebracht und dort bis 5 Uhr früh festgehalten worden. „Tschechische Polizisten haben die Aktivisten und Journalisten mit Herumschupsereien und verbalen Angriffen attackiert", klagte sie. Sie stritt allerdings ab, gewusst zu haben, dass eine Grenze illegal überquert worden sei. Unter dem Aktivisten befanden sich offenbar auch mehrere Journalisten aus der Bundesrepublik. Zu den Festgenommenen gehörte auch der Foto-Journalist Björn Kietzmann, der auf Twitter von einem „Gewahrsamnahme von mehr als siebeneinhalb Stunden" berichtet. Der Berliner arbeitet seit Jahren für die „taz", den „Spiegel" und die „Frankfurter Rundschau". Ihm werden beste Kontakte ins ultralinke Lager nachgesagt. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" berichtete außerdem, die Flucht von Idomeni sei in einer Facebook-Gruppe koordiniert worden, in der sich Asylsucher „sowie Mitglieder von internationalen Hilfsgruppen" organisiert hätten. *P. Entinger*



Lieferte dramatische Bilder für die Weltpresse: Der von vornherein zum Scheitern verurteilte, aber gut organisierte Versuch, durch den Fluss „Suva Reka" nach Mazedonien einzudringen, um von dort aus Richtung Deutschland weiter zu ziehen Bild: Mauritius

Triumph oder Trick

Russlands Teilabzug aus Syrien sorgt für Spekulationen

Wladimir Putin ist immer für eine Überaschung gut: So plötzlich, wie er in den Syrienkonflikt eingriff, so unerwartet zog er Truppen ab. Das hat für viele Spekulationen über die Gründe gesorgt. Ist der Rückzug eine Niederlage oder ein Erfolg für Moskau? Oder ein Trick, wie westliche Medien vermuten? Selbst gibt Putin an, die wichtigsten Ziele seiner Mission seien erreicht.

In der Tat hat das militärische Eingreifen Russlands die Situation in Syrien entscheidend verändert: Der drohende Sturz Baschar al-Assads konnte verhindert, das Vordringen des IS gestoppt werden. Russland hat seine militärischen Stützpunkte in Tartus und Latakia, die bei einem weiteren Vordringen des IS in Gefahr geraten wären, gesichert. In Syrien hat die russische Armee ihre modernsten Waffensysteme getestet und unter Beweis gestellt, dass sie zu komplexen militärischen Operationen fähig ist.

Der Sturz Assads und eine Machtübernahme durch eine radikalsunnitische Regierung konnten verhindert werden. Dem Westen ist klar geworden, dass eine Lösung in Syrien ohne Russland nicht möglich ist. Da Russland an den Friedensverhandlungen in Genf beteiligt ist, kann Putin nun sicherstellen, dass die russischen Interessen in der Region berücksichtigt werden. Der Rückzug erfolgt zu einem günstigen Zeitpunkt. Putin steht wie ein Sieger da, der die Friedensverhandlungen als Erfolg verbuchen kann.

Russland ist an den Verhandlungstisch zurückgekehrt, ein deutliches Zeichen dafür, dass es auch weiterhin Gewicht in der Weltpolitik haben wird. Der Rückzug wird auch als Vorausahnung einer baldigen Lockerung der Russland-Sanktionen gewertet. Seit Längerem sollen Moskau und Washington heimlich über eine Waffenruhe verhandelt haben.

Ziel erreicht: Putin beendet die Isolation Russlands

Soviel zu den Erfolgen. Doch warum zieht Russland sich zurück, wenn der IS längst nicht besiegt ist? Russische Beobachter glauben, dass Putin Assad unter Druck setzen wollte. Kürzlich hatte dieser angekündigt, die verlorenen Gebiete zurückerobern zu wollen. Der Rückzug zeige, dass Putin für Assad nicht die ganze Drecksarbeit machen wolle. Moskau erhöhe den Druck auf das Assad-Regime, Zugeständnisse zu machen.

Der österreichische Osteuropa-Experte Gerhard Mangott sieht in dem Teilabzug eine „Vorleistung gegenüber den USA", die nun ihrerseits ihren Einfluss auf die syrische Opposition ausüben müssten, aber auch auf die Türkei und Saudi-Arabien. Mangott glaubt, Moskau sei bemüht, die Beziehungen zu den USA zu verbessern. Putin dürfte auf einen baldigen Wegfall der Sanktionen hinsteuern.

Die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen treten derzeit vor allem in den Regionen deutlich zutage. Viele sind überschuldet, das Zentrum in Moskau hat aber keine Kapazitäten mehr zu helfen. Da sind hohe Kriegsausgaben äußerst unpopulär. Im September stehen zudem Parlamentswahlen an. Putin selbst gab an, dass der Syrien-Einsatz bisher umgerechnet 420 Millionen Euro gekostet habe. Als Reaktion wurden die Verteidigungsausgaben um ein Drittel gekürzt, auch die des prestigeträchtigen Raumfahrtprogramms. Möglich ist auch, dass Putin Terroranschläge in Russland befürchtet: Die im Land lebenden Muslime sind mehrheitlich Sunniten. An der Seite des alawitisch-schiitischen-Assad bekämpft Putin in Syrien sunnitische Moslems. Schon über 3500 russische Staatsbürger kämpfen an der Seite des IS und es könnten noch mehr werden. *M. Rosenthal-Kappi*

Ein globales Risiko?

Engländer zählen Trump zu den »Top-10-Gefahren für die Welt«

Donald Trump zählt zu den „Top-10-Gefahren für die Welt". Das behauptet zumindest die Economist Intelligence Unit (EIU). Die Denkfabrik gehört zum in London ansässigen Zeitschriften-Verlag The Economist Group gehört, dessen Flaggschiff die namensgebende liberale Traditionszeitschrift „The Economist" ist. Nur eine wirtschaftliche Bruchlandung Chinas und ein Kalter Krieg mit Russland werden von der EIU als gefährlicher eingeschätzt denn die Wahl Trumps zum US-Präsidenten.

Trump als US-Staats- und -Regierungschef stelle eine Gefahr dar, sowohl für die globale Wirtschaft als auch für die innere Sicherheit der USA. Geht es nach den EIU-Analysten, dann würde der republikanische Milliardär im Weißen Haus ein noch größeres Risiko für die globale Stabilität darstellen als ein britischer Austritt aus der Europäischen Union, stark schwankende Ölpreise oder Gefechte im Südchinesischem Meer. Wie die Analysten der Economist Intelligence Unit betonten, sei ein Sieg Trumps über die Demokratin Hillary Clinton bei einem Duell in den Präsidentschaftswahlen kommenden November aber „unwahrscheinlich".

Zweifel sind an der gesamten Diagnose angebracht. Sollte Trump tatsächlich das Rennen um die Präsidentschaft machen, könnte sich nämlich ein Phänomen bemerkbar machen, das schon bei dem jetzigen Amtsinhaber zu beobachten war. Auch Obama hatte einst vieles an Zielen präsentiert. Tatsächlich umgesetzt wurde am Ende nicht einmal die Schließung des Gefangenenlagers in Guantanamo. Zumindest auf dem Feld der Außenpolitik wirkt vieles im Rückblick auf die Amtszeit Obama nur wie eine Modifizierung der Bush-Ära.

Dieser „Obama-Effekt" beruht auf einer Reihe von Faktoren. So unterliegt die Außenpolitik eines Staates, der für sich den Anspruch erhebt, die dominierende „Supermacht" auf der Welt zu sein, ganz eigenen Zwängen. Ein weiterer Faktor ist der Einfluss von großen Lobbyorganisationen und Denkfabriken wie etwa der Council on Foreign Relations (CFR, Rat für auswärtige Beziehungen) oder die RAND Corporation. Wenig beachtet, aber nichtsdestoweniger bemerkenswert sind die personellen Kontinuitäten. Wie etwa beim Agieren der als Assistant Secretary of State im Dienst des US-Außenministeriums für Europa und Eurasien zuständigen Diplomatin Victoria Nuland im Zuge der Ukraine-Krise sichtbar wurde, haben wichtige Figuren der Bush-Ära auch unter Obama weitere Karriere gemacht.

Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird

Skeptisch zu sehen ist aber auch die Einschätzung der Economist Intelligence Unit, Donald Trump würde sich in einem Duell mit Hilary Clinton nicht durchsetzen können. So halten laut einer Meinungsumfrage des „Wall Street Journal" nur 37 Prozent der Amerikaner die vermutliche Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten für ehrlich und vertrauenswürdig. Gefährlich werden könnte der Milliardär der ehemaligen First Lady auch dadurch, dass er bewiesen hat, in allen Schichten Stimmen gewinnen zu können. Dies gilt sogar für die Arbeiterschaft, die eher als demokratisches Wählerklientel gilt.

Im Lager der US-Republikaner hat der Erfolg von Trump inzwischen dazu geführt, dass Konkurrenten wie Marco Rubio ihren Nominierungswahlkampf beendet haben. Nach Rubios Rückzug bleibt dem republikanischen Parteiestablishment nur noch die Hoffnung, mit dem aus seiner Sicht „moderaten" Kandidaten John Kasich eine Nominierung Trumps verhindern zu können. *Norman Hanert*

Amoklauf der EZB

Gratisgeld fürs Volk als Mittel im Kampf gegen die Deflation birgt hohe Risiken

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Leitzins erneut abgesenkt hat, liegt der Zins für Einlagen der Banken bei der EZB bei minus 0,4 Prozent. Diese „Strafgebühren“ auf Guthaben werden möglicherweise nicht der einzige Tabubruch bleiben.



Einst akademisches Gedankenspiel, jetzt realpolitische Option: Die Notenbank schüttet Geld an die Bürger aus Bild: pa

Ganz ernsthaft diskutieren Ökonomen mittlerweile sogar das Konzept des sogenannten Helikoptergeldes. Gemeint ist damit die Idee, eine Notenbank könne Wirtschaftswachstum erzwingen, indem sie Geld ohne Gegenleistung verteilt, quasi Geld aus einem Helikopter auf Konsumenten und Wirtschaft regnen lässt. Bislang galt derlei als ein rein akademisches Gedankenexperiment. Um Wirkungszusammenhänge der Geldpolitik zu illustrieren, hatte im Jahr 1969 der Wirtschaftsnobelpreisträger und Geldtheoretiker Milton Friedman die Frage aufgeworfen, was passieren würden, wenn eines Tages ein Hubschrauber über einer Stadt fliegt und 1000-Dollar-Scheine vom Himmel regnen lässt. Die Inflation wird steigen, so Miltons Antwort.

Es war Ben Bernanke, der als Chef der amerikanischen Zentralbank Jahrzehnte später aufgriff, was als Gedankenspiel angefangen hatte. Er sinnierte darüber, ob Japan mit dem massiven Verteilen von Geld einen Ausweg aus der Deflationsspirale finden könnte. Inzwischen scheint diese Idee auch bei der EZB salonfähig zu werden. Unlängst auf einer Pressekonferenz auf das Thema Helikoptergeld angesprochen, erwiderte EZB-Chef Mario Draghi: „Es ist ein sehr interessantes Konzept, das derzeit von akademischen Ökonomen in den verschiedensten Umfeldern diskutiert wird.“ Auch die weiteren Ausführungen des obersten Währungshüters der Euro-Zone klangen keineswegs so, als wäre er der Idee grundsätzlich abgeneigt, neues Geld in völlig neuen Dimensionen drucken zu lassen: Die EZB habe das Konzept „noch nicht“ studiert, es sei komplex. Zudem könnten mit dem Begriff Helikoptergeld ganz verschiedene Dinge gemeint sein, so Draghi.

Im Kern geht der Gedanke vom Helikoptergeld über die traditionellen Rezepte der Wirtschaftsankurbelung auf Pump noch weit hinaus. Die ohnehin hochverschuldeten Staaten sollen nicht bloß neue Kredite aufnehmen, die Notenbanken sollen vielmehr neues Geld einfach drucken und zur Verfügung stellen, quasi eine Geldflut in Gang setzen. Zumindest für wenige Jahre könnte auf solche Art tatsächlich nochmals ein wirtschaftliches Strohfeuer angezündet werden. Erkauft würde dies freilich mit einem enorm hohen Risiko. Schon die Folgen der Niedrig- und Negativzinspolitik sind hochgefährlich. Da mit dem Zins einer der wichtigsten Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft faktisch abgeschafft wurde, fließt Geld in fragwürdige Investitionsprojekte und Spekulationsgeschäfte. Sollte die EZB künftig auch noch zu der Maßnahme Helikoptergeld greifen, droht aus Sicht von Kritikern am Ende sogar eine völlige Zerrüttung der Währung. Das Helikoptergeld-Experiment würde wie die letzte Verzweiflungstat vor einem Zusammenbruch wirken, so etwa die Warnung, die der frühere Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Thomas Mayer bereits im vergangenen Jahr äußerte. Ruiniert würde aus Sicht des renommierten Ökonomen „auch noch der Rest dessen, was von unserem Geldsystem übrig ist“.

Und tatsächlich, in der Geschichte hat sich mehrfach gezeigt, dass mit Vorhaben wie dem Helikoptergeld ein hochriskantes Spiel betrieben wird, an dessen Ende sehr wahrscheinlich die Zerstörung des Geldsystems stehen wird. Hoch ist nämlich die Gefahr, dass die Menschen das Vertrauen in eine Papierwährung verlieren, weil sich diese nicht als Mittel der Vermögenssicherung, sondern der Wertvernichtung entpuppt. Vor diesem Hintergrund sollten Warnungen durchaus ernst genommen werden, wonach es sich bei dem Projekt Helikoptergeld im Kern um die Beseitigung „fauler Schulden“, um einen Entschuldungsversuch für hoffnungslos überschuldete Staaten handelt. Einige Anzeichen sprechen dafür, dass der Weg zur bewussten Inflationierung längst eingeschlagen wurde. So ist die EZB ganz massiv in die Monetarisierung von Staatsschulden eingestiegen. Bereits seit März 2015 kauft die EZB monatlich für 60 Milliarden Euro Anleihen auf und nimmt sie in die eigene Bilanz. Aus Sicht von Kritikern wie dem Unternehmensberater Daniel Stelter droht die direkte Staatsfinanzierung, durch die Notenbanken nur ein Zwischenschritt zu sein, dem später eine Bereinigung über die Notenbankbilanz folgt. „Nach dem massiven Aufkauf von Staatsschulden wird die EZB diese zu einem zukünftigen Zeitpunkt annullieren. Oder zins- und tilgungsfrei stellen, was wirtschaftlich dasselbe ist“, so Stelter in der „Wirtschaftswoche“. Da den Staatsschulden centgenau entsprechende private Vermögen gegenüberstehen, kommt eine solche Annullierung einer gigantischen Enteignung gleich.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Fracking auch in Südafrika

Pretoria – In Südafrika, wo umfassende Erdgasvorkommen vermutet werden, hat sich die Regierung mit einer Gruppe internationaler Firmen, darunter Shell, zusammengetan, um diesen Schatz zu heben. Dabei muss das umstrittene Fracking eingesetzt werden. Diese Methode, mit Chemikalien versetztes Wasser in den Boden zu pressen, ist extrem umweltschädlich. Vor allem werden dabei große Mengen Wasser verbraucht. Die südafrikanischen Erdgasfelder befinden sich jedoch hauptsächlich in einer riesigen Halbwüste, in der Wassermangel herrscht. Durch das Fracking könnte die Trinkwasserversorgung gefährdet werden, wie dies bereits in anderen Ländern wie Algerien der Fall ist. *FS*

Mehr Frauen in Arbeit

Berlin – Im Jahr 2014 waren rund 18,6 Millionen Frauen erwerbstätig und damit 2,2 Millionen oder 13,2 Prozent mehr als noch im Jahr 2005. Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge sind die meisten Frauen im Gesundheitswesen tätig, gefolgt vom Einzelhandel, der öffentlichen Verwaltung, dem Erziehungs- und dem Sozialwesen. Knapp 4,2 Millionen Frauen arbeiteten Teilzeit und 1,8 Millionen waren geringfügig beschäftigt. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.418.075.932 €
Vorwoche: 2.028.520.600.746 €

Verschuldung pro Kopf:
24.876 €
Vorwoche: 24.951 €

(Dienstag, 22. März 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Münchener Gold-Beichte

»Munich Re«-Chef: Haben das Edelmetall seit Längerem im Tresor

Die Nachricht dürfte viele Marktbeobachter ziemlich überrascht haben. Sie lässt tief blicken in die Unsicherheit, die sich auf den Finanzmärkten ausbreitet als Reaktion auf die wachsende Hilflosigkeit der großen Notenbanken (siehe Beitrag oben), die so manchen schon vom „großen Endspiel“ für das bisherige Geldsystem orakeln lässt.

Auf der Bilanzpressekonferenz des weltgrößten Rückversicherers Münchener Rück („Munich Re“) am 16. März gab Vorstandschef Nikolaus von Bomhard bekannt, dass sein Unternehmen schon vor längerer Zeit Gold in seinen Tresor gelegt habe. Kürzlich habe man überdies einen zweistelligen Millionenbetrag in bar dort gebunkert.

„Daran sehen Sie, wie ernst die Situation ist“, zitiert das „Handelsblatt“ den Unternehmensführer. Damit spielte Bomhard unmittelbar auf die jüngsten Entscheidungen der EZB an, weiter mit verschiedenen Mitteln noch riesigere Mengen an Papiergeld ins System zu drücken.

Die Entscheidung der Münchener Rück bricht rabiat mit der bislang propagierten Philosophie der Finanzindustrie aus Banken und Versicherern. Dort wurde von Gold als Anlageklasse seit Jahrzehnten abgeraten. Das Metall bringe keine Zinsen und sei ein Relikt aus längst vergangenen Tagen, dessen Zeit als Geld oder geldgleiches Instrument zur Wertaufbewahrung unwiederbringlich vorbei sei.

Hinter dieser Argumentation standen indes zwei unterschiedliche Motive. Zum einen glaubten (und glauben nach wie vor) viele Finanzexperten tatsächlich, dass Gold seine Tage als „wahres Geld“ oder zumindest vernünftige Investition hinter sich habe. Zum anderen trieb sie aber auch eine sehr eigennützige Absicht zur Aversion gegen das Edelmetall.

> »Daran sehen Sie, wie ernst die Situation ist!«

Gold bringt die Finanzindustrie um Verdienstmöglichkeiten. Banken und Versicherer wollen ihre eigenen Anlage- und Vorsorgeprodukte an den Mann bringen, statt dass die Menschen in Edelmetalle investieren. Wer etwa eine private Rentenversicherung abschließt, zahlt jahrzehntelang Gebühren. Wer Gold kauft, zahlt nur einmal den Händleraufschlag und dann gar nichts mehr, es sei denn, er mietet ein Schließfach. Doch wenn auf die Geldanlage-Produkte von Banken und Versicherern keine Zinsen mehr gezahlt werden können, fällt der Vorteil der Papiergeldanlage für den Anleger nahezu völlig in sich zusammen.

Risiko beim Gold bleibt die Schwankung des Preises. Manch Anleger fragt sich, warum das Metall nicht schon viel höher steht angesichts des Ernstes der Situation, den nicht nur Bomhard mittlerweile einräumt.

Ein Grund mag darin liegen, dass der allergrößte Teil des Goldmarktes gar nicht aus gehandeltem Gold besteht, sondern aus Wertpapieren, die (mehr oder minder) auf Gold gestützt sind. Die Menge an solchem „Papiergold“ überschreitet die Masse an gehandeltem physischen Gold am Markt um mehr als das hundertfache. „Papiergold“ bietet die Chance, mit relativ geringem Aufwand großen Einfluss auf die Preisentwicklung zu nehmen. Die Notenbanken sehen Gold als Feind ihrer Papierwährungen. Daher ist dort die Motivation groß, durch Eingriffe mittels „Papiergold“-Spekulation den Goldpreis zu drücken. Im Krisenfall aber dürfte allein das physische Gold sicher sein.

Hans Heckel

Wer soll das bezahlen?

Energiekonzerne fordern Entschädigung für Merkels Atomausstieg

Es war eine der größten Rollen rückwärts in der deutschen Geschichte. Noch ein paar Monate zuvor war die Bundesregierung aus dem ursprünglich vereinbarten Atomausstieg ausgestiegen. Doch dann geriet im japanischen Fukushima ein Kernreaktor außer Kontrolle. Ausgerechnet am anderen Ende der Welt, in Deutschland, brach Hysterie aus. Innerhalb von wenigen Stunden wurden aus Kernkraftbefürwortern entschiedene Kernkraftgegner. Die milliardenschweren Folgen beschäftigen seit der vergangenen Woche das Bundesverfassungsgericht (BVerfG).

Die großen deutschen Energiekonzerne Eon und RWE sowie der schwedische Staatskonzern Vattenfall fühlen sich enteignet und fordern Schadenersatz von der Bundesregierung. Die Unternehmen wurden vom plötzlichen Atomausstieg völlig überrumpelt und sehen sich seitdem mit existenziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Zudem streiten sie derzeit noch mit der Politik über die Kosten, die beim Reaktorrückbau und bei der Endlagerung des Atommülls entstehen werden. Es geht um viel Geld.

Bei RWE gehen Marktbeobachter von sechs Milliarden Euro aus. Vattenfall will 4,7 Milliarden Euro und klagt nach einem Bericht der „Westdeutschen Allgemeinen“ auch vor einem Schiedsgericht in den USA. Die Lasten dieser politischen Entscheidung müssten solidarisch von der gesamten Gesellschaft getragen werden, forderte Eon-Vorstandschef Johannes Teyssen bei Prozess-Beginn in Karlsruhe. „Es geht am Ende um eine faire Entschädigung.“ Der Vorstandschef der RWE Power AG, Matthias Hartung, erklärte, dass der Gesetzgeber natürlich eine Neubewertung der Kernkraft vornehmen könne: „Er muss sich dabei aber im Rahmen des Grundgesetzes bewegen.“ Bundesumweltministerin Barbara Hendricks verteidigte dagegen den von der damaligen schwarz-gelben Koalition beschleunigten Atomausstieg. „Gerade auch vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen kontroversen gesellschaftlichen Diskussionen konnte es nach Fukushima kein ‚Weiter so‘ geben“, sagte die SPD-Politikerin. Das Gericht entscheidet nur, ob das umstrittene Gesetz verfassungsgemäß ist. Sollte der erste Senat unter Vize-Gerichtspräsident Ferdinand Kirchhof den Unternehmen Recht geben, könnten sie im zweiten Schritt auf Schadensersatz klagen.

> Aktuell wird der Fall in Karlsruhe verhandelt

Klar ist, dass das Bundesverfassungsgericht nach den beiden Verhandlungstagen in der vergangenen Woche nun einige Monate brauchen wird, um ein Urteil zu finden. Klar ist allerdings auch, dass die Karlsruher Richter den Atomausstieg nicht rückgängig machen können. Sie können das Gesetz aber für unwirksam erklären, weil es keine Entschädigungsregelungen enthält. Darauf berufen sich die Kläger, die „fehlenden Vertrauensschutz“ geltend machten. Sollte das Gericht in ihrem Sinne entscheiden, müsste der Steuerzahler für die entstehenden Kosten aufkommen.

Fast zeitgleich zum Verhandlungsbeginn wurde eine Meldung der EU-Kommission bekannt, dass Europas Energieversorger massiv in die Erneuerung der Kernenergie investieren müssten. Angesichts eines wachsenden Stromverbrauchs komme Europa ohne die Nuklearenergie nicht aus, heißt es in einem Papier, das dem „Handelsblatt“ vorliegt. Die Rede ist von rund 500 Milliarden Euro. Der deutsche Sonderweg wird also teuer, und das Ende der Kernkraft in Europa bedeutet er noch lange nicht.

Peter Entinger

Falsche Fünfziger

Von Frank Horns

Der Hass auf die deutsche Vergangenheit nimmt bei den Verantwortlichen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen immer pathologischere Züge an. Mit dem TV-Dreiteiler „Ku'damm 56" präsentiert das ZDF die 50er als düster-verquälte Leidenszeit. Sicher, die Geschichte um die drei Töchter einer eisigen Tanzschulbesitzerin ist raffiniert erzählt und zumindest die Kamera scheint regelrecht verliebt ins Design der damaligen Epoche. Dennoch bietet „Ku'damm 56" nur einen gehässigen, klischeebeladenen Blick auf eine Generation, die immerhin erstmals in der deutschen Geschichte eine funktionierende Demokratie aufbaute und allen nachfolgenden Generationen ein Leben im Wohlstand bescherte. Im ZDF-Geschichtsuniversum aber ist der Herr Professor natürlich ein ehemaliger KZ-Arzt, der Herr Fabrikant ein Waffenproduzent und die Tanzschule Raubgut aus dem Besitz einer jüdischen Familie. Brachiales Weltschauungs-TV, nach dessem Konsum man sich schmutzig und vor allem belogen fühlt.

Beileibe kein Joker

Von Hubertus Thoma

Die Nervosität wächst bei der auf das Motto „im Zweifel links" eingeschworenen Truppe von Kommentatoren. Grund ist die „Querfront", die sich derzeit gegen den politmedialen Mainstream herausbildet und die liebgewonnene linke Deutungshoheit in Frage stellt. Manch ein Meinungsmacher kommt da aus seiner gewohnten Deckung und erlaubt erstaunliche Einblicke in die Methodik der Manipulation.

Sascha Lobo zum Beispiel, der Punker, der auf „Spiegel online" eigentlich soziale Phänomene rund um die „Mensch-Maschine" Computer erläutern soll, versucht, den Bürgern den sogenannten „Hass im Netz" auszutreiben und empfiehlt als Methode „Nutzt die Nazikeule!" Dabei gibt er zu, was Konservative schon lange vermutet haben: Das Wort „Nazi" stehe nicht mehr als Kürzel für Nationalsozialist, der Begriff habe sich vielmehr „zum Sammelbegriff entwickelt, er bezeichnet eine Personengruppe, die zu rechtsorientierter Menschenfeindlichkeit neigt". Eine Antwort auf die Frage, wer Letztere feststellt, bleibt er schuldig – kann auch gar nicht anders sein, denn es gibt keinen juristischen Tatbestand und folglich auch keine Instanz, außer natürlich der selbsternannten Antifa und anderen aus Steuergeldern finanzierten „Wachhunden".

Einschränkungen der Meinungsfreiheit sind für Lobo ausdrücklich kein Problem: Die Nazikeule könne nämlich ein geeignetes Instrument sein, „zu zeigen, wo Meinung aufhört und Nazitum beginnt." Wer es also noch nicht wissen sollte: Die Nazikeule ist eine Anmaßung selbsternannter Sittenrichter zur Einschränkung der Meinungsfreiheit und hat mit dem Vorwurf einer NS-Gesinnung nichts zu tun. Es besteht also kein Grund, sich in Diskussionen von ihrem Gebrauch einschüchtern zu lassen. Sie ist beileibe kein Joker und offenbart vielmehr die argumentative Hilflosigkeit der Gegenseite.

So dumm sind wir nun nicht!

Von Stephanie Sieckmann

Die Politik von Angela Merkel zu verstehen fällt selbst ihren Kollegen nicht leicht. Der Opposition schon gar nicht. Und Horst Seehofer scheint ohnehin seine Zweifel am Verstand der Kanzlerin zu haben. Was aber sollen wir, das Volk, davon halten? Wir sind zwar keine Experten auf dem schwer durchschaubaren Gebiet der politischen Zusammenhänge, doch Dummköpfe sind wir auch nicht. Vielen von uns kommt es jedoch so vor, als ob wir von führenden Köpfen in Deutschland als solche wahrgenommen werden. Zumindest lassen einige Äußerungen darauf schließen.

Im Gegensatz zu unseren Politikern hat sich das Volk offensichtlich den gesunden Menschenverstand und eine gewisse Bodenhaftung bewahrt. Der unmittelbare Kontakt zum „echten Leben" scheint hier eine wichtige Rolle zu spielen. Wenn beispielsweise eine einzelne Abschiebung Kosten in Höhe eines Luxusurlaubs verursacht, liegt die Vermutung nahe, unsere Führungsetage habe den Bezug zur Realität verloren. Das Argument, die Kosten würden ja nicht grundsätzlich vom Staat getragen, sondern den Auszuweisenden auferlegt, begegnet dabei knallharter Realität: Wo nichts zu holen ist, bleibt der Staat auf den Kosten sitzen.

> Die Politik hat keinen Bezug zur Realität

Ein weiterer Punkt: Warum wird davon ausgegangen, dass Asylbewerber, die (noch) keine Arbeit haben, ihre Unterkünfte nicht mit eigener Kraft sauber halten können? Warum wird für sie geputzt? Weil wir dringend Arbeitsplätze benötigen, die auf diese Weise geschaffen werden? Oder weil es sich überwiegend um Männer handelt? In Deutschland putzen nun mal auch Männer. Warum werden teure Cateringfirmen mit der Essens-Versorgung beauftragt, statt die Asylsuchenden mit Nahrungsmitteln zu versorgen, aus denen sie sich selbst ihre Mahlzeiten zubereiten können? Das würde den Menschen Aufgaben geben und ein wenig Normalität ins Leben bringen. Wie wichtig es für Menschen ist, Aufgaben zu haben, weiß jeder Psychologe. Übrigens: Wer eine 40-Stunden-Woche samt Überstunden zu leisten hat, schafft Putzen und Kochen schließlich auch.

Doch das Unverständnis beginnt noch weit eher, schon bereits mit dem Begriff des Asylbewerbers. Wer auf der Flucht ist, verlässt mit Sack und Pack seine Heimat, weil er keine Perspektive mehr sieht, schlimmstenfalls sogar um sein Leben bangt. Der lässt weder Frau noch Vater zuhause. Wenn in Deutschland junge Männer ankommen, die ihre Familien nachholen wollen, fehlt das Element der Flucht. Wer kommt, um „erst Mal zu schauen" und „was klar zu machen", um dann die Familie nachzuholen, der wandert ein. Punkt.

Und dann wollen uns die Politiker auch noch weismachen, dass wir mit Hilfe des Zuzugs dieser „Fachkräfte" ein positives Wirtschaftswachstum erzielen können. Manches, was unsere Politiker äußern, grenzt schlicht und einfach an Volksbeleidigung. Aber so dumm sind wir nun wirklich nicht.



Essensausgabe in einer Asylunterkunft: Warum können die Bewohner nicht für sich selber kochen? Warum nicht selber putzen?

Bild: pa

Gegenwind



Kein Raum für Illusionen

Von Florian Stumfall

Das umfassende, alle Sorgen lindernde, die Lösung verheißende Schlagwort im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Völkerwanderung heißt Integration. Es lässt an friedliche Verhältnisse denken, an gelungene Eingliederung und guten Willen aller Beteiligten sowie an die Beseitigung aller Ungleichheit, kurz – es ist ein Begriff, ohne den das politische Wunschdenken nicht mehr auskommt. Daher meiden auch alle, die gerne an Illusionen festhalten, die Möglichkeit, sich dort nach Grenzen und Möglichkeiten der Integration zu erkundigen, wo man schon lange damit Erfahrungen gesammelt hat: in den USA.

Trotz der Vielzahl der Völker, die in Nordamerika eine neue Heimat gefunden haben, bilden die Afrikaner das herausragende Beispiel, wenn man sich mit der Integration befasst. In den Jahren zwischen 1690 und 1808, als in Großbritannien der Sklavenhandel verboten wurde, kamen etwa 500 000 afrikanische Sklaven in die USA. Im Wesentlichen von ihnen stammen die fast 40 Millionen Schwarzen ab, die heute in den USA leben.

Ihre Integration in die weiße Mehrheitsgesellschaft konnte natürlich nicht während der Jahrhunderte der Sklaverei erfolgen. Immerhin erwarben sie sich drei Voraussetzungen, welche den heutigen Zuwanderern nach Europa fehlen: die Kenntnis der Staatssprache, die des kulturellen Milieus und die Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession, jedenfalls in den meisten Fällen.

Auch als 1865 die Sklaverei aufgehoben wurde, war von einer weiteren Integration keine Rede, denn die Freiheit für die Schwarzen bedeutete noch nicht, dass sie gleiche Rechte genossen hätten. Das wurde erst in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erreicht, und da erst waren die objektiven Voraussetzungen für eine Integration gegeben. Betrachtet man nun, wie sich das Zusammenwachsen von Schwarz und Weiß binnen eines halben Jahrhunderts in den USA entwickelt hat, so kommt man zu einem ernüchternden Ergebnis.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Bildung stellt einen wichtigen Rahmen für jede Integration dar. Schulabgänger ohne Abschluss gibt es bei den Schwarzen signifikant mehr als bei den Weißen. Abschlüsse an weiterführenden Schulen oder einer Universität sind ebenfalls bei Schwarzen seltener als bei Weißen oder auch dem Durchschnitt der Bevölkerung. 35 Prozent der Weißen haben einen College-Abschluss, aber nur 20 Prozent der Schwarzen.

Schlechte Voraussetzungen bei der Ausbildung führen zu schlechten Ergebnissen im Berufsleben. Bezog im Jahr 2012 ein Weißer im Durchschnitt wöchentlich 792 Dollar Einkommen, so waren das bei einem Schwarzen 621. Ein Vergleich mit dem Jahr 2005 zeigt, dass keine Entwicklung zum Besseren zu erkennen ist: die Zahlen waren damals 672 zu 520 Dollar. Nicht überraschen kann daher, dass 2010 ein weißer Haushalt ein Vermögen von 631 530 Dollar aufwies, ein schwarzer dagegen nur von 98 305. Im Jahr 2012 lebten an der Armutsgrenze zwölf Prozent der Weißen, aber 27 Prozent der Schwarzen.

Das zieht weitere, ganz unterschiedliche Folgen nach sich. Die Lebenserwartung eines weißen Neugeborenen ist um sechs Jahre höher als die des schwarzen. Die Arbeitslosigkeit unter den Schwarzen ab 16 Jahren ist doppelt so hoch wie unter Weißen. Von den Insassen amerikanischer Gefängnisse sind 37 Prozent schwarz, wobei ihre Bevölkerungsgruppe nur rund 14 Prozent der Einwohner der USA ausmacht. Unter den 330 Millionen Einwohnern der USA gibt es nicht mehr als 400 000 Ehen zwischen Schwarz und Weiß.

Kriege, die die USA führten und führen, bieten sich immer wieder als ein geeigneter Schmelztiegel der Integration an. Doch auch hier ist das Ergebnis enttäuschend. Zwar sehen Schwarze oft das Militär als die einzige Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, aber auch dort werden sie eher gebraucht als geachtet und besetzen tendenziell vorwiegend die niedrigen Ränge. Das zeigte sich vor allem im Vietnamkrieg Damals stellten Schwarze und andere ethnische Minderheiten neben Aussteigern und Desperados einen Großteil der Truppe.

Jüngster Ausdruck für das Scheitern der Integration von Schwarzen in den USA ist eine Serie von Übergriffen der Polizei. Der bekannte schwarze US-Journalist LZ Granderson sagt: „Ich bin es leid, jedes Mal Angst davor zu haben erschossen oder verhaftet zu werden, wenn ich an einem Polizisten vorbeigehe." Auf makabre Weise beleuchten zwei Gerichtsurteile aus jüngerer Zeit, wie auch staatliche Stellen ganz offiziell das Rassenproblem handhaben: In Kalifornien bekam eine weiße Schauspielerin eine Entschädigung von 55 Millionen Dollar zugesprochen, weil Aktbilder von ihr im Netz kursierten. Gleichzeitig wurde die Familie des Schwarzen Eric Garner in New York mit sechs Millionen abgefunden, weil ein weißer Polizist ihn auf offener Straße erwürgt hatte. Da ist bei der Integration etwas schiefgelaufen, zumal es zu den Ausnahmen gehört, wenn ein Totschlag durch die Polizei überhaupt vor Gericht kommt.

Wer zu Beginn der Präsidentschaft von Barack Obama gehofft hatte, die Schwarzen der USA würden nun ihre Heimstatt in der Gesellschaft finden, sieht sich gründlich getäuscht. Doch ist das keineswegs verwunderlich. Auch die Wirkung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung von Martin Luther King bis zu Malcolm X hat sich darauf beschränkt, die rechtliche Gleichstellung der Schwarzen voranzubringen. Für deren gesellschaftliche Aufnahme in das weiß geprägte und weiß orientierte Milieu hat sie das Gegenteil bewirkt. So mag der Slogan „Black is beautiful" Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins gewesen sein, aber eben das geht einher mit dem Willen zur Abgrenzung gegenüber den Weißen. Das schwarze Selbstbewusstsein lehnt es ab, sich einer anderen Lebensart anzugleichen, es besteht auf dem Unterschied. Daher konnte auch Obamas Präsidentschaft, in der ohnehin die Siege spärlich gesät sind, nur bewirken, dass das Rassenthema allgegenwärtig wurde. Jeder Kommentator, der die Erstmaligkeit der Wahl eines Farbigen zum Präsidenten rühmte, erschwerte es, das Ereignis als beiläufig zu empfinden. Und das müsste es sein, wenn es tatsächlich eine Integration gäbe.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier". In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Die Nutzanwendung der betrüblichen Wirklichkeit in den multikulturellen USA – denn hier war ja wegen der Übersichtlichkeit nur von zwei Gruppen die Rede – auf die Lage in Europa ist ebenso ernüchternd. Dieser Vergleich lässt endgültig und abschließend erkennen, dass zwecklose Durchhalteparolen wie Angela Merkels „wir schaffen das" unangebracht und dem Ernst des Problems nicht angemessen sind.

Denn die Politik sieht sich in der EU wie in den USA allein schon mit den sozialpolitischen Aspekten einer Massenintegration überfordert. Ganz zu schweigen vom eigentlichen Vorgang einer gelungenen Eingliederung fremder Zuwanderer in einen bestehenden politischen, kulturellen und ethischen Biotop, der, wenn er erkennbar bleiben möchte, nur in bedingtem Ausmaß an seinen Grundfesten rütteln lassen kann.

Es kann daher nur schiefgehen, wenn die Politiker der Auffassung sind, genügend Schulen, Sprachkurse, Rentenbescheide und Sozialwohnungen würden das Problem lösen. Natürlich gehören diese Dinge zu den Voraussetzungen der Integration. Doch den entscheidenden Schritt müssen diejenigen tun, die zuwandern. Sie müssen bereit sein, sich einzugliedern und ein neues Bewusstsein zu entwickeln. Bei vielen Einzelnen gelingt das, aber nie bei der Größenordnung einer Heerschar, die einer Völkerwanderung gleichkommt.

Wer auf dem Geldsack sitzt

Geld allein macht nicht glücklich? – Meistens doch, wie eine Ausstellung rund um den Mammon in Baden-Baden zeigt

Wo mit Geld gespielt wird, da muss auch Geld zur Kunst erklärt werden. In der Glücksspiel-Stadt Baden-Baden zeigt eine Ausstellung, wie man mit Geld in den vielen Jahrhunderten hindurch umgegangen ist.

Die einen müssen jeden Pfennig dreimal umdrehen. Die anderen können das Geld mit vollen Händen ausgeben. Manche halten es für die Wurzel allen Übels. Aber Kapital an sich ist nach Auffassung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble weder gut noch böse. Und deshalb stellt der Schirmherr der Baden-Badener Ausstellung „Gutes böses Geld“ in seinem Katalogvorwort klar: „Es kommt darauf an, wie wir mit Geld umgehen.“ Wie sich dieser Umgang aus der Perspektive von Künstlern in den letzten 750 Jahren dargestellt hat, ist Thema der umfangreichen Schau. Sie wird in der Kunsthalle, dem Stadtmuseum und im Casino präsentiert.

Hauptschauplatz ist die Kunsthalle. Dort eröffnet der für seinen Reichtum berühmte König Krösus von Lydien den Rundgang mit zwei von ihm herausgegebenen Münzen. Die beiden fingernagelgroßen Geldstücke, das eine aus Silber (550 bis 520 v. Chr.), das andere aus Gold (561 bis 546 v. Chr.), machen darauf aufmerksam, dass die ersten uns heute bekannten Münzen der Welt im westanatolischen Königreich Lydien geprägt wurden.

Die ältesten ausgestellten Kunstwerke stammen aus der italienischen Stadtrepublik Siena. Dort wurde Mitte des 13. Jahrhunderts eine Behörde für die Verwaltung der städtischen Finanzen eingerichtet. Die ließ die hölzernen Buchdeckel ihrer Rechnungsbücher künstlerisch gestalten. Auf dem Bild von 1264 präsentiert sich der Kämmerer mit Geldbeutel, offenem Münzgeld und aufgeschlagenem Kassenbuch, auf dem von 1430 wird ein Beamter bei der Lohnauszahlung gezeigt. Der Umgang mit Geld hat hier ebenso wenig etwas Anrüchiges wie bei dem Porträt, das ein Geldwechsler von sich um 1538 anfertigen ließ. Auf diesem Dosso Dossi zugeschriebenen Bildnis steht der die Münzwaage präsentierende Geldwechsler stolz aufgerichtet zu seinem Metier. Sein versonnener Gesichtsausdruck signalisiert, dass er mit sich und der Welt zufrieden ist. Offensichtlich haben ihm die für das bloße Geldwechseln erhobenen Gebühren zu Wohlstand verholfen. Dass das bis heute ein einträgliches Geschäft ist, führt uns Timm Ulrichs mit der Dokumentation seiner 1968 durchgeführten Aktion vor Augen. Sein Startkapital betrug 100 Mark. Die brachte er zur Bank, um sie in eine andere Währung umtauschen zu lassen. Nach der 20. Umtauschaktion hatte die Bank bis auf 6,75 Mark das ganze Geld eingesackt.

Helle Aufregung herrscht auf Theodoor Rombouts Gemälde „Christus vertreibt die Wechsler aus dem Tempel“ (17. Jh.). Von links stürmt Jesus ins Bild und schwingt erzürnt die Geißel: „Ihr habt aus dem Bethaus eine Räuberhöhle gemacht!“ Hals über Kopf ergreifen Händler und Geldwechsler die Flucht. Totenstille herrscht hingegen im von David Teniers dem Jüngeren gemalten Bild „Der Geiz“ (um 1648). Einsam sitzt eine alte Dame auf einem Stuhl. Nur der Geldsack in ihrem Schoß und die Münzen auf dem Tisch leisten ihr Gesellschaft. Sie schaut missmutig drein. Was stört sie? Etwa, dass sie ihren Mammon nicht mit ins Jenseits nehmen kann? Oder will uns der Künstler den Spruch eingeben, mit dem sich alle Minderbemittelten trösten sollen: „Geld allein macht nicht glücklich.“



Dem Reichen in den Arsch kriechen: Johan Wierix, „Der Mann mit dem Geldsack und seine Schmeichler“, 1568 Bild: Staatsgalerie Stuttgart

Im Stadtmuseum kann man spielerisch reich werden – oder alles verlieren. Dort ist ein riesiges Monopoly-Spiel aufgebaut, dessen Straßennamen sich auf Baden-Baden beziehen. In Kabinetten sind Vorläufer und Nachfolger des 1935 herausgebrachten Spiels ausgestellt. An den Wänden hängen sozialdokumentarische Fotografien, die sich zum Beispiel auch auf die deutsche Hyperinflation von 1923 und die verheerende US-amerikanische Wirtschaftsflaute nach dem Börsencrash von 1929 beziehen.

Das Ur-Monopoly wurde 1904 von Elizabeth Magie entwickelt. Es soll die Spieler über die Gefahren und Konsequenzen einer Monopolbildung auf dem Immobilienmarkt aufklären. Ausgestattet ist es mit zwei Regelwerken. Bei dem einen versuchen die Spieler vergeblich, ein Monopol zu bilden. Bei dem anderen läuft es umgekehrt: Am Ende hat ein Spieler alle anderen ruiniert und somit gewonnen. Diese Spielregeln der Geldvermehrung auf Kosten anderer erwiesen sich als die weitaus beliebteren. Sie allein gelten beim Monopoly-Spiel.

Die Spielbank im fast 200 Jahre alten Kurhaus ist der dritte Schauplatz der Ausstellung. Zwischen luxuriös anmutendem Plüsch und Pomp, Roulettetischen und Spielautomaten ist Gegenwartskunst zum Thema Geld platziert. Etwa Jochen Höllers Arbeit, die aus zwei Bücherstapeln besteht. Der eine ergibt in Anspielung auf einen Börsencrash eine fallende Kurve und ist aus entsprechender Fachliteratur gebildet. Das gilt ebenso für die Buchauswahl der anderen Kurve, die ansteigend eine Phase des Aufschwungs versinnbildlicht. So macht sich Höller lustig über wichtigtuerische, aber ahnungslose Ökonomen, die mit ihren Büchern vorgeben, wirtschaftliche Phänomene erklären zu können. Tatsächlich aber sind ihre teuren Schriften wertlos, da sie deren Eintreten weder vorherzusagen noch zu verhindern vermögen. Für eine explosive Atmosphäre sorgt schließlich Adel Abedessemeds Beitrag. Er besteht aus einer großen goldenen Vase, die Reichtum symbolisiert. Sie ist auf einem Sprengsatz platziert. Das bedeutet: Ungeteilter Reichtum bietet nicht nur Sicherheit, sondern kann zum sozialen Sprengsatz werden.

Auch Joseph Beuys vermittelt uns eine klare Botschaft. Sie wird in der Kunsthalle präsentiert. Sein 1979 bearbeiteter 20-Mark-Schein führt uns weg von Mammon, Mäusen und Moneten. Denn Beuys hat auf ihn eine Gleichung geschrieben: „Kunst = Kapital“. Mit Kunst ist Kreativität gemeint. Das eigentliche Kapital einer Gesellschaft besteht laut Beuys also in der Kreativität ihrer Mitglieder. *Veit-Mario Thiede*

Bis 19. Juni in Baden-Baden. Staatliche Kunsthalle, Lichtentaler Allee 8a. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 7 Euro. Stadtmuseum, Lichtentaler Allee 10. Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 7 Euro. Casino, Kaiserallee 1. Täglich ab 14 Uhr. Eintritt: 5 Euro. Telefon (07221) 30076400, Internet: www.kunsthalle-baden-baden.de. Der Katalog aus dem Kerber Verlag kostet 48 Euro.

Verlassen und vergessen

Wolfskinder in Lüneburg – Landesmuseum wiedereröffnet

Nach der langen Umbauphase hat das Ostpreußische Landesmuseum einen Teil seiner neuen Räumlichkeiten mit einer Ausstellung über Wolfskinder wiedereröffnet. In „Wolfskinder. Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“ wird das erschütternde, gleichwohl wenig bekannte Schicksal elternloser Kinder auf der Flucht vor kriegs- und besatzungsbedingter Not thematisiert, als nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Ostpreußen als erste deutsche Provinz von der Roten Armee überrollt wurde.

Bei der Eroberung 1944/45 wurden Tausende Kinder von ihren Angehörigen getrennt und kämpften angesichts von Hunger, Kälte und Gewalt in den Wäldern um ihr Überleben. Viele flohen über die Memel nach Litauen und wurden dort von Bauern heimlich aufgenommen. Ihre deutsche Herkunft musste verschleiert werden, die Kinder lebten vielfach unter falscher Identität. Manche vergaßen ihre ursprünglich deutsche Herkunft und verloren sogar die Muttersprache. Erst mit dem Ende der europäischen Teilung 1990 öffneten sich für sie neue Perspektiven.

Ein Teil der Wolfskinder lebt noch heute unter einfachen Verhältnissen in Litauen. Ihnen widmet sich die Ausstellung. Sie basiert auf einem Projekt der „Oral History“, der mündlichen Überlieferung, durch die Fotografin Claudia Heinermann und die Journalistin Sonya Winterberg, die viele Jahre nach Litauen reisten, um die dort lebenden Wolfskinder zu besuchen. Mit ihnen sprachen sie über die Erlebnisse der Kindheit, die Flucht und das Leben hinter dem Eisernen Vorhang – ohne Wurzeln und voll der Sehnsucht nach Familie und Verwandten. Ihre Schicksale werden so dem Vergessen entrissen und öffnen sich zu einem vielschichtigen Panorama der Zeitgeschichte.



Wolfskinderheim: Wald bei Kaunas Bild: Claudia Heinermann

Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert; das Ostpreußische Landesmuseum ist die erste Station. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit dem „Deutschen Kulturforum Östliches Europa e.V.“ in Potsdam.

Da der Umbau des Landesmuseums noch nicht vollständig abgeschlossen ist, nimmt es nur den Sonderausstellungs- und Vortragsbetrieb wieder auf. Die Dauerausstellung bleibt bis mindestens Ende dieses Jahres geschlossen. Während der Umbauphase ist das Museum täglich außer montags von 12 bis 17 Uhr. geöffnet. Der Eintritt beträgt 3 Euro.

Daneben gibt es ein Begleitprogramm: Am Dienstag, 26. April, wird um 19 Uhr der Film „Wolfskinder“ von Rick Ostermann im Lüneburger Kino Scala (Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg) gezeigt. Eintritt: 6,50 Euro. Am Sonntag, dem Internationalen Museumstag am 22. Mai, führt um 15 Uhr Kuratorin und Autorin Sonya Winterberg durch die Ausstellung. Der Eintritt ist frei. Am Mittwoch, 25. Mai, hält der Historiker Christopher Spatz um 19 Uhr den Vortrag „Lebenslang ‚Wolfskind‘. Die schwere Last nicht mitteilbarer Erinnerungen“, Eintritt 5 Euro. *Harald Tews*

Stern von Bloomsbury

Wer hat Angst vor Viginia Woolf? – Eine Antwort

Am Morgen des 28. März 1941 schrieb Virginia Woolf einen Brief an ihren Mann. Es war ein Abschiedsbrief. Sie spricht darin von Stimmen, die sie höre, und sie könne sich nicht mehr konzentrieren. „Ich glaube nicht, dass zwei Menschen haben glücklicher sein können – bis die schreckliche Krankheit kam. Ich kann nicht länger dagegen ankämpfen.“

Sie legte den Brief auf einen Tisch, zog einen Mantel an, nahm den Spazierstock und ging zu dem nahegelegenen Fluss Ouse. Am Ufer beschwerte sie die Manteltaschen mit Steinen und watete ins Wasser. Zwei Wochen später stießen spielende Kinder auf die Wasserleiche. Mit 59 Jahren endete vor 75 Jahren das Leben der englischen Schriftstellerin.

Anders als bei ihren früheren Selbstmordversuchen, meistens mit Schlaftabletten, konnte sie diesmal keiner retten. Die psychisch labile Woolf litt schon immer unter Phasen schlimmer Depressionen. Ihr Leben schwankte zwischen himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt. Im Jahr 1941 war ihre Karriere auf dem Höhepunkt, sie war eine erfolgreiche Schriftstellerin, ihre Romane wurden gelesen. Sie hätte vor Freude jubeln können.

Doch es war auch ein Kriegsjahr. Mit ihrem Mann Leonard zog sie schon vor den Luftangriffen auf London in den rund 100 Kilometer südlich der Hauptstadt in der Grafschaft Sussex gelegenen Ort Rodmell. Dort sah sie die deutschen Bomber Richtung London fliegen, sie hörte das Dröhnen der Motoren, ferne Detonationen ließen die Fensterscheiben klirren. Eine Bombe traf im Londoner Stadtteil Bloomsbury das Haus, wo sie mit ihrem Mann in der „Hogarth Presse“ ihre eigenen Werke verlegte wie auch T. S. Eliots Gedicht „The Waste Land“ oder die Erzählungen Katherine Mansfields. Woolf war zu Tode betrübt.



Woolf im Jahr 1902 Bild: Archiv

In Bloomsbury erlebte Woolf ihre glücklichste Zeit. Sie und ihre Schwester Vanessa standen im Zentrum der „Bloomsbury-Gruppe“, um die sich viele namhafte Bohemiens scharten. Zu ihnen gehörten der Maler Roger Fry, der Wirtschaftstheoretiker John Maynard Keynes oder die Romanautoren E. M. Forster („Reise nach Indien“) und Vita-Sackville-West, deren androgynes Wesen Woolf in ihrem Roman „Orlando“ porträtiert hat. Zu den Abendgesellschaften, an denen ebenso freizügig über Sex geredet wie er vielleicht auch praktiziert wurde, kamen Gäste wie der „Schöne neue Welt“-Autor Aldous Huxley oder Englands späterer Premier Winston Churchill.

Für Woolf bedeutete dieser illustre Kreis eine Befreiung vom Mief des Viktorianismus, der auf ihr als Tochter des patriarchalischen Herausgebers eines gewaltigen nationalbiografischen Lexikons, Leslie Stephen, lange Zeit gelastet hatte. Ihre bekanntesten Romane wie „Mrs. Dalloway“, „Zum Leuchtturm“ oder „Die Wellen“ atmen diesen neuen Geist. Sie sind durchzogen von dem durch James Joyce in Umlauf gebrachten Bewusstseinsstrom. Der Leser erlebt das Geschehen aus der Perspektive der zumeist weiblichen Hauptfiguren. Woolf verzichtet auf einen allwissenden Erzähler, der den Leser an die Hand nimmt und ihn durch die Handlung führt. Dadurch ergibt sich die Schwierigkeit, sich selbstständig orientieren zu müssen. Aber wer das Wagnis eingeht, der wird mit einem wahren Lesegenuss belohnt. *tws*

»Sakko und Jacketti«

Wenn die DDR-Machthaber auch das Berliner Schloss abreißen ließen, so bildete doch auch während ihrer Herrschaft das Areal des Schlosses wie zu Zeiten der Hohenzollern das repräsentative Zentrum des Staates. So erhielt der Standort nach der Sprengung des Schlosses 1950 und der anschließenden Räumung des Areals 1951 den programmatischen Namen „Marx-Engels-Platz“.

Was lag näher, als den Marx-Engels-Platz mit einem Marx-Engels-Denkmal zu versehen? Die Kunstkommission des Ministeriums für Kultur entschied sich für einen Entwurf des Bildhauers Ludwig Engelhardt. Der Sekretär der Sektion Bildende Kunst der Akademie der Künste von 1974 bis 1978 wurde 1977 zum künstlerischen Leiter des Projekts berufen. Neun Jahre später, am 4. April 1986, wurde das vom Volksmund „Sakko und Jacketti“ genannte Denkmal eingeweiht.



Marx-Engels-Denkmal Bild: Archiv

Es ist relativ bescheiden ausgefallen. Auf einem kaum nennenswerten Sockel sind die beiden sozialistischen Denker in ungefähr doppelter Lebensgröße zu sehen. Und statt auf dem Karl-Marx-Platz wurde es auf dem kleineren Marx-Engels-Forum aufgestellt. *M. Ruoff*

Wenn die Täter geehrt werden

Die Wahrnehmung der Deutschen als Opfer: Der öffentliche Raum, Straßennamen und Denkmäler

Die Wahrnehmung der Deutschen als Opfer durch die Regierenden zeigt sich nicht zuletzt darin, wie die Opfer, aber auch die Täter, welche die Deutschen zu Opfern gemacht haben, mit der Benennung von Straßen und der Errichtung von Denkmälern geehrt oder auch nicht geehrt werden.

Auch wenn das häufig zitierte Flugblatt, in dem die Sowjetsoldaten aufgefordert werden, die deutschen Frauen als rechtmäßige Beute zu nehmen, nicht von Ilja Ehrenburg stammen sollte (die Frage ist strittig), so gibt es doch genug Belege für seine unmäßigen Hasstiraden gegen die Deutschen, die bei den Adressaten – eben den sowjetischen Soldaten – nicht ohne Wirkung geblieben sind: in unendlich vielen Fällen vor allem zum Leidwesen von Frauen und Mädchen. Dass es noch heute in einer deutschen Stadt, nämlich in Rostock, eine Ilja-Ehrenburg-Straße gibt, ist ein unglaubliches Beispiel für die Nichtwahrnehmung der Deutschen als Opfer und eine Schande für die Stadt Rostock. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an Ehrenburgs nie von ihm dementierten oder von ihm bedauerten Ausspruch: „Für uns gibt es nicht Lustigeres als deutsche Leichen.“

Während also die Stadt Rostock sich bemüßigt fühlte, dem Hassprediger Ilja Ehrenburg mit der Straßenbenennung nach ihm ein Denkmal zu setzen, hat sich noch keine deutsche Stadt oder Gemeinde dazu durchringen können, den 1944/45 vergewaltigten deutschen Frauen und Mädchen ein eigenes Denkmal zu setzen. Ein im Juni 2010 von der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin gestellter Antrag, der Senat möge aufgefordert werden, „ein Konzept zur Errichtung eines Denkmals in Berlin für die ab Frühjahr 1945 von Soldaten der Besatzungsmächte vergewaltigten Frauen zu erstellen“, ist bis heute nicht beschieden.



Nach ihm ist in Rostock immer noch eine Straße benannt: Ilja Ehrenburg Bild: Ullstein

Festzuhalten bleibt also, dass es kein von einem deutschen Künstler geschaffenes Denkmal auf städtischem Grund gibt, das an die von sowjetischen Soldaten begangenen Verbrechen an deutschen Frauen und Mädchen erinnert. Demgegenüber schuf ein junger polnischer Künstler, der 26 Jahre alte Student der Danziger Kunstakademie Jerzy B. Szumczyk, die lebensgroße Skulptur eines Rotarmisten, der eine hochschwangere deutsche Frau vergewaltigt, wobei er sie mit der linken Hand brutal an den Haaren reißt und mit rechten Hand der Frau den Lauf einer Pistole in den Mund hält. Damit keine Unklarheit über Täter und Opfer entstehen kann, versah der Künstler den Sockel der Skulptur mit den Worten „Frau, komm!“ (in deutscher Sprache); als Ort für die Aufstellung der Skulptur wählte Szumczyk einen Platz neben einem als sowjetisches Siegesdenkmal aufgestellten original sowjetischen Panzer T-34. Auf sein Motiv angesprochen erklärte der Künstler, die Skulptur sei „der geschichtlichen Wahrheit gewidmet sowie dem Schicksal der Frauen während des Krieges“. Und: „Die Gestalt des Sowjetsoldaten bezieht sich auf konkrete Ereignisse an einem konkreten Ort, in diesem Fall Danzig 1945. Ich wollte keine Aggressionen wecken, im Gegenteil – ich wollte die Wahrheit sagen, die meiner Meinung nach unerlässlich ist, um gute Nachbarschaft für die Zukunft zu bauen.“ Aggressiv reagierte der russische Botschafter in Warschau, Alexandr Aleksejew; er zeigte sich „zutiefst empört“ über dieses „Pseudo-Kunstwerk“, durch welches das Andenken an die sowjetischen Soldaten, „die im Kampf für Polens Freiheit und Unabhängigkeit gefallen sind“, beleidigt werde. Die polnische Regierung wurde vom Botschafter zu einer „angemessenen Reaktion“ aufgefordert. Das bedrohliche Knurren des russischen Bären blieb nicht ohne Wirkung: Die polnische Staatsanwaltschaft leitete umgehend ein Verfahren gegen den Künstler wegen „Anstachelung zum Völkerhass“ ein, das jedoch bald eingestellt wurde. Effektiver handelten Polizei und Stadtreinigung. Noch in der Nacht verhüllte die Polizei die Figurengruppe, die – keine zwölf Stunden nach der Aufstellung – von der Stadtreinigung mit einem Kranwagen beseitigt und abgefahren wurde. Über den derzeitigen Verbleib der Skulptur ist nichts bekannt.

Was lehrt uns diese Geschichte (über die in keiner der führenden deutschen Tageszeitungen mit auch nur einem Wort berichtet wurde)?

1. Wer an die Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, erinnert (und sei es auch nur in Form einer künstlerischen Darstellung), kann Ärger kriegen.

2. Es war ein polnischer Künstler, kein deutscher, der das Thema „Frau, komm!“, das vor allem deutsche Frauen als Opfer von Gewalttaten betrifft, zum Motiv eines Kunstwerkes aus seiner Hand wählte. Ein Vergleich mit dem Ausland zeigt noch ein anderes bemerkenswertes Beispiel: In London existiert ein Denkmal für die im Zweiten Weltkrieg durch den Krieg getöteten Tiere. In Berlin existiert kein Denkmal für die von alliierten Soldaten vergewaltigten Frauen.

Ingo von Münch

Von Nationalsozialisten wie Antifa diffamiert

Nach vier Jahrhunderten wurde in Deutschland 1941 die Fraktur als sogenannte Normal-Schrift abgeschafft und durch Antiqua ersetzt

Nach der Erfindung des Buchdrucks gegen Ende des 15. Jahrhunderts entwickelte sich als erste, typisch gebrochene Druckschrift die „Schwabacher“, die schon bald überall in Deutschland Verbreitung fand. Der eigentliche Schöpfer ist zwar unbekannt, aber es darf wohl angenommen werden, dass es sich um einen Schriftschneider aus dem nur 15 Kilometer von Nürnberg entfernten Schwabach handelte, nach dessen Herkunft die Schrift dann ihren Namen erhielt. Diese älteste deutsche Druckschrift wurde in der Zeit nach ihrer Entstehung vor allem von Martin Luther für den Druck seiner Bibel benutzt.

Wenige Jahrzehnte später entstand die Fraktur, die ab Mitte des 16. Jahrhunderts die Schwabacher verdrängte. Ihr Ursprung lag in schnell geschriebenen gotischen Gebrauchsschriften, wie sie auch in der Kanzlei des Kaisers verwendet wurden. Für vier Jahrhunderte blieb sie die in Deutschland vorherrschende Druckschrift. Übrigens existierte die Textur, die Vorläuferin der Fraktur, bereits vor der Antiqua (lateinische Druckbuchstaben), denn das erste Buch in dieser Alt-Fraktur wurde schon 1474 in England hergestellt.

> Der Ursprung der aus dem 16. Jahrhundert stammenden Fraktur lag in schnell geschriebenen gotischen Gebrauchsschriften

Zeitgleich mit der Fraktur tauchte auch die „Kurrent“ genannte deutsche Schreibschrift auf. Während die Antiqua damals vor allem in den romanischsprachigen Ländern Italien und Frankreich gebräuchlich war, fand die Fraktur in fast allen Staaten mit germanischen Sprachen Verwendung, in Schweden etwa noch bis ins 19. Jahrhundert.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es dann erstmals Bestrebungen, die deutsche Schrift (und mit ihr die Fraktur) abzuschaffen. Die Gegner erreichten sogar, dass sich 1911 der Reichstag mit dem Thema befasste, doch votierten 75 Prozent der Abgeordneten für die Beibehaltung der herkömmlichen (deutschen) Schrift vor allem in den Druckereien. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden zahlreiche neue deutsche Druckschriften, aber auch die Schreibschrift wurde weiterentwickelt. So hatte Ludwig Sütterlin bereits 1914 die nach ihm benannte Schrift erschaffen, die ab 1915 und dann verstärkt nach dem Krieg in den Schulen gelehrt und auch als Schulausgangsschrift bezeichnet wurde. 1935 entstand die „Rudolf-Koch-Kurrent“, benannt nach dem gleichnamigen wohl bedeutendsten Schriftkünstler des 20. Jahrhunderts, der im Jahr zuvor verstorben war. Auch eine Fraktur ist nach ihm benannt. Martin Hermersdorf, ein Mitarbeiter Kochs, entwickelte schließlich dessen Kurrent weiter, die ab 1951 als „Hermersdorf-Schrift“ bekannt war und an deutschen Schulen gelehrt wurde. Außerdem setzte er sich nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein für den Erhalt beziehungsweise die Erneuerung der deutschen Schrift ein.

Nachdem das Reichspropagandaministerium schon zu Beginn des Zweiten Weltkrieges betont hatte, es müsse mit dem Vorurteil aufgeräumt werden, bei der Fraktur handele es sich um eine deutsche, bei der Antiqua aber um eine undeutsche Schrift, erging 1941 durch Martin Bormann, den „Stabsleiter beim Stellvertreter des Führers, an alle Reichsleiter, Gauleiter und Verbändeführer“ ein geheimes Rundschreiben, in dem die Verwendung der deutschen Schrift künftig untersagt wurde mit der Begründung, dabei handele es sich in Wirklichkeit um „Schwabacher Judenlettern“. Stattdessen sollte nur noch die Antiqua benutzt werden, die man jetzt als „Normal-Schrift“ bezeichnete. Alle Druckerzeugnisse waren nach und nach darauf umzustellen, und in den Schulen durfte nur noch die „Normal-Schrift“ gelehrt werden. Weil man negative Rückwirkungen in der Bevölkerung befürchtete, wurden die Veröffentlichung des Rundschreibens und auch der Ausführungsbestimmungen ausdrücklich untersagt. Eine der ersten Zeitungen, die bereits im selben Jahr auf Antiqua-Druck umstellte, war das NSDAP-Parteiorgan „Völkischer Beobachter“.

Obwohl das Verbot auf Adolf Hitler zurückgeht, wird von den Gegnern der deutschen Schrift, insbesondere aber von Politikern des linken Spektrums und Gewerkschaftsfunktionären, diese immer wieder vollkommen widersinnig als „Nazi-Schrift“ diffamiert. Nicht selten setzen deutsche Zeitungen und Zeitschriften in Unkenntnis der Sachlage die Überschriften von Artikeln zu den Themen Rechtsextremismus, Neofaschismus oder Antisemitismus in Frakturschrift, um eine Assoziation dieser Schrift mit der NS-Ideologie herzustellen. Schon die alliierten Besatzungsmächte hatten nach 1945 die Herstellung deutscher Druckerzeugnisse nur genehmigt, wenn diese in Antiqua gesetzt waren – ohne sich darüber klar zu sein, dass sie damit im Sinne des „Führer-Erlasses“ von 1941 handelten.

> Martin Bormann: »Die sogenannte gotische Schrift als eine deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch«

Dennoch erlebte die deutsche Schrift in geschriebener und gedruckter Form ab etwa 1950 eine vorübergehende Renaissance. So erklärte der bayerische Landtag in jenem Jahr das Erlernen der deutschen Schrift in der Schule zur Pflicht. 1955 und 1956 folgten Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen, wo die deutsche Schrift im 3. Schuljahr zum obligatorischen Lehrstoff gemacht wurde. Der nordrhein-westfälische Kultusminister sagte sogar noch am 26. März 1965 auf eine Anfrage hin schriftlich zu, dafür sorgen zu wollen, „daß die amtlichen Bestimmungen über die Durchführung des Unterrichts in der deutschen Schreibschrift künftig beachtet“ würden. Seit den 1970er und 1980er Jahren gelten solche Bestimmungen zwar nicht mehr, gleichwohl bildet die deutsche Schrift zum Teil wieder einen „Wahlgegenstand“ im Kunsterziehungsunterricht. Für Studenten der Germanistik oder der Geschichtswissenschaft ist es hingegen unverzichtbar, dass sie die deutsche Schrift in geschriebener und gedruckter Form beherrschen. Das gleiche gilt für Berufe wie die des Archivars, des Bibliothekars oder des Notars.

Die deutsche Schrift (Handschrift und Frakturdruck) war bis zu ihrem Verbot 1941 nie Ausdruck einer Gesinnung oder Ideologie und auch nicht einer politischen Partei. Luthers Bibel (1534), Immanuel Kants „Kritik der reinen Vernunft“ (1781), Wolfgang von Goethes und Heinrich Heines Werke, das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx (1848 in London gedruckt), die Werke Thomas Manns, Alfred Döblins „Berlin Alexanderplatz“ (1927), Hitlers „Mein Kampf“ (1925) und sogar einige Bücher deutscher Emigranten sind in Fraktur gedruckt. Die deutsche Schrift war und ist weder „rechts“ noch „links“, denn Kommunisten, Nationalsozialisten, der „Centralverein deutscher Juden“, die Deutsche Volkspartei Gustav Stresemanns und die Sozialdemokraten verwendeten sie in ihren Wahlplakaten. In ihr wurden die Bibel, Märchen, die Klassiker und der überwiegende Teil der zeitgenössischen Literatur gedruckt, ebenso fast alle Zeitungen in Deutschland. Die deutsche Schrift war 400 Jahre lang die volkstümliche Schrift schlechthin.

Eine Art Wiedergutmachung des „Führer-Erlasses“ von 1941 nahm der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages genau 30 Jahre später vor. Er erklärte nämlich: „Den Freunden der deutschen Schrift ist es jedoch unbenommen, sich für die Verbreitung dieser Schrift einzusetzen und für ihre Verwendung zu werben. Der Staat respektiert die freie Entfaltung von Kunst und Kultur, so auch auf dem Gebiet der Schriftverwendung. Der im ‚Dritten Reich‘ herrschende Zwang zur Bevorzugung der ‚Normal-Type‘ (das heißt lateinischer Lettern) besteht nicht mehr ...“ Diese Aussage gilt bis heute. *Wolfgang Reith*

Preußens Militär nützte der Zeppelin wenig

In der Kaiserzeit baute das preußische Heer eine Luftschiffertruppe auf – Sie bildete die Keimzelle der deutschen Luftstreitkräfte

Die preußische Luftschiffertruppe, deren Gründung vor reichlich 13 Jahrzehnten erfolgte, war die Keimzelle der deutschen Luftwaffe. Dabei verfügte sie zunächst nur über Beobachtungs-Ballons, bevor dann ab 1906 wirklich lenkbare Luftschiffe als Bombenträger hinzukamen.

Der erste bemannte Ballonflug fand 1783 in Frankreich statt. Deshalb war es nur zu naheliegend, dass hier dann auch kurz darauf die erste militärische Luftfahrttruppe der Welt aufgestellt wurde. Allerdings löste Napoleon dieselbe später wieder auf. Deshalb ließ der Kriegseinsatz von Ballons noch einige Jahrzehnte auf sich warten – nämlich bis zum Herbst 1870 beziehungsweise der Belagerung von Paris durch deutsche Heeresverbände. In deren Verlauf konnten einige wichtige Vertreter der Republik die Stadt im Ballon verlassen. Zudem gelangten auf diesem Wege auch 2,5 Millionen Briefe aus Paris hinaus. Das wiederum veranlasste die Militärs anderer Länder, nun ihrerseits „Luftschiffereinheiten“ zu bilden.

In Preußen bewilligte das Kriegsministerium 1883 die Summe von 800 Mark für entsprechende Vorstudien. Und da diese vielversprechend ausfielen, befahl Wilhelm I. am 27. März 1884, ein „Détachement zur Anstellung von Versuchen mit Captiv-Ballons“ zu bilden. Diese Abteilung wurde anfangs von Hauptmann Friedrich Buchholtz kommandiert. Ihm unterstanden der Premierleutnant Georg von Tschudi, die Sekondeleutnants Hugo von Hagen und Hermann Moedebeck sowie vier Unteroffiziere und 29 Mann. Die Aufgabe des Détachements bestand in der Gefechtsfeld- und Artilleriebeobachtung mit Hilfe von Fesselballons. Das heißt, es verfügte noch über keine Luftschiffe, selbst dann noch nicht als per Kabinettsbefehl vom 11. März 1887 die Umbenennung in „Luftschiffer-Abteilung“ erfolgte. Dem vorausgegangen war im Jahr zuvor die Zuordnung zum Preußischen Eisenbahnregiment Nr. 1. Aus diesem Grunde trugen die Luftschiffer auch die Uniform der Eisenbahntruppe – jedoch mit einem „L“ auf den Achselklappen.

Weil sich die Ballons in diversen Manövern bewährten, beschloss das Berliner Kriegsministerium 1895, der preußischen Luftschiffer-Abteilung den Status eines selbstständigen Truppenteils innerhalb der nunmehrigen Eisenbahnbrigade zu verleihen, wonach dann wiederum 1899 die Unterstellung unter die neu eingerichtete Generalinspektion der Verkehrstruppen folgte.

Damals kamen vor allem die 600 Kubikmeter Gas fassenden Drachenballons zum Einsatz, die von August von Parseval und Hans Bartsch von Sigsfeld konstruiert worden waren. Ab 1897 wurden sie bei der Truppe eingeführt. Ihr Vorteil gegenüber den sonst üblichen kugelförmigen Ballons bestand darin, dass sie sehr viel stabiler in der Luft lagen und auch bei stärkerem Wind aufsteigen konnten. Darum beeilte man sich überall im Ausland, sie zu kopieren.

Der nächste Schritt in der Entwicklung der deutschen Militärluftfahrt war 1901 die Umwandlung der Luftschiffer-Abteilung in ein Luftschifferbataillon, das jetzt eine eigene Kaserne in Berlin-Reinickendorf bezog. Ein halbes Jahrzehnt später erhielt das preußische Heer mit dem in „Z I“ umbenannten LZ 3 seinen ersten Zeppelin. Der Anschaffung folgte die Aufstellung einer Versuchskompanie für Motorluftschifffahrt mit Lenkluftschiffen, die von Major Hans Groß befehligt wurde und bald zum Luftschifferbataillon Nr. 2 avancierte. Dabei sollte das neue Fluggerät nicht mehr vorrangig Beobachtungszwecken dienen, sondern der Bombardierung von gegnerischen Truppenansammlungen. Hierzu hätten sich auch Flugzeuge geeignet, doch denen stand der preußische Generalstab vorderhand noch recht ablehnend gegenüber. Dafür zeichnete die einflussreiche Luftschiff-Lobby verantwortlich. Die Erprobung von „Aeroplanen“ begann erst im Mai 1910, nachdem im Jahr zuvor der Franzose Louis Blériot mit seinem Eindecker den Ärmelkanal überquert und damit großen Eindruck hinterlassen hatte.

> Unter dem Einfluss der Luftschiff-Lobby stand der preußische Generalstab Flugzeugen anfänglich ziemlich skeptisch gegenüber



Bild: pa

LZ 3: Preußens Heer kaufte den Zeppelin, benannte ihn in „Z I“ um und nutzte ihn bis 1913 als Schulschiff

Währenddessen expandierte die preußische Luftschiffertruppe ungebremst weiter. Als Anlass diente unter anderem der Bau einer Halle für drei Luftschiffe seitens der Stadt Köln. Hieraufhin wechselte 1909 ein Vorauskommando von Berlin an den Rhein, aus dem dann am 1. Oktober 1911 das dritte Luftschifferbataillon hervorging, das unter dem Kommando von Major Walter von Schulz stand. Dazu kamen 1913 noch zwei weitere Bataillone mit den Standorten Mannheim-Sandhofen und Graudenz. Die Führung dieser fünf Einheiten übernahm am 1. Oktober 1913 die neugebildete Inspektion der Luftschiffertruppen unter Oberst Kuno Friedrich von Barfus. Sie trat an die Stelle der Inspektion des Militär-Luft- und Kraftfahrzeugwesens, die ab dem 1. April 1911 die Dienstaufsicht über die Luftschiffer des Heeres ausgeübt hatte.

Als das Deutsche Reich zum 1. August 1914 mobil machte, verfügten die nunmehrigen Königlich-Preußischen Fliegertruppen über neun Zeppeline und drei weitere Luftschiffe der Typen „Schütte-Lanz“, „Groß-Basenach“ und „Parseval“ sowie zehn Feldluftschifferabteilungen und 17 Festungsluftschiffertrupps mit jeweils einem Fesselballon. Auch der Flugzeugbestand war nach der anfänglichen Skepsis der Militärs noch kräftig gewachsen. Nun existierten immerhin schon 33 Feldfliegerabteilungen zu je sechs Flugzeugen, siebeneinhalb Festungsfliegerabteilungen mit je vier Maschinen, acht Etappen-Flugzeugparks und fünf Fliegerersatzabteilungen.

Der erste Kampfeinsatz eines preußischen Zeppelins fand bereits kurz nach Kriegsbeginn statt. Am 5. August 1914 startete das in Köln stationierte Luftschiff Z VI (LZ 21) gegen 22 Uhr in Richtung Lüttich. Die zwölfköpfige Besatzung unter dem Befehl von Major Wilhelm von Dücker hatte den Auftrag, ein Dutzend Sprengbomben von rund 100 Kilo Gewicht über der belgischen Festung abzuwerfen. Jedoch wurde das Luftschiff schon beim Anflug auf Lüttich durch feindliche Artilleriegranaten beschädigt. Deshalb musste es abdrehen und zerschellte später aufgrund des massiven Gasverlustes bei Walberberg nahe Bonn. Dem folgte der Abschuss von Z VII (LZ 22) am 23. August 1914 bei einer Aufklärungsfahrt über dem Elsass. Am selben Tag fiel auch noch Z VIII (LZ 23) nach einer Notlandung hinter den feindlichen Linien in die Hände der Franzosen, die das Luftschiff hemmungslos plünderten. Somit begann der Erste Weltkrieg für die preußischen Luftschiffer mit einer Reihe von eklatanten Misserfolgen. *Wolfgang Kaufmann*

Das Volk wurde enttäuscht

Viele preußische Reformen wurden, nachdem sie zum Sieg über Napoleon beigetragen hatten, wieder zurückgenommen

Mit seiner Niederlage im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 fiel das alte Preußen in sich zusammen. Die Reformer sahen ihre Stunde gekommen: Staat und Gemeinwesen sollten reformiert, die Ständegesellschaft in eine Bürgergesellschaft umgewandelt und aus Untertanen Bürger gemacht werden. Der mächtige Aufbruch des Bürgerwillens bewirkte, dass der zögernde und zaudernde, den Franzosen im vorauseilenden Gehorsam willige König Friedrich Wilhelm III. zum Kampf und Sieg gegen Napoleon gezwungen wurde. Aber nach dem Sieg hintertrieb er erfolgreich die Reformen seines Staatsministers Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein in den Jahren 1807 und 1808. Preußen mauserte sich nicht zur freien Bürgergesellschaft, es blieb ein Untertanenstaat. Das dazu gehörige Untertanendenken macht uns bis heute zu schaffen.

König Friedrich Wilhelms III. Unfähigkeit trat exemplarisch in der Schlacht von Jena und Auerstedt vom 14. Oktober 1806 zutage, die so heftig und verlustreich war, dass auf den Feldern heute noch beim Pflügen Überreste jenes Gemetzels zutage gefördert werden. Die Niederlage war verheerend. Dabei konnte von einer Übermacht der Franzosen nicht die Rede sein. Das französische Korps zählte 27 000 Soldaten, das war nur die Hälfte dessen, was die Armee Friedrich Wilhelms III. aufgeboten hatte. Aber dem Oberkommandierenden der preußischen Hauptarmee, Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel, war gleich zu Beginn der Schlacht in beide Augen geschossen worden. Der König versäumte es, einen neuen Befehlshaber zu ernennen. Das führte zu einem kopflosen Durcheinander bei den Preußen und direkt in die Katastrophe. Innerhalb eines einzigen Tages war Preußens vollkommene Niederlage besiegelt.

Der König nahm es ziemlich gelassen, um nicht zu sagen, kaltschnäuzig auf. Nicht so seine Umgebung: Die Unentschlossenheit, Verblendung und Unfähigkeit, die an höchsten Stellen herrschten und selbst in der Umgebung des Königs, seien das größte Unglück, resümierte Gräfin Sophie Marie von Voß. Die Zeitzeugen waren der Meinung, die preußische Monarchie sei unwiederbringlich dahin. Eine Welle von kampflosen Kapitulationen preußischer Festungen vollendete das Desaster. Der königliche Hof zog sich nach Ostpreußen zurück. „Unser Demel sitzt am Memel“, spottete das Volk.

> »Wir haben unsere Deutschen ... kennengelernt als Leute, bei denen der Weg vom Gedanken und vom Wort zur That ein recht weiter ist«

Nur die unentwegtesten Militärs, wie Gebhard Leberecht von Blücher, machten sich daran, den König zu überzeugen, der antinapoleonischen Allianz beizutreten, was erst nach langem zähen Ringen erfolgreich sein sollte. Zum Entsetzen seines Volkes ließ sich Friedrich Wilhelm III. lange Zeit von Napoleon demütigen, statt ihm die Stirn zu bieten. So musste er stundenlang vor der Tür warten, als der französische Kaiser mit Zar Alexander verhandelte. Am Tisch war für Friedrich Wilhelm III. nicht gedeckt. Er sollte mit dem Gefolge speisen.

Während ihr König sich demütigen ließ, gab es immer wieder Aufstände in den preußischen Provinzen. Der bekannteste war der Feldzug des preußischen Offiziers und Freikorpsführers Ferdinand von Schill, der zwar bewundert und bejubelt, aber nicht ausreichend unterstützt wurde, als klar war, dass er nicht auf höheren Befehl, sondern auf eigene Faust handelte.

„Wir haben unsere Deutschen ... kennengelernt als Leute, bei denen der Weg vom Gedanken und vom Wort zur That ein recht weiter ist“, kommentierte ein Zeitgenosse. Das Signal von oben kam nicht, Schill fiel, fast auf sich allein gestellt, in Stralsund im Straßenkampf.

Das zeigte den Reformern, wie nötig Widerstand gegen die Engstirnigkeit der preußischen Monarchie war, hatte doch der Staat von jeher daran gearbeitet, seine Untertanen „auf jede Art zu gewöhnen, Maschinen zu sein, statt selbstständige Wesen“, um es mit dem Erzieher, Philosophen und Vertreter des Deutschen Idealismus Johann Gottlieb Fichte zu sagen. Wilhelm von Humboldt formulierte es wie folgt: Durch eine zu „ausgedehnte Sorgfalt des Staates“ litten „die Energie und der moralische Charakter“. Der freie „herrliche Geist im Volk“ sollte unterdrückt werden, denn ein solcher Geist trug die Gefahr des Umsturzes in sich.

> Ein Großteil der Kritik und der Forderungen der Geistesgrößen jener Zeit klingt erschreckend aktuell

Die preußischen Reformer wollten „die Freiheit jedes Einzelnen sich auszubilden, zu erwerben, sich emporschwingen zu können“, so August Neidhardt von Gneisenau.

Humboldt: „... auch Griechisch gelernt zu haben könnte dem Tischler ebenso wenig unnütz sein, als Tische zu machen, dem Gelehrten. Beide müssten ihre persönlichen Anlagen fördern können und dürfen.“ Diese Sätze zeigen, wie weit wir heute schon wieder vom preußischen Bildungsideal entfernt sind.

Individuelle Freiheit war der Grundstein von Humboldts Gedankengebäude zu Bildung, Forschung und Wissenschaft. Der Mensch sei „das Werk seiner selbst ... autonom, frei und mündig“.

Der Staat solle „seine Tätigkeit auf ein Minimum, nämlich Rechtsschutz und Sicherheitspolizei, beschränken und nur die Güter zur Verfügung stellen, welche die Individuen sich nicht selbst beschaffen können“. Der Zusammenschluss der Individuen solle stets ein freiwilliger sein. Jeder Form von Kooperation, „dem über eine ganz lockere Verbindung hinausgehenden Zusammenschluss von Personen mit übergreifenden, aber nicht auf die Gemeinschaft als Ganze, auf Volk oder Nation und den diese repräsentierenden Staat bezogenen Ideen und Interessen“ begegnete Humboldt „mit großem Misstrauen“.

In dreimonatigen Verhandlungen gelang es Humboldt, Friedrich Wilhelm III. eine Universität in der preußischen Hauptstadt abzuringen. Von 1808 bis 1810 schufen Humboldt und seine Helfer die Grundlage eines zukunftsweisenden Bildungssystems.

Was Humboldt erfolgreich für die Bildung tat, versuchte Stein für den Staatsapparat: „Ich halte es für wichtig, die Fesseln zu zerbrechen, durch welche die Bürokratie den Aufschwung der menschlichen Tätigkeit hemmt, jenen Geist der Habsucht, des schmutzigen Vorurteils, jene Anhänglichkeit ans Mechanische zu zerstören, die diese Regierungsform beherrschen.“ Man müsse die Nation befähigen, „aus jenem Zustande der Kindheit herauszutreten, in dem eine ... Regierung die Menschen halten will“.

Den von einer Regierung geforderten Gehorsam hatte Immanuel Kant schon 1793 als „den größten denkbaren Despotismus“ verworfen.

Man staunt beim Lesen solcher Sätze immer wieder, wie aktuell sie klingen.

Natürlich konnte sich Stein nicht lange halten. Er wurde vom König durch Karl August von Hardenberg ersetzt, der die Revolution von oben wollte und damit staatstragender war. Die Bevölkerung, die erwartet hatte, für die im Kampf gegen Napoleon gebrachten Opfer belohnt zu werden, wurde enttäuscht. *Vera Lengsfeld*

10000 Mann

Zu: Anfang mit vielen Hindernissen (Nr. 53)

Zufällig bekam ich den Artikel Ihres Chefredakteurs in die Hand. Er schreibt dort über die Anfänge der Bundeswehr 1956. Die dort geschilderten Zustände kenne ich noch alle aus eigener Erfahrung. Denn ich war Angehöriger des Bundesgrenzschutzes und bin am 1. Juli 1956 mit 10000 Kameraden in die Bundeswehr übernommen worden. Diese 10000 Männer, zu 99 Prozent gut ausgebildete Unteroffiziere und Offiziere, haben das Führungspersonal für die 1., die 2., und 4. Division der neuen Bundeswehr gestellt und somit entscheidend zur schnellen Aufstellung der Bundeswehr beigetragen.

Ohne diese 10000 Männer des Bundesgrenzschutzes wäre die Aufstellung der Bundeswehr in so kurzer Zeit nicht möglich gewesen. Wir haben die ersten Monate noch in Bundesgrenzschutz-Uniformen Dienst getan und waren gar nicht so scharf darauf, diese Uniform in die neuen „Affenjäckchen“ zu tauschen. Diese Übernahme der Männer des Bundesgrenzschutzes in die Bundeswehr jährt sich am 1. Juli zum 60. Mal.

Felix Fiegert, Göttingen

Enger in Westfalen

Zu: Ein Plan der Nazizeit (Nr. 9)

Als eifriger Leser Iihrer exzellent gemachten Zeitung darf ich die von mir geschätzte Frau Herman auf folgenden Irrtum hinweisen:

Auch noch in meiner Schulzeit im Westfälischen wurden wir positiv über die historische Figur des Sachsenfürsten Widukind, beziehungsweise auch Wittekind genannt, informiert – die hier erwähnte Weihestätte des Widukind befindet sich allerdings in der Kleinstadt Enger/Westfalen mit der Postleitzahl 32130 nicht weit nördlich von Bielefeld, also keineswegs in Niedersachsen gelegen und auch nicht in „Engern“.

In den 1960er Jahren wurde die dortige Weihestätte noch per Klassenreise besucht, und meines Wissens gibt es dort heute noch einen Sportverein namens Wittekind Enger, gegen den ich in meiner Jugend noch Fußball gespielt habe.

Jürgen Dutschke, Tostedt

»Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt sonst Mord und Totschlag«

Zu: Alles Schwindel (Nr. 7)

Die Anhänger der praktizierten Flüchtlingspolitik weisen mit einem unverschämt dickfelligen guten Gewissen die Mitverantwortung an der teilweisen Radikalisierung der Opposition der Flüchtlingspolitik zurück. Die Gründe für die zunehmende Gewalt liegen auch nicht daran, nicht genug gegen Rechts getan zu haben, sondern vor allem daran, den Willen eines erheblichen Teiles der Bevölkerung (zirka 50 Prozent mit steigender Tendenz) nicht zu berücksichtigen und sie pauschal zu diskriminieren. Friedliche Protestler werden in gleicher Weise wie die Gewalttäter beschimpft, verteufelt und eingeschüchtert. Damit wird die Radikalisierung geschürt.

Um die Radikalisierung zu stoppen, müssen auch die Wünsche und Vorstellungen der bisher ausgegrenzten Bürger in eine neue Flüchtlingspolitik einfließen. Es wird aber leider weiterhin und in steigendem Maße mit allen Mitteln, wie Beleidigungen und Einschüchterungen gegen einen erheblichen Teil der Bevölkerung, vorgegangen. Und es wird weiterhin geglaubt, dass mit verstärkten Geldleistungen für einen Kampf gegen Rechts an diverse vielfach auch sehr zweifelhafte linksradikale Gruppen das Akzeptanzproblem der Flüchtlingspolitik zu lösen sei.

Diese Gruppierungen werden sich über die Staatsknete freuen, ihr Ding damit machen und es als Freibrief auch für die Anwendung von Gewalt gegen unerwünschte Gruppen und Einzelpersonen verstehen. Die Probleme werden nicht gelöst, nur die Konfrontation wird dadurch weiter angeheizt.

Einige wollen Helmut Schmidts Ansichten nur soweit akzeptieren, wie ihre Meinung damit gestützt wird – aber dieses Problem hatte Schmidt schon zu seiner Regierungszeit. Aber von diesen „falschen“ Ansichten will man nicht nur nichts hören, sondern man verhängt über die nicht genehmen Ansichten ein „Verwendungsverbot“. Siehe die Reaktion auf Frau Steinbachs (CDU) Verwendung von Schmids Aussagen zur Ausländerproblematik. Eindeutig sind Schmidts Ansichten zur Ausländerpolitik (schon vor 35 Jahren): „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt sonst Mord und Totschlag.“

Der Bundeskanzler Schmidt hat dieser Überzeugung auch Taten folgen lassen. Es wurden Rückkehrprämien für zurückkehrende Ausländer gezahlt. Schmidt hat sich auch später zu dieser Maßnahme bekannt. Und gerade weil es schon mehr als 30 Jahre her ist, als der Ausländeranteil noch wesentlich geringer war, ist diese Aussage aktueller denn je.

Die gewaltsamen Taten gegen Flüchtlingseinrichtungen und die Flüchtlingsverteilung werden nur als Vorwand benutzt, um die eigene Politik weiter zu (be)treiben und einen Großteil der Bevölkerung zu beleidigen, zu ignorieren, einzuschüchtern und auszugrenzen.

Wenn wirklich eine friedliche Gesellschaft gewollt wird, dann dürfen politisch Andersdenkende nicht mit Hass überzogen werden, und eine verantwortungsvolle deutsche Regierung darf nicht – aufgrund der eigenen Macht – die eigene Politik rücksichtslos gegen den erklärten Willen eines erheblichen Teiles der Bevölkerung durchsetzen. Gerade wenn es um das friedliche Zusammenleben von Menschen geht. Als deutsche Kanzlerin hat Frau Merkel nicht nur einen Teil der Gesellschaft zu vertreten.

Die Eskalation der Gewalt ist die Konsequenz einer verfehlten, unverantwortlichen und undemokratischen Politik. Die Regierung will angeblich eine europäische Lösung. Wenn sie das wirklich will, dann braucht sie nur die Lösungen der meisten EU-Staaten als Vorbild zu nehmen. Zu diesen Ländern gehören auch Frankreich und Großbritannien, die uns ja sonst immer als Vorbild dienen sollen.

Aber unsere Regierung will keine EU-Lösung, sondern die deutsche Lösung, EU-weit. Es sollen alle EU-Staaten auf die deutsche „Willkommenskultur“ eingeschworen werden, und es wird damit wieder einmal die deutsche Überheblichkeit zelebriert. Die anderen seien vom einzigen guten – sprich deutschen – Weg abgekommen. Wir aber, die deutsche Regierung, werden – wenn auch alle eidbrüchig werden – bis zum siegreichen Ende an unserem guten Weg festhalten.

Die anderen EU-Staaten – und nicht nur die östlichen – waren aber nie von der wahnwitzigen sogenannten Willkommenskultur infiziert. Sie betreiben eine Politik, die die wirtschaftlichen Möglichkeiten und vor allem auch die Wünsche und Interessen der eigenen Bürger berücksichtigt, und sie sind davon überzeugt, dass das keine unmoralische Politik ist.

Die bisherige Ausländer- beziehungsweise Integrationspolitik ist in vielen Bereichen total gescheitert. Ghettobildung und Parallelgesellschaften. Warum sollte die neue Integrationspolitik, die noch weit größere Herausforderungen bereithält, erfolgreich sein, wo man doch schon von den vorhandenen Integrationsproblemen nichts lernen und nichts begreifen wollte oder will? Eine neue realistische Flüchtlingspolitik ist erforderlich. Schmidt sagte: „Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft schwer vereinbar. Aber wenn man fragt, wo denn multikulturelle Gesellschaften bislang funktioniert haben, kommt man sehr schnell zum Ergebnis, dass sie nur dort friedlich funktionieren, wo es einen starken Obrigkeitsstaat gibt. Insofern war es ein Fehler, dass wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter und fremde Kulturen ins Land holten.“



Helmut Schmidt: „Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft schwer vereinbar, Aber wenn man fragt, wo denn multikulturelle Gesellschaften bislang funktioniert haben, kommt man sehr schnell zum Ergebnis, dass sie nur dort friedlich funktionieren, wo es einen starken Obrigkeitsstaat gibt. Insofern war es ein Fehler, dass wir zu Beginn der 60er Jahre Gastarbeiter und fremde Kulturen ins Land holten.“

Bild: Mauritius

Man will die alte und die neue Flüchtlings- und Integrationspolitik finanzieren, es wird Geld gebraucht für die Finanzkrisenländer in Europa. Für die Ukraine wird Geld ausgegeben, der Versuch, die Fluchtgründe zu beseitigen, wird Unsummen verschlingen (und kaum Erfolg haben), die Ausweitung der Bundeswehr-Auslandseinsätze kostet zusätzliche Millionen Euro, die Schulen und Universitäten brauchen mehr Geld, die Wissenschaftsförderung braucht mehr Geld, die Energiewende benötigt viel Geld, die Infrastruktur muss saniert und modernisiert werden, steigende Sozialleistungen müssen finanziert werden, und die Türkei soll Geld für eine andere Flüchtlings-Aufnahmepolitik bekommen, um nur einige Punkte zu nennen. Nach Kanzlerin Merkel und ihrer Regierung schaffen wir das alles, und das auch noch ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen und auch ohne neue Schulden.

Es gibt 1000 finanzielle Gründe, die gegen die praktizierte Flüchtlings- und Integrationspolitik sprechen. Es gibt aber nicht nur eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Deutschland ist keine GmbH & Co. KG und Europa kein Firmenverbund. Die Menschen in Deutschland und Europa sind keine frei austauschbaren Betriebsangehörigen.

Es geht um die geschichtliche und kulturelle Identität Deutschlands und Europas. Die neue Flüchtlings- und Integrationspolitik hat sich an den realistischen wirtschaftlichen Möglichkeiten und vor allem auch an den Wünschen und Interessen der Staatsbürger zu orientieren und am Beispiel anderer EU-Staaten.

Fred Peter Mohlau, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 12 – 25. März 2016

MELDUNGEN

Neidenburg saniert Straßen

Neidenburg – Die Durchgangsstraßen von Neidenburg, über die der gesamte Schwerlastverkehr führt, müssen grundsaniert werden. Neidenburgs Bürgermeister Jacek Kosmala erklärte gegenüber der Presse, dies werde die größte Investition in das Straßennetz in der Geschichte der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg sein. Er ergänzte, dass die Stadt die Mittel für den Umbau der Kanalisation auf dieser Trasse aus eigenen Kräften erwirtschaftet habe. Die zu erneuernden Straßen sind ein Teil der Woiwodschaftstraße Nr. 545, für deren Modernisierung die Woiwodschaftsverwaltung 80 Millionen Zloty (knapp 19 Millionen Euro) aus Mitteln der Europäischen Union bewilligt hat. Für die Zeit der Bauarbeiten zur Straßenerneuerung werden in der Stadt Umleitungen eingerichtet. Der Beginn der Arbeiten ist für Ende August vorgesehen, und sie sollen bis Mai 2018 dauern. *PAZ*

Ortelsburg baut Krankenhaus

Ortelsburg – Das Kreiskrankenhaus in Ortelsburg wird ein neues Gebäude bekommen. In der Einrichtung sollen eine größere Innere Abteilung und mehr Krankenbetten als bisher entstehen, sagte Jaroslaw Matlach, der Landrat von Ortelsburg. Die Investitionskosten werden auf etwa 17 Millionen Zloty (400 000 Euro) geschätzt. „Wir werden uns um eine Zufinanzierung des Projektes bemühen; denn wir erhalten kein Geld vom Regionalprogramm der Europäischen Union“, erläuterte Matlach. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Milomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Milomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elblag] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Umbau der Brücke. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Bau der Brücke. *E.G.*

Alle Seiten auch im Internet

Agenturen setzen auf russische Gäste

Königsberger Gebiet präsentierte sich auf der ITB – Interesse am nördlichen Ostpreußen steigt

In Berlin ist gerade die jährliche „Internationale Tourismus Börse“ (ITB) zu Ende gegangen. Neben Ausstellern aus Moskau und St. Petersburg präsentierten sich auch Reisefirmen des Königsberger Gebiets. Das große Interesse der Besucher lässt die Unternehmer auf steigende Buchungen hoffen.


Stand aus Königsberg auf der ITB: Besucher stellen Fragen, die von großem Interesse zeugen

Die ITB gilt als eine der weltweit größten Reisemessen, auf der Teilnehmer aller Kontinente vertreten sind. Die 50. ITB war voll ausgebucht. Die russischen Aussteller waren mit ihren Ständen neben denen der Vereinigten Staaten untergebracht. Traditionell sind die beiden letzten Tage der Messe, die auf ein Wochenende fallen, für das private Publikum bestimmt, und ebenso mit Präsentationen, Seminaren und Konferenzen ausgefüllt.

Der Messeauftritt von St. Petersburg zog erwartungsgemäß die größte Aufmerksamkeit auf sich. Hier drängten sich die Besucher um die Mitarbeiter der Tourismusbranche der „nördlichen Hauptstadt“. Der Königsberger Stand lag buchstäblich um die Ecke, er war ein Teil der großen Ausstellung der Hauptstadt Moskau. Hätte es keine Präsentation aus Königsberg gegeben, hätte der Hauptstadtpavillon sehr bescheiden gewirkt.

Die Mitarbeiter der Königsberger Unternehmen hatten keine Langeweile. Zu ihnen strömten ständig Messebesucher, die sich für neue Angebote im Königsberger Gebiet interessierten. Teilweise drehten sich die Gespräche um Eindrücke der letzten Reise, denn wie sich herausstellte, waren viele bereits mehrfach Urlauber im sogenannten Bernsteinkreis gewesen. Das ist nicht verwunderlich, da viele verwandtschaftliche und familiäre Beziehungen dorthin haben. Es kamen aber auch viele an den Stand, die noch nie im Königsberger Gebiet waren, aber von Freunden und Verwandten über die Veränderungen in der Region informiert worden waren und gehört hatten, dass es sich lohne, einmal selbst dorthin zu fahren.

Am Stand präsentierten sich neben der regionalen Touristeninformation drei weitere Reiseagenturen, die schon seit vielen Jahren mit deutschen Partnern zusammenarbeiten. Sie betreuen Gäste aus der Bundesrepublik und organisieren umgekehrt Reisen für Bewohner des Königsberger Gebiets in bundesdeutsche Städte.

Sie beantworteten Fragen, zeigten Videos von der Region, verteilten viele Broschüren, Karten, Informationen über Reiserouten in deutscher Sprache. Die Besucher interessierten sich für viele Details und praktische Fragen: Was kostet eine Taxifahrt? Wie haben sich die

Individualreisen stark nachgefragt

Hotelpreise verändert? Wie beantragt man am besten ein Visum? Kann man mit dem eigenen Auto anreisen? Gibt es Möglichkeiten zu campen? Wie sieht es mit dem Radtourismus aus? Dabei stellte sich eines heraus: Die Preis im nördlichen Ostpreußen überraschten angenehm.

Die Schwäche der russischen Währung im Vergleich zum Euro hat zu einem deutlichen Sinken der Touristenzahl aus dem Königsberger Gebiet nach der EU und der Bundesrepublik Deutschland geführt. Andererseits ist die Zahl der Deutschen, die in die Exklave reisen, stabil geblieben. Nach einem kurzen Rückgang 2014 hat sich die Situation wieder erholt, die verhältnismäßig niedrigen Preise im nördlichen Ostpreußen sind für Euro-Besitzer vorteilhaft. Selbst die polnischen Nachbarn kommen öfter nach Königsberg, kaufen dort mehr ein und beschränken sich nicht mehr nur darauf, in die grenznahen Orte zum Tanken zu fahren, weil das Benzin dort wesentlich weniger kostet als zu Hause.

Das Interesse am Individualtourismus ist groß wie auch daran, in kleinen Gruppen zu reisen. Dazu trägt auch die 72-Stunden-Regelung bei, die es Besuchern erlaubt, sich mit einem vereinfachtem Visum auf dem Territorium des Königsberger Gebiets aufzuhalten. Es gilt für EU-Bürger und Japaner, seine Frist wurde bis zum 31. Dezember 2016 verlängert. So können sich Touristen für drei Nächte und maximal 72 Stunden im Gebiet aufhalten. Die Gebühr für das Kurzzeitvisum beträgt 65 Euro und ist bei akkreditierten Firmen erhältlich. Bis fünf Tage vor Reiseantritt muss der Tourist seine Passdaten vorlegen. Bei der Einreise in die Russische Föderation erhält er dann einen Aufkleber „Visum bei Ankunft“. Wer ein solches Visum erworben hat, kann entweder über den Landweg über die Grenzübergänge Pr. Eylau [Bagrationowsk] und Heiligenbeil [Mamonowo] einreisen oder mit dem Flugzeug über den Flughafen Powunden [Chrabrowo]. Außerdem sollte er seine Reise so planen, dass er während der Grenzöffnungszeiten zwischen 8 und 18 Uhr einreist. Verlassen kann man das Königsberger Gebiet über jeden beliebigen Übergang und zu jedem beliebigen Zeitpunkt.

Obwohl das Interesse ausländischer Gäste am nördlichen Ostpreußen nicht abreißt, mussten die Königsberger Reiseagenturen Einbußen verbuchen, weil weniger Russen in den Westen reisen. Auf der ITB versuchten sie deshalb mit aller Macht, in Berlin lebende Russen als Touristen zu gewinnen, um ihre Verluste zu kompensieren.

Im Ganzen zeigten sich die Königsberger Reiseunternehmen optimistisch. Sie erwarten, dass das laufende Jahr erfolgreicher wird als das vorangegangene.

Jurij Tschernyschew

Jubiläumskonferenz in Allenstein

Institut für Politische Wissenschaften der Universität von Ermland-Masuren würdigt 25 Jahre Zusammenarbeit

Das Institut für Politische Wissenschaften der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein veranstaltet vom 20. bis 22. Juni eine internationale Jubiläumskonferenz mit dem Titel: „Polnisch-deutsche Beziehungen – 25 Jahre danach“.

Anlass ist der 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991. Eine ähnliche Konferenz hat bereits vor fünf Jahren stattgefunden. Deren Ergebnis wurde im IV. Band der „Politologischen Studien“ festgehalten Die Arbeit trug den Titel: „Das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Vertrag von 1991 aus der regionalen Perspektive“ mit Krzysztof Gładkowski als Redakteur. Sie wurde 2014 vom Institut für Politische Wissenschaften der Ermländisch-Masurischen Universität herausgegeben.

Zurzeit wird noch entschieden, ob sowohl polnische als auch nichtpolnische Wissenschaftler eingeladen werden. Ziel der neuen Konzeption ist es, die Debatte um verschiedene Blickwinkel zu bereichern. Zu den wichtigsten Diskussionsthemen der deutsch-polnischen Beziehungen im vergangenen Vierteljahrhundert gehören gegenseitige Kontakte in Politik, Wirtschaft, Internationaler Sicherheit, Wissenschaft, Bildung, Kunst und Kulturerbe sowie die deutsch-polnische Versöhnung, Polen und Deutschland in der EU, die Deutsche Minderheit, Minderheiten in Polen und Deutschland und das Bild Polens in den deutschen Medien. Die Veranstalter laden alle Interessierten zur Konferenz ein, die ihre Erfahrungen mit der bilateralen Zusammenarbeit vorstellen möchten.

Ziel der Sitzung soll nicht nur eine Aufzählung der deutsch-polnischen Beziehungen im vergangenen Vierteljahrhundert sein. Es geht auch darum, das erworbene Wissen zur Lösung der aktuellen Probleme in Europa und der Welt zu nutzen.

Die Organisatoren möchten Erkenntnisse über das polnische und deutsche Kulturerbe im europäischen Kontext gewinnen. Sie erwarten neue Forschungsergebnisse über die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnisch-deutschen Erinnerungsorte sowie über andere aktuelle und künftige Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Eine separate Sitzung wird dem polni-

Veranstaltung für alle Interessierten offen

schen Komponisten Feliks Nowowiejski gewidmet sein. Der Sejm der Republik Polen hat 2016 zum „Feliks-Nowowiejski-Jahr“ erhoben. Die Organisatoren sind überzeugt, dass die Kultur, und insbesondere die Musik die deutsch-polnischen Beziehungen ausgezeichnet fördern werden.

Weitere wichtige Themen sind die Vorstellung des Lebens der nationalen Gemeinschaften und der Minderheiten in Polen, Deutschland und anderen Ländern, um Erfahrungen aus verschiedenen Orten in Europa und in der Welt auszutauschen.

Die Themen der Vorträge sollten bis zum 30. April durch Ausfüllen eines Online-Formulars unter http://www.uwm.edu.pl/inp/index.php/registrierformular oder per Post an folgende Adresse gerichtet werden: Institut für Politikwissenschaft, „Instytut Nauk Politycznych, Uniwersytet Warminska-Mazurski w Olsztyne, 10-007 Olsztyn, ul. F. Szrajber 11“. Eine Bestätigung wird bis zum 10. Mai erfolgen. An der Konferenz können auch Einzelpersonen als Zuhörer teilnehmen. Das Konferenzprogramm wird bis zum 20. Mai bekanntgegeben. Die Vorträge sowie die Diskussionen werden simultan übersetzt. Deshalb sollten die Redemanuskripte spätestens bis zum 10. Juni schriftlich eingesandt werden. Die Veranstalter wollen eine Publikation mit den Vorträgen der Konferenz herausgeben. Die endgültige Fassung des Referates sollte auch eine Zusammenfassung in englischer Sprache enthalten, um die spätere Herausgabe des Bandes zu beschleunigen.

Man sollte auch eine Beteiligung an dem Ausflug „Auf den Spuren von Feliks Nowowiejski in Ermland und Masuren“ (Wartenburg in Ostpreußen, Heiligelinde, Allenstein) anmelden. Der Ausflug ist für den 22. Juni geplant. Er wird mit einem Orgelkonzert von Jerzy Kukla verbunden. Anmeldungen sollten bis zum 30. April online oder per Post an das Instytut Nauk Politycznych, Uniwersytet Warminsko-Mazurski in Allenstein geschickt werden. Die Konferenzgebühr beträgt 80 Euro, Nähere Informationen zu Übernachtungsmöglichkeiten werden zusammen mit dem Konferenzprogramm verschickt.

Der Vorsitzende des Organisationskomitees der internationalen Konferenz ist der Professor Arkadiusz Zukowski. Weitere Fragen beantwortet Krzystof Gladkowski unter der E-Mail: krzysztof.gladkowski@uwm.edu.pl.

Leszek Chaburski



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

was jetzt kommt, sei eine „Nachlese zum 100. Geburtstag“ – so meint ein guter Freund, aber die Glückwünsche, die mich nun verspätet erreichen, sind nur laut Datum Nachzügler. Wie unser Leser **Johannes Fellner** aus Kassel meint: „Ihr hoher Festtag ist zwar schon lange vorbei, trotzdem möchte ich Ihnen von ganzem Herzen gratulieren. Was sind denn schon ein paar Wochen im Vergleich zu Ihrem wunderbaren Alter!“ Und wenn ich seinen Brief heute in unserer Osternummer an den Anfang stelle, hat das seinen Grund: Herrn Fellners Worte betreffen nämlich nicht nur mich, sondern unsere ganze Ostpreußische Familie, in die er sich eingebunden fühlt:

„Die Ostpreußische Familie vermittelt eine schöne Geborgenheit und das Bewusstsein, dass wir als Ostpreußen und überhaupt als Menschen tatsächlich zusammen gehören. Die Fäden, die von Mensch zu Mensch in geheimnisvoller Weise vom Schicksal gesponnen werden, dürfen so sichtbar gemacht werden und werden immer wieder auch entwirrt. Eine zutiefst menschliche und christliche Aufgabe und Tätigkeit. Und wir dürfen gnade- und freudevoll die Wahrheit des Liedverses erfahren: ‚Und die Fäden, die zerrissen, knüpft Er alle wieder an‘. Dass Sie Ihm dabei so tüchtig helfen, so wie es die irdischen Verhältnisse erlauben, dafür danke ich von ganzem Herzen. Für mich als erst nach dem Krieg Geborener – 1953 – ist es immer wieder erstaunlich, dass ich so oft Menschen treffe, mit denen ich mich spontan gut verstehe – und was stellt sich heraus? Auch sie haben ihre Wurzeln in Ostpreußen. Hätten sie nicht die Heimat verlassen müssen, wäre man sich vielleicht irgendwo im Land der 1000 Seen begegnet – so nun in Bonn, Würzburg oder Kassel.“

Auch in seiner Familiengeschichte tauchen Namen auf, die mit Ostpreußen verbunden sind: Der Großvater von Johannes Fellner, **Reinhold Hoffmann**, war Professor an der Albertina. Er war verschwägert mit dem „Vogelprofessor“ **Johannes Thienemann**.

Der hätte mit Sicherheit Freude an dem Bild gehabt, das wir heute in unsere Osternummer einbringen: Zugvögel über einer weiten Landschaft im Farbenspiel eines Vorfrühlingstages, wie wir ihn in mit seiner unwahrscheinlichen Lichtfülle von Ostpreußen kennen. Ein wunderbares Bild – eines von vielen, mit denen die Malerin **Christine Kramm** mich erfreute, und das ich an unsere Leserinnen und Leser weitergeben möchte, weil es zu diesem frühen Osterfest passt. Wie Johannes Fellner sieht die in Grevenbroich lebende Künstlerin unsere Ostpreußische Familie als Bindeglied, auch sie gehört der Nachkriegsgeneration an. Ihre im Jahr 2002 verstorbene Mutter stammte aus Königsberg, und deshalb fühlt sie sich dem Land verbunden, das sie im letzten September bereiste und von dem sie nicht nur künstlerische Arbeiten in Aquarell und Acryl mitbrachte, sondern auch Aufnahmen aus Königsberg und Rauschen, die sie mir auf DVD übermittelte. Durch Zufall stieß Christine Kramm erst vor einem Jahr auf die *PAZ* und fühlte sich gleich durch das *Ostpreußenblatt* mit der Heimat ihrer verstorbenen Mutter verbunden. „Da ich kaum noch Familie habe, fühle ich mich geradezu eingebettet in die Ostpreußische Familie“, schreibt die Künstlerin. „Durch die Schilderungen der vielen Vertriebenenschicksale beschäftige ich mich nun mit der Familiengeschichte und dem geschichtlichen und politischen Hintergrund.“ Frau Kramm fand erst nebenberuflich zur Malerei. Sie war als Lehrerin tätig und ließ sich in den Abendstunden von Künstlern zur Malerin ausbilden. Seit 20 Jahren übt sie nun diese künstlerische Tätigkeit aus, der Öffentlichkeit wurde sie durch einige erfolgreiche Ausstellungen bekannt. Jetzt will sie sich auf einem anderen Gebiet kreativ betätigen: Sie möchte schreiben, denn sie hat ein erlebnisreiches Leben, das durch immer neue Begegnungen und interessante Betätigungsfelder „Stoff“ genug bietet. Auf dem Gebiet werden wir in Verbindung bleiben, denn meine lebenslange schriftstellerische und journalistische Tätigkeit ist für sie ein Beweis, dass es für kreative Tätigkeiten keine zeitliche Beschränkung gibt.



Passend zum frühen Osterfest: Aquarell von Christine Kramm Bild: privat

Wenn Körper und Geist mitmachen! Das wünschen mir alle Gratulanten, viele wählen für ihre Wünsche die Versform, und einer fügt sich hier nahtlos an: Unser Landsmann **Manfred F. Schukat**, der mir die Glückwünsche der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern als ihr Erster Vorsitzender übermittelt, hat ein Gedicht ausgewählt, das die registrierten Jahre nicht gelten lässt:

„Nicht nach der Zahl der Jahre miss Dein Leben! Kannst Du noch Freundschaft, Liebe geben, vermag Dein Wort noch Einsamkeit zu lindern, Dein Rat und Trost noch herbes Leid zu mindern, und schlägt Dein Herz dann schneller vor Entzücken, wenn Kunst und Schönheit Aug' und Ohr beglücken, und bist getrost Du in der Nacht, wenn Du die Liebes Gottes kennst, die für uns wacht – dann ist kein Tag, kein Augenblick vergebens. Drum zähle nicht die Jahre Deines Lebens.“

Gerne würde ich noch einmal wie so oft in früheren Jahren in Anklam lesen – aber mein Platz ist jetzt am Schreibtisch, doch die Gedanken gehen oft an die nicht mehr zählbaren Lesungen zurück, die ich im Laufe meines langen Schriftstellerlebens gehalten habe. Und es ist alles noch abrufbar, obgleich inzwischen mehr als 80 Jahre vergangen sind, denn mit 17 Jahren durfte ich das erste Mal im damaligen Reichssender Königsberg lesen.

Und es ist kaum glaubhaft, aber es gibt noch ehemalige Mitwirkende, die sich an diese frühe Funkarbeit erinnern. Sie waren allerdings noch jünger als ich, denn sie durften an der beliebten Sendung für die kleinsten Hörer, der „Kunterbunten Kinderstunde“, teilnehmen. So wie Frau **Roswitha Kulikowski** aus Hemmingen, die sich an unsere erste Begegnung – spätere erfolgten dann auf Lesungen und Seminaren – erinnert und sie ihrem Glückwunsch beifügt:

„Meine Erinnerungen an Sie gehen zurück in die Zeit der Kunterbunten Kinderstunden im Rundfunkhaus in Königsberg. Gerne hörten wir im Radio diese Sendung. Wir gingen auch oft zum Funkhaus, um mit dabei zu sein. Während einer Sendung erschien plötzlich eine junge Frau, die von allen ganz herzlich begrüßt wurde. Die Sendung wurde durch diesen überraschenden Besuch unterbrochen: Wer ist das? Es war Ruth Geede. Diesen Namen habe ich mir damals schon gemerkt! Einmal kamen wir zu spät, der Kleine Sendesaal war wegen Überfüllung geschlossen. Meine große Schwester entschied: Wir gehen zur Oma und können dort die Sendung hören. Die Großeltern wohnten gleich hinter dem Schauspielhaus. Wir haben die Sendung dann dort hören können.“

Jetzt wird sich so manche Leserin, mancher Leser an diese damals ungeheuer beliebte Kindersendung erinnern, die mit dem Lied begann: „Kunterbunte Kinderstunde, wie der Dienstag sie stets bringt. Und es geht von Mund zu Munde: Kommt ihr Kinder, lacht und singt!“

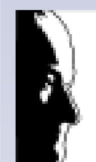
Es gibt eben kein Alter, in dem alles so irrsinnig intensiv erlebt wird wie in der Kindheit! Das schrieb Astrid Lindgren, die schwedische Schriftstellerin, die ihren bunten Kinderträumen in ihren Büchern zum Leben verhalf. Es ist einer der Sprüche, die Frau **Ingrid Streckfuss** aus Erbach für ihren Glückwunsch zusammengestellt hat, rund 30 sind es und ein jeder wäre es wert, ihn an unsere älteren Leserinnen und Leser weiter zu geben – hin und wieder wird auch einer den Weg in unsere Kolumne finden. Heute greife ich nur diesen von **Peter Sirius** heraus: „Jung bleiben heißt, seine Erinnerungen nicht mit sich altern zu lassen“ – und der trifft haargenau auf Frau Streckfuss zu, denn sie hat einen kleinen Wunsch, den vielleicht nur unsere Familie erfüllen könnte, zumal wir ja viele Leser aus der ehemaligen DDR haben, in der Frau Ingrid Streckfuss ihre Kindheit verbrachte. Die 1936 Geborene las in den 50er Jahren ein Kinderbuch, das für sie unvergessen blieb. Sie kennt aber weder Titel noch Autor oder Verlag, lediglich kann sie den Inhalt mit wenigen Worten beschreiben. Es handelt sich um eine Geschichte, die im Zirkusmilieu spielt und sehr tragisch beginnt, denn der Vater der beiden Hauptpersonen, Nelly und Astrid, stürzte vom Trapez und ließ die Kinder als Waisen zurück. Es könnten auch mehrere Kinder gewesen sein – Frau Streckfuss vermutet, dass es vier waren –, auch ein dunkelhäutiges Kind spielt in dem Buch eine Rolle. Es ist anzunehmen, dass es sich um ein Buch handelt, das in der DDR verlegt wurde. Wer sich an dieses Kinderbuch erinnert oder es vielleicht sogar noch besitzt, würde unsere Leserin sehr erfreuen. (Ingrid Streckfuss, Damaschkestraße 35 in 64711 Erbach, Telefon 06062/5951, E-Mail: streck-erbach@t-online.de)

Sprüche aus der Heimat hat die aus Schirwindt stammende **Rosemarie Pakleppa** auch noch heute in ihrem jetzigen Lebensraum Südafrika immer parat, und einen wendet sie in ihrem Gratulationsbrief an: „Mein Glückwunsch wird Sie zu spät erreichen, aber hieß es nicht bei uns in Ostpreußen, man sollte nie zu früh gratulieren, das bringt Unglück?“ Stimmt, liebe Frau Pakleppa, aber der verspätete Glückwunsch hatte ja noch einen weitaus schwerer wiegenden Grund: Am dritten Weihnachtsfeiertag – den feierte man ja im alten Ostpreußen als „affgebrocht Fieerdach“ – kam Rosemarie Pakleppa ins Krankenhaus, und sie erreichte erst im neuen Jahr wieder ihr volles Bewusstsein. Nun scheint alles überstanden zu sein, denn die tüchtige Ostpreußin arbeitet schon wieder in ihrem geliebten Garten, der trotz der zurzeit dort herrschenden Hitze nur sporadisch bewässert werden kann, denn „Wasser ist bei uns kostbarer als Gold“. Herzliche Grüße nach Südafrika!

Und an alle die ungenannten Gratulanten mit Dank für die vielen guten Worte, von denen ich heute einige an unsere Leserschaft weitergeben kann, verbunden mit den besten Wünschen für ein frohes Osterfest.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Museum für oberschlesische Juden eingeweiht

Untergebracht ist die Einrichtung in der umgebauten Totenhalle auf dem Neuen Jüdischen Friedhof in Gleiwitz

Das Jüdische Museum in Warschau übergeht die oberschlesischen Juden, ja selbst die Menschen, die Juden hier gerettet haben. Auch die werden übergangen, weil Oberschlesien in der Warschauer Wahrnehmung keine Rolle spielt und in der Zwischenkriegszeit mehrheitlich nicht polnisches Staatsgebiet war. Schlesien wird so wieder ins Abseits gedrängt“, ereifert sich Włodzimierz Kac, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in der größten Stadt der Region, Kattowitz.

Seit dem 19. April 2013 gibt es in Warschau das Museum der Geschichte der polnischen Juden (POLIN). Es wurde anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns des Warschauer Ghettoaufstandes teileröffnet. Doch während in vielen polnischen Museen sonst oft mit der Brechstange Bezüge zu Ostdeutschland hergestellt werden, um so einen historischen Kulturraum zu suggerieren, ist im Warschauer Museum nur die Geschichte der polnischen Juden in den Grenzen Zwischenkriegspolens präsent. Die gleiche Ernüchterung erlebte Kac im Jüdischen Museum in Berlin. Dort fehlte die ostoberschlesische Facette, da Kattowitz trotz über 80-prozentiger deutscher Einwohnerschaft bereits nach dem Ersten Weltkrieg an Polen gefallen war.

Und so ist es kein Wunder, dass Kac sich im besonderen Maße für die Schaffung eines der Region gebührenden Erinnerungsortes zum Gedanken an das Schicksal der oberschlesischen Juden eingesetzt hat. Der 1951 in Danzig geborene Initiator, dessen bei den Kommunisten aktiver Vater Markus Kac aus der Nähe von Rzeszów stammte, stellt unmissverständlich klar: „Sie waren auch Deutsche. Sie waren ja keine Immigranten, sie waren ganz einfach Deutsche. Sie fühlten sich als Deutsche, gaben ihr Leben für Deutschland, sie wirkten für Deutschland und machten diesen Staat mächtig. Genauso wie sie Schlesien und später auch Polen mächtig machten.“



Bild: Pander

Heimstätte des neuen Museums: Eine umgebaute Totenhalle

Dass die Stadt Gleiwitz ein solches Museum freudig unterstützte, hat nicht zuletzt pragmatische Gründe. Eine Bürgerinitiative hatte sich gegen den weiteren Verfall der 1903 nach den Plänen von Max Fleischer errichteten Totenhalle auf dem Neuen Jüdischen Friedhof stark gemacht, doch ein Nutzungskonzept bestand zunächst nicht. Die Idee eines jüdischen Museums passte einfach. Karolina Jakowenko, die Leiterin der neuen Einrichtung sieht das Museum jedoch nicht allein als Stätte der Dokumentation: „Hier soll ein offener Ort der Begegnung für interessante Menschen sein, wo Filme gezeigt, Theaterstücke und Konzerte gegeben werden. Aber es soll auch ein Ort der Meditation sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns in unmittelbarer Nähe des Jüdischen Friedhofes befinden. Das sollte uns zum Nachdenken bewegen, dass unser Leben hier nicht auf Dauer ist. Wir können Diesseits und Jenseits verbinden und uns fragen, was es danach gibt, ob es überhaupt ein Danach gibt und uns existenzielle und philosophische Fragen stellen.“

Die offizielle Einweihung fand zwar bereits Ende Januar statt, um überhaupt erst einmal die Idee in die Öffentlichkeit zu tragen, aber noch befindet sich alles im Aufbau, auch wenn bereits erste Diskussionen im Hause liefen. Laut Jakowenko „sind wir in Europa an einem Wendepunkt. Dieser ist noch schwer greifbar, aber es werden viele Fragen gestellt – nach der Identität, Nationalität, unserer Religion. Wir müssen uns diesen Fragen stellen.“ Nächste Gelegenheit dazu besteht am 31. März, wenn ein Film von Marek Panus und Krzysztof Streciech über die 200-jährige Geschichte der Tarnowitzer Juden gezeigt wird und mit den Autoren diskutiert werden kann.

Edmund Pander



ZUM 104. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. **Schramm**, aus Wehlau, am 25. März

ZUM 101. GEBURTSTAG

Weeske, Waltraud, geb. **Amelong**, aus Lyck, Insel/Forsthaus, am 29. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Karp, Käte, geb. **Kühn**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 30. März
Schinz, Helene, aus Ebenrode, am 29. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Langenstein, Ruth, geb. **Kownatzki**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 31. März
Langenstein, Ruth, geb. **Müller**, aus Lyck, am 31. März
Marquardt, Anna, geb. **Schulz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 25. März
Rasch, Gertrud, geb. **Dormeyer**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 31. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bruhnke, Elisabeth, geb. **Meyer**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. März
Busch-Petersen, Gerhard, aus Ebenrode, am 29. März
Dunio, Irmgard, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 30. März
Goetzie, Irene, geb. **Schulemann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 30. März
Kaminski, Hilde, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 26. März
Knoop, Sieglinde, geb. **Galka**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 31. März
Mallwitz, Kuno, aus Bartenstein und Königsberg-Metgethen, am 27. März
Piepgras, Lieselotte, geb. **Brandt**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. März
Richter, Gertrud, geb. **Jurkschat**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. März
Riehl, Charlotte, geb. **Reich**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. März
Ulrich, Erna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 31. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baumgart, Christel, geb. **Pillkahn**, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 29. März
Dömpke, Lucie, geb. **Schendel**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. März
Geyer, Herta, geb. **Jankowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. März
Kesting, Elisabeth, geb. **Bondzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März
Müller, Johanna, geb. **Weiduschat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 28. März
Negraßus, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März
Sauerbaum, Erwin, aus Ebenrode, am 28. März
Spell, Karl, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Tuchlinski, Toni, geb. **Suchner**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 27. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berg, Gertrude, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 26. März
Büttner, Jutta, geb. **Seibt**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 30. März
Harmsen, Elfriede, geb. **Troeder**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. März
Jonczik, Hildegard, geb. **Weber**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Kluczik, Gertrud, geb. **Konopka**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 30. März
Langkeit, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März
Neumann, Hildegard, aus **Bärwalde**, Kreis Samland, am 26. März
Schönwald, Erna, geb. **Donner**, aus Willlenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März
Schulz, Marie, geb. **Rama**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 25. März
Walka, Gerda, geb. **Labeit**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 28. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baumgärtner, Martha, geb. **Schupetta**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 26. März
Blodow, Anneliese, geb. **Hubert**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 28. März
Casper, Hildegard, geb. **Sbosny**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 27. März
Gregor, Elly, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 30. März
Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März
Krause, Edith, geb. **Kyjewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Kühl (**Kyjewski**), Willi, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Maxim, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März
Moczarski, Fritz, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 30. März
Pajonk, Martha, geb. **Wischnewski**, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 27. März
Prabell, Vera, geb. **Marwinski**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 29. März
Prehm, Gertrud, geb. **Jeworutzki**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Rudolph, Asta, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 28. März
Schaper, Waltraut, geb. **Lyß**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. März
Scheyko, Edith, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 27. März
Schmidt, Susanne, geb. **Lankau**, aus Neidenburg, am 31. März
Unthan, Edith, geb. **Tuchlenski**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. März
Weidkuhn, Arno, aus Lyck, am 31. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Geniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Glashoff, Heinz, aus Pillau, Kreis Samland, am 27. März
Knischewski, Ernst, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. März
Koelle, Erna, geb. **Thormann**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Körber, Lucie, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Samland, am 26. März
Meyer, Gottfried, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 30. März
Rehra, Walter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 28. März
Scheingruber, Erna, geb. **Klesch**, aus Lyck, am 30. März
Sender, Erna, geb. **Jobs**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 27. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Demant, Gerhard, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 31. März
Gödde, Marianne, geb. **Rindt**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 25. März
Heitger, Bernhard, am 27. März
Kling, Waltraut, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März
Kuhn, Erika, geb. **Wochnowski**, aus Neidenburg, am 27. März
Likus, Ursula, geb. **Hoefer**, aus Gehlenburg, Kreis Johannisburg, am 27. März
Marx, Christel, geb. **Urban**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Mix, Irmgard, geb. **Roß**, aus Millau, Kreis Lyck, am 27. März
Mühleisen, Elfriede, geb. **Weituschat**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 25. März
Paluschtzik, Magdalena, geb. **Tobies**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 29. März
Plautz, Hildegard, geb. **Berndt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. März
Schmidt, Charlotte, geb. **Legien**, aus Rantau, Kreis Samland, am 25. März
Schnitzler, Erika, geb. **Sdunek**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 26. März
Stasch, Kurt, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 28. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brichta, Eva, geb. **Herrmann**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. März
Dargies, Gerhard, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 25. März
Gayko, Georg, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 25. März
Grunwald, Irmgard, geb. **Peel**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Gurks, Agathe, aus Wolfsdorf, Kreis Heilsberg, am 27. März
Heß, Ursula, geb. **Broziewski** / **Feuersenger**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 29. März
Konrat, Maria, geb. **Pottek**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 29. März
Kranz, Gerda, geb. **Szeimies**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 29. März
Lackner, Eva, geb. **Ulke**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 29. März
Mueller, Ruth, geb. **Masuhr**, aus Treuburg, am 27. März
Oestreich, Dorothea, geb. **Schweichler**, aus Lyck, Yorkstraße 15, am 28. März
Polkowski, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 26. März
Potrafke, Hildegard, geb. **Wegner**, aus Kernhall, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. März
Pruß, Erna, Diakonisse, Lötzen, am 28. März
Renn, Horst, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, und Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 29. März
Rodloff, Martin, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 28. März
Schöttker, Hildegard, geb. **Lasarzewski**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. März
Trilus, Hermann, aus Argenflur, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. März
von Lintig, Sigrid, geb. **Knappke**, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 27. März
Wessler, Fritz, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 30. März
Wycisk, Lieselotte, geb. **Koszinowsky**, aus Pillau, Kreis Samland, am 29. März
Zupp, Edith, geb. **Jurr**, aus Klinglacken, am 31. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Eisold, Hildegard, geb. **Koyro**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 27. März
Feld, Hildegard, geb. **Klettke**, aus Watzum, Kreis Samland, am 28. März
Grabe, Helga, geb. **Schlemonat**, aus Langenheim, am 31. März
Guddat, Horst, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 28. März
Günther, Irmtraud, geb. **Sych**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 30. März
Hedden, Fritz, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 30. März
Kirschnik, Ullrich, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 29. März
Klatt, Paul, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 31. März
Klimmek, Dr. Helmut, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 27. März
Leiding, Edith, geb. **Dusny**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 30. März
Lewanskowski, Norbert, aus Lyck, am 29. März
Melfsen, Ilse, geb. **Becker**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. März
Meyer, Inge, geb. **Norra**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 26. März
Nowienski, Hugo-Paul, aus Ortelsburg, am 30. März
Olschewski, Herbert Ernst, aus Kielen, Kreis Lyck, am 28. März
Paltinat, Dietrich, aus Köllmisch Schnecken, Kreis Elchniederung, am 29. März
Przyborowski, Edeltraud, aus Gingen, Kreis Lyck, am 31. März
Puzicha, Elisabeth, geb. **Abramzik**, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 28. März
Ratajczak, Ilse, geb. **Köhler**, aus Brüsterort, Kreis Samland, am 30. März
Rohrlach, Gertrud, geb. **Orlowski**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 29. März
Rügen, Grete, geb. **Behrendt**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 25. März
Sokollek, Grete, geb. **Zittlau**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 28. März
Stoltenberg, Christel, geb. **Lehmann**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. März
Wimböck, Rosemarie, geb. **Walter**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andersen, Siegmar, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. März
Böker, Elfriede, geb. **Weiß**, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 27. März
Donder, Reinhard, aus Treuburg, am 25. März
Lange, Traute, geb. **Ewert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. März
Lask, Ruth, geb. **Schulz**, aus Friedrichsfelde, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Lipka, Heinz, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 28. März
Mehrens, Ruth, aus Wehlau, am 29. März
Pessara, Anneliese, geb. **Kizina**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 28. März
Probst, Annemarie, geb. **Stobbe**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. März
Ruck, Erich, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2016

9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. bis 16. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

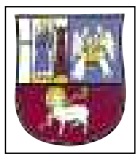
HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 26. März, 13.15 Uhr, 3sat: Ostern im Ostpreußen. Reportage, D 2010.
SONNABEND, 26. März, 13.55 Uhr, WDR: Victoria, die junge Königin. Kostümromanze, GB/USA 2009.
SONNABEND, 26. März, 16.30 Uhr, ZDFinfo: Kalte Heimat – Vertriebene in Deutschland.
SONNABEND, 26. März, 18.35 Uhr, RTL Nitro: Auch ein Sheriff braucht mal Hilfe. Parodie, USA 1969.
SONNABEND, 26. März, 19 Uhr, Phoenix: Hamburg 1945. Dokumentation, D 2015.
SONNABEND, 26. März, 20.15 Uhr, RTLII: Elizabeth. Historiendrama, GB 1998.
SONNABEND, 26. März, 20.15 Uhr, Das Erste: Dämmerung über Burma. TV-Drama über Inge Sargent und Sao Kya Seng, D/A 2015.
SONNABEND, 26. März, 20.15 Uhr, Arte: Die Romanows – Glanz und Untergang des Zarenreichs. Dokumentation, D 2013.
SONNABEND, 26. März, 22.45 Uhr, 3sat: Shakespeare in Love. Liebeskomödie, USA/GB 1998.
SONNABEND, 26. März, 23.30 Uhr, BR: Anna Karenina. Liebestragödie, USA 1997.
SONNABEND, 26. März, 3.45 Uhr, RTL II: Die Schlacht um Midway. Kriegsepos, USA 1976.
SONNTAG, 27. März, 12.25 Uhr, Das Erste: Sein Name war Franziskus (2/2). TV-Biografiedrama über Franz von Assisi, D/I 2014.
SONNTAG, 27. März, 17.25 Uhr, Servus TV: Barabbas. Historiendrama, I 1961.
SONNTAG, 27. März, 22 Uhr, BR: Augustinus. Historiendrama, I/D 2009.
SONNTAG, 27. März, 1.30 Uhr, 3sat: Vision – Aus dem Leben der Hildegard von Bingen. Biografiedrama, D 2009.
MONTAG, 28. März, 11.30 Uhr, 3sat: Die Ferien des Monsieur Hulot. Komödie, F 1953.
MONTAG, 28. März, 13.50 Uhr, BR: Herrscher ohne Krone. Melodram über Johann Friedrich Struensee, D 1956.
MONTAG, 28. März, 13.55 Uhr, Arte: Salomon und die Königin von Saba. Monumentalepos, USA 1959.
MONTAG, 28. März, 17.30 Uhr, Arte: Fabergé – Ostereier für die Zaren. Dokumentation, D 2008.
MONTAG, 28. März, 20.15 Uhr, Pro Sieben: Monuments Men – Ungewöhnliche Helden. Kriegsdrama, USA/D 2014.
MONTAG, 28. März, 0.40 Uhr, Sat.1: Der Rote Baron. Luftkriegsabenteuer, D/GB 2008.
DIENSTAG, 29. März, 13.20 Uhr, 3sat: Expedition Humboldt – Ein deutsches Genie in Lateinamerika. Geschichtsdokumentation, D 2009.
DIENSTAG, 29. März, 20.15 Uhr, Servus TV: Die Köchin und der Präsident. Komödie, F 2012.
DIENSTAG, 29. März, 21.47 Uhr, Super RTL: Die Reise der Pinguine. Dokumentation, F 2005.
MITTWOCH, 30. März, 20.15 Uhr, Das Erste: Mitten in Deutschland: NSU – Die Täter. TV-Politdrama, D 2016.
MITTWOCH, 30. März, 22.45 Uhr, ZDF: Die Pflegefalle. Dokumentation, D 2016.
DONNERSTAG, 31. März, 20.15 Uhr, 3sat: Bye-bye Bargeld. Dokumentation, D 2016.
FREITAG, 1. April, 16.30 Uhr, ZDFinfo: Deutschland '45 – Verlorene Heimat.
FREITAG, 1. April, 17.15 Uhr, ZDFinfo: Wir Nachkriegskinder.
FREITAG, 1. April, 21.17 Uhr, Tagesschau24: Glanz und Elend eines Weltkonzerns – 100 Jahre BMW. Dokumentation, D 2016.
FREITAG, 1. April, 0.15 Uhr, MDR: Käthe Kruse. TV-Drama, D/A 2015.

Die Heimattreffen 2016

Auf einen Blick: Von Allenstein bis Wehlau – die wichtigsten Termine unserer Heimatkreise bis zum Dezember

Allenstein-Land



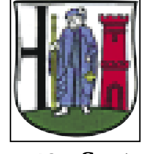
28. Mai, Bochum: Kirchspieltreffen Göttkendorf, Alt Schöneberg und Jonkendorf im Hölterweg 4, 444894 Bochum-Werne. Informationen: Gerhard Sawitzki, Hölter Weg 4, 44894 Bochum, Telefon (0234) 230624.

18. Juni, Essen: Kirchspieltreffen Grieslienen, Stabigotten, Wemitten, Plautzig und Honigswalde ab 10 Uhr in den Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280. Informationen: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

10. September, Gelsenkirchen: Heimattreffen auf Schloss Horst ab 15 Uhr.

15. Oktober, Meinerzhagen: Kirchspieltreffen Jomendorf in der Stadthalle Meinerzhagen. Beginn: 11 Uhr. Informationen: Ewa Schmidt-Bünger, Am Limberg 3, 58706 Menden.

Allenstein-Stadt



9. bis 11. September, Gelsenkirchen: 61. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein.

10. September, Gelsenkirchen: Gemeinsames Jahrestreffen der Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein auf Schloss Horst.

Angerapp



16. bis 26. Juni: Elftägige Busreise nach Angerapp, Masuren und ins Königsberger Gebiet. Die Teilnahme ist für jedermann möglich. Es sind noch wenige Plätze frei. Weitere Informationen und Auskunft erteilt die Kreisvertreterin Edeltraut Mai, Telefon 0151/18461001.

2. bis 3. Juli, Handeloh: Heimattreffen in der Lüneburger Heide im Hotel Fuchs, Hauptstraße 35.

Angerburg



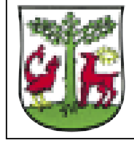
17. bis 18. September, Rotenburg (Wümme): 62. Angerburger Tage in der Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16, 27356 Rotenburg (Wümme).

Bartenstein



5. September, Nienburg (Wesel): Kreistreffen.

Braunsberg



24. bis 25. September, Münster: Jahreshaupttreffen in der Johanniter-Akademie, Weißenburger Straße 60–64, 48151 Münster, Telefon (0251) 97230145.

26. November, Mühlheim/Ruhr: Adventstreffen der Gruppe Mülheim im Hotel Handelshof, Friedrichstraße 15, 45468 Mülheim.

Ebenrode



1. bis 8. Mai, Bad Staffelstein: 47. Eydtkuhner Treffen im Hotel Augustin, Schwabthal 3, 96231 Bad Staffelstein. Informationen bei Wolfgang und Gisela Raeder, Brunebeckerstraße 54, 58484 Witten, Telefon (2302) 800931.

18. bis 24. Mai: Busreise zur 500-Jahr-Gründungsfeier von Pillkallen-Schloßberg. Ab Wuppertal mit diversen Zustiegsmöglichkeiten. Informationen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

28. bis 29. Mai, Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen im Hotel Michaelishof, Hauptstraße 5, 29303 Bergen (Telefon: 05051/8870). Anmeldung und Information bei Kirchspielvertreterin Margarete Malchow.

3. bis 6. Juni, Hermannsburg: Schülertreffen im Hotel Heidehof, Billingstraße 29, 29320 Hermannsburg. Anmeldung: Telefon (05052) 9700 oder E-Mail: info@heidehof.bestwestern.de.

23. Juni bis 2. Juli: Ostpreußen-Busreise mit den Kreisgemeinschaften Ebenrode und Schloßberg ab Wuppertal mit diversen Zustiegsmöglichkeiten, Informationen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

21. bis 31. Juli und 26. Juli bis 8. August, Otterndorf: Deutsch-russisches Kinderferienlager und Jugendbegegnung in der Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, 21762 Otterndorf. Anmeldung beim Jugendbeauftragten: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

13. August, Winsen (Luhe): Ganztägiges Ostpreußentreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode im Schützenhaus Winsen, (direkt hinter der Stadthalle), Luhdorfer Straße 29c, 21423 Winsen/Luhe, Telefon (04171) 89261.

13. August, Winsen (Luhe): Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ebenrode in der Stadthalle, Luhdorfer Straße 29, 21423 Winsen/Luhe. Die ordentliche Mitgliederversammlung beginnt um 14 Uhr.

6. bis 8. September, Hoyerswerda: Noreitscher Nachbarschaftstreffen, Kirchspiel Rodebach. Die Teilnehmer treffen sich im Hotel zur Mühle, An der Mühle 4, 02977 Hoyerswerda. Anmeldung und Information: Helmut Perrey, Telefon (0521) 330364.

Elchniederung



2. April, Eisenach: Nachbarschaftsgespräch mit Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit (nur Vorstandsmitglieder).

23. April, Gera: Nachbarschafts-Treffen mit Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit im Penta-Hotel, Gutenbergstraße 2.

6. bis 7. August, Heinrichswalde: Teilnahme am Stadtfest.

8. bis 10. September, Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung mit Neuwahlen und Deligiertenversammlung.

Fischhausen



23. April, Timmendorfer Strand: 24. Ortstreffen Neukuhren im Hotel Gorch Fock, Strandallee 152, 23669 Timmendorfer Strand. Telefon (04503) 899111.

4. Juni, Leipzig: 4. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Königsberg-Land und Fischhausen im Gartenlokal „Zur Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91–93, 04157 Leipzig. Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730.

6. bis 7. August, Eckernförde: 62. Pillauer Heimattreffen, Stadthallenrestaurant Eckernförde, Am Exer 1, 24340 Eckernförde, Informationen: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.

17. bis 18. September, Pinneberg: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft im Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg. Informationen: Geschäftsstelle, Telefon (04101) 22037.

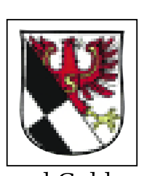
Gerdauen



25. bis 29. April, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Gästehaus Maria Friedensthal, Im Friedensthal 46.

3. bis 4. September, Rendsburg: Hauptkreistreffen im Hotel Hansen, Bismarckstraße 29.

Goldap



21. April, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant „ Amera“ Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Thema: „Landleben in Ostpreußen“. Informationen: Marianne Becker, Charlottenstraße 41, 12247 Berlin, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Straße der Jugend 2, 17268 Templin, Telefon (03987) 208082.

19. Mai, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant „ Amera“ Borussiastr. 62, 12103 Berlin. Thema: Gedenken zum Muttertag. Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Telefon (03987) 208082.

22. bis 23. Mai, Magdeburg: Treffen der Texler und der Heimatfreunde benachbarter Orte im Classic-Hotel, Leipziger Chaussee 141, 39120 Magdeburg, Telefon (0391) 62900, E-Mail: info@classik-hotel.de. Anmeldung: bis zum 31. März unter dem Stichwort „Texeln-Treffen“ direkt im Hotel. Informationen: Rudolf Schmidt, Steindamm 82, 25337 Elmshorn, Telefon (04121) 74720, E-Mail: r.schmidt82@t-online.de

22. bis 25. Mai, Grimma: Kirchspieltreffen Gurnen im Hotel „Kloster Nimbschen“ in Grimma bei Leipzig. Informationen: Erika Dietz, Telefon (02324) 74025.

18. Juni, Allenstein: Ostpreußisches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen an der Allensteiner Burg, Edyta Gladkowska, Telefon 0048/89/ 5340780.

23. Juli, Goldap: Sommerfest am Goldaper See. Informationen: Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552.

3. bis 4. September. Stade: Goldaper Heimattreffen in Stade. Informationen: Annelies Trucewitz, Telefon (04142) 3552.

15. September, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant „Amera“ Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Thema: Erntedank in Ostpreußen. Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Telefon (03987) 208082.

1. Dezember, Berlin: Adventsfeier der örtlichen Gruppen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant „ Amera“ Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Telefon (03987) 208082.

Gumbinnen



1. bis 2. April, Bielefeld: Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“ um 14 Uhr im Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133, 33607 Bielefeld.

7. April, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppe um 13 Uhr im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Informationen: Joseph Lirche, Senftenberger Ring 52 d, 13435 Berlin, Telefon (030) 4032681.

2. Juni, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppe um 13 Uhr im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Informationen: Joseph Lirche, Senftenberger Ring 52 d, 13435 Berlin, Telefon (030) 4032681.

11. Juni, Hamburg: Treffen der örtlichen Kreisgruppe von 14 bis 17 Uhr im Restaurant Lackermann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg. Informationen: Hilde Jansen-Kaydan, Rathenaustraße 53, 22297 Hamburg, Telefon (040) 517931.

4. August, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppe um 13 Uhr im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Informationen: Joseph Lirche, Senftenberger Ring 52 d, 13435 Berlin, Telefon (030) 4032681.

10. bis 11. September, Bielefeld: 63. Bundestreffen der Gumbinner im Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133 33605 Bielefeld. Beginn ist an beiden Tagen jeweils um 10 Uhr (Einlass ab 9.30 Uhr). Informationen: Karin Banse und Walter Fenselau.

Oktober, Bielefeld: Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“ um 14 Uhr im Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 133, 33607 Bielefeld.

13. Oktober, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppe um 13 Uhr im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Informationen: Joseph Lirche, Senftenberger Ring 52 d, 13435 Berlin, Telefon (030) 4032681.

November, Spornitz: 48. Heimattreffen des ehemaligen Regierungs-Bezirkes im „Landhotel Spornitz“, Am Alten Dütschower Weg 1, 19372 Spornitz. Informationen: Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkmann-Straße 14 b, 19370 Parchim. Telefon: (03871) 226238

8. Dezember, Berlin: Weihnachtstreffen der örtlichen Gruppe um 13 Uhr im Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde). Informationen: Joseph Lirche, Senftenberger Ring 52 d, 13435 Berlin, Telefon (030) 4032681.

Heiligenbeil



15. bis 17. April, Altenau: 28. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land in der Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.

3. bis 4. September, Burgdorf: Kreistreffen im Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“, Sorgenser Straße 31, 31303 Burgdorf (bei Hannover). Das Programm (Änderungen vorbehalten):

SONNABEND, 3. SEPTEMBER

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums.

11 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park. Ab 10.45 Uhr fährt ein Bus vom Veranstaltungszentrum hin und zurück.

12 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Saal „JohnnyB.“ (ehemals „Haus der Jugend“).

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Veranstaltungszentrum zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr.

16 Uhr: Vortragsveranstaltung

18.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein.

Am Sonnabend wird im Foyer des Veranstaltungszentrums ein Infostand des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge präsent sein.

SONNTAG, 4. SEPTEMBER

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums.

Gegen 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“.

11 Uhr: Feierstunde im Saal „JohnnyB.“. Begrüßung durch Kreisvertreterin Elke Ruhnke.

Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter).

Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott ...).

Ilse Thomann: „Es war ein Land...“

Grußworte.

Festansprache: Dr. Fred Mrotzek, Historiker, Universität Rostock

Schlusswort Elke Ruhnke, Kreisvertreterin.

13.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube bis 15 Uhr. Es ist ein Pendelverkehr hin und zurück eingerichtet. 16 Uhr: Offizielles Ende.

2. September, Burgdorf: Sondertreffen Kirchspiel Bladiau von 15 bis etwa 17 Uhr im Hotel „Försterberg“, Immenser Straße 10. Leitung: Wolfgang Milewski.

3. September, Burgdorf: Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten ab 15.30 Uhr im Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“, Sorgenser Straße 31. Leitung: Viola Reyentanz, geborene Schlenger.

3. bis 4. September, Burgdorf: Sondertreffen der Kirchspiele Brandenburg und Pörschken im Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“ . Leitung: Christian Perbandt und Hans-Hartwig von Platen.

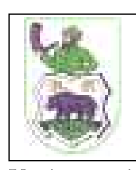
3. bis 4. September, Burgdorf: Sondertreffen Kirchspiel Tiefensee im Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“. Ausklang am Abend im Übernachtungshotel „Gasthaus Haase“, Lehrter Straße 12. Leitung: Kurt Woike.

Heilsberg



15. Oktober, Köln: Kreistag im Kolpinghaus Messehotel, Theodor-Hürth-Straße 2–4, 50679 Köln-Deutz.

Insterburg



11. September, Krefeld: Beteiligung am „Tag des offenen Denkmals“ im Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft im Alten Rathaus in Krefeld-Uerdingen.

23. bis 24. September, Krefeld: Jahreshauptversammlung / Mitgliederversammlung in der Patenstadt Krefeld.

Heimatgruppe Darmstadt: jeweils Samstag um 11.30 Uhr Stammtisch am 9. April, 16. Juli und 10. September. Veranstaltungsort: Taverna Hellas, Griechisches Grillrestaurant, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen. Die Weihnachtsfeier am 3. Dezember findet ab 11 Uhr im Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26 I, 64291 Darmstadt-Wixhausen, statt.

Heimatgruppe Köln: Treffen jeweils am 4. Mittwoch im Monat (27.04./22.06./27.07./24.08./28.09. /26.10). Am 7. Dezember: Weihnachtsfeier. Veranstaltungsort: „Em Kappeseng“, Köln-Weiden, Aachener Straße 1332. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Kiel: Frühjahrsveranstaltung im April/Mai (Einladung erfolgt schriftlich). Veranstaltungsort: Matthias-Claudius-Kirche, Alte Dorfstraße 53. Weitere elf Veranstaltungen jeden Monat am zweiten Donnerstag (ohne extra Einladung) im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Schwerin: Treffen jeweils mittwochs um 12 Uhr am 20. April, 15. Juni, 14. September und 19. November. 17. Dezember 12 Uhr: Weihnachtsfeier. Die Treffen finden in der Gaststätte „Kaktus“, Schwerin, Dreescher Köpmarkt statt. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimatgruppe Sachsen: Am 16. Juni Vortrag „20 große Ostpreußen“. Am 22. September Herbstfest mit Thüringer Roster. Weihnachtstreffen am 10. Dezember ab 12 Uhr. Veranstaltungsort: DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau-Marienthal. Informationen: Kurt Klaus, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Hamburg: 6. April: Frühlingsfest mit Liedern und Vorträgen. 4. Mai: Monatstreffen mit buntem Programm. 1. Juni: Videovortrag oder Autorenlesung. 3. August: Kultureller Vortrag oder Autorenlesung. 7. September: Videovortrag oder Autorenlesung. 5. Oktober: Erntedank mit herbstlichen Liedern und Gedichten. 2. November: Gedichte und Geschichten. 7. Dezember: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten. Im Juni ist eine Tagesfahrt geplant, im Juli findet kein Monatstreffen statt. Alle Veranstaltungen beginnen um 12 Uhr. Ort: Raum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück: 16. April: Frühjahrstreffen. 22. Oktober: Herbsttreffen. Beide Veranstaltungen beginnen um 14 Uhr. Veranstaltungsort: Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43. Informationen: Renate Berger, Telefon, (05471) 4926.

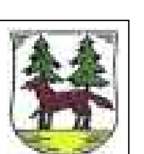
Heimatgruppe Thüringen: 29. Mai, Mitgliedertreffen in Erfurt. Das Programm wird von den Heimatfreunden Erfurt gestaltet. 14. August, Auf der Zinn 24, 3610 Schlitz: Gartentreff bei den Heimatfreunden Ruth und Heinrich Kreuz. 9. Oktober, Café Büchner, Ebertstraße 12, 99817 Eisenach: Mitgliedertreffen und Beitrag über Frieda Jung sowie Kaffeetrinken und gemütliches Beisammensein. 10. Dezember, Diakonissenmutterhaus Eisenach, Karlsplatz 27–31: Weihnachtsfeier im Diakonissenmutterhaus. Alle Veranstaltungen beginnen um 14 Uhr. Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105.

Heimattreffen 2016
Fortsetzung auf Seite 17

Heimattreffen 2016
Fortsetzung von Seite 16

Heimattreue Insterburger: 20. bis 22. Mai: Treffen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt. Anmeldungen bitte bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail ursel26@googlemail.com.

Johannisburg



1. Mai, Düsseldorf: Johannisburger Kreistreffen im Gasthof „Im goldenen Ring", Burgplatz 21 (Altstadt, direkt am Rhein). Beginn: 12 Uhr (Einlass ab 11.15 Uhr). Anmeldung bei: Paul Sobotta, An der Wardtpumpe 22, 46562 Voerde, Telefon (0281) 45657.

4. September, Dortmund: 61. Hauptkreistreffen im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen, Rheinlanddamm 200. Die Feierstunde beginnt um 11 Uhr (Einlass ab 9 Uhr).

8. Oktober, Nindorf-Hanstedt: Treffen der Schulgemeinschaft Fichtenwalde, Grünheide, Hirschwalde, Kullik, im Restaurant des Wildparks Lüneburger Heide. Beginn ist um 11 Uhr.

Königsberg-Land



4, Juni, Leipzig: 4. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Fischhausen und Königsberg-Land im Gartenlokal „Zur Seilbahn", Max-Liebermann-Straße 91–93, 04157 Leipzig. Auftreten werden der „Männerchor Leipzig Nord", das Ensemble „Sonnenschein" und Pfarrer Arndt Haubold, Mitglied der Landessynagoge und Vorsitzender der Gustav-Adolf-Werkes in Sachsen. Er hält einen bebilderten Vortrag über die Kirchen und Menschen aus Nordostpreußen und der heutigen „Kaliningrader Oblast". Informationen und Anmeldungen bitte an: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.gras-hoff@web.de oder Helmut Fellbrich, Telefon (0341) 2511008, E-Mail: helmut.fellbrich@wehlau.net.

15. bis 17. April, Celle: Ortstreffen Groß Otternhagen im InterCityHotel, Nordwall 22, 29221 Celle. Weitere Auskünfte: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895 677.

Königsberg-Stadt



24. September, Duisburg: Satzungsgemäße Mitgliederversammlung / Stadtvertretung mit Wahlen im Veranstaltungsraum des ehemaligen Museums Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg von 11 bis 17 Uhr.

Labiau

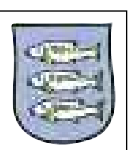


4. Juni, Leipzig: 4. Regionaltreffen in der Gaststätte „Seilbahn", Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Information: Eberhard und Barbara Grashoff, Telefon (0341) 9010730.

9. bis 11. September, Otterndorf: Hauptkreistreffen in der Stadthalle, Fröbelweg, 21762 Otterndorf. Informationen bei der Kreisvertreterin.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Lötzen



27. bis 28. August, Neumünster: Heimattreffen der Kreisgemeinschaft im Tagungszentrum „Kiek in", Gartenstraße 32.

Lyck



8. bis 10. April, Göttingen: Seminar „Die christlichen Konfessionen und ihre Gotteshäuser im Kreis Lyck", Anmeldung: Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

24. April, Lübeck: Regionaltreffen-Nord im Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1. Beginn: 11 Uhr. Kontakt: Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

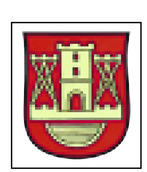
4. bis 14. August: Gruppenreise nach Lyck mit Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.

5. bis 7. August, Melle: Besuch des Trakehnergestütes, Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026.

27. bis 28. August, Hagen: Heimattreffen in der Stadthalle.

3. November, Bremen: Lycker Treffen im Hotel „Zur Post". Beginn 13 Uhr. Kontakt: Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.

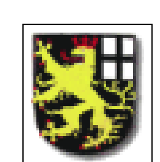
Memel-Stadt, Memel-Land, Heydekrug



22. Juli, Heydekrug: Treffen aller Landsleute auf dem Anwesen von Hugo Scheu. Beginn: 15 Uhr.

3. Oktober, Memel: Feierstunde zum „Tag der Deutschen Einheit" im Memeler Stadttheater.

Mohrungen

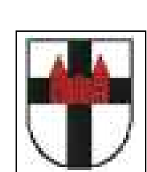


17. bis 18. September, Bad Nenndorf: Heimatkreistreffen im Grandhotel Esplanade/L Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf. Der Kreisausschuss und Kreistag tagen am 17. September. Feierstunde und Mitgliederversammlung erfolgen am 18. September.

17. Juni, Mohrungen: Sommerfest der Deutschen Bevölkerung „Herder".

18. Juni, Allenstein: Sommerfest der Ostpreußischen Landsmannschaft.

Neidenburg



4. September, Garbsen-Berenbostel: Heimattreffen im Gemeindesaal der Evangelisch-Lutherischen Silvanusgemeinde, Auf dem Kronsberg 32, 30827 Garbsen-Berenbostel.

Ortelsburg



17 April, Herne: Treffen des Landbezirkes 10 (Lehmanen, Groß Schöndamerau, Rohmanen) im Kulturzentrum Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1, 44623 Herne.

24 April, Herne: Treffen der Landbezirke 01 (Altkirchen, Klein Jerutten), 02 (Deutschheide, Wihlenthal), 03 (Erben, Rheinswein, Wildenau), 04 (Farienen, Friedrichshof), 05 (Fürstenwalde, Lindenort/Liebenberg) im Kulturzentrum Herne.

7. Mai, Herne: Kirchspieltreffen Willenberg sowie der Landbezirke 06 (Großalbrechtsort, Groß Dankheim), 07 (Großheidenau, Kannwiesen), 08 (Kobulten, Steinhöhe), 11 (Malschöwen, Mensguth, Rummau) im Kulturzentrum Herne.

18. September, Herne: Hauptkreistreffen im Kulturzentrum Herne.

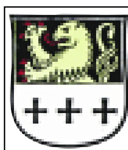
Osterode



22. Mai, Hamm: Regionaltreffen.

17. bis 18. September, Osterode im Harz: Hauptkreistreffen.

Preußisch Eylau

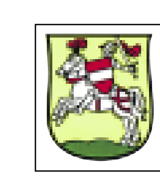


Voraussichtlich Juni: Stadtfest in Landsberg. Der genaue Termin wird später bekannt gegeben.

6. bis 14. Juli, Verden: Jugendfreizeit. Geplant sind unter anderem Ausflüge an die Nordsee, in den Freizeitpark Soltau und in das Ostpreußische Museum in Lüneburg. Für nähere Auskünfte und für Bewerbungen zur Teilnahme (Jugendliche von 14 bis 18 Jahren) wenden Sie sich bitte an: Kristin Bollhorst, Landkreis Verden, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden, Telefon (04231) 15297, E-Mail: Kristin-Bollhorst@Landkreis-Verden.de.

17. bis 18. September, Verden: Kreistreffen im Hotel Niedersachsenhof, Lindhooper Straße 97, 27283 Verden. Bitte rechtzeitig Übernachtungsmöglichkeiten reservieren.

Preußisch Holland



10. bis 11. September, Itzehoe: Hauptkreistreffen.

Rastenburg



24. bis 26. Juni, Bad Fallingbostel: Korschener Treffen im Hotel Schnehagen, Adolphsheider Straße 33.

20. bis 21. August, Wesel: 60. Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle.

Rößel



7. April, Neuss: Ab 15 Uhr Tag der offenen Tür in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

16. April, Köln: „Seeburger Kaffeeklatsch" im Maternushaus.

28. April, Neuss: Ab 15 Uhr Tag der offenen Tür in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

5. Mai: Christi-Himmelfahrt-Wallfahrt der Ermländer nach Werl. 9.30 Uhr: Rosenkranz / 10 Uhr: Hochamt / 15 Uhr: Ermländische Vesper.

4. bis 6. Juli, Münster: Scheller-Treffen im Haus Mariengrund, Nünningweg 131, 48161 Münster. Durchführung und Anmeldung: Werner Flack, Telefon (02303) 63472.

5. August, Altenberge: Bischofsteiner-Treffen im Hotel Stüter, Auskunft: Bruno Mücke, Telefon (02505) 2757.

18. bis 21. August, Münster: Treffen der Bischoffsburger-Heimatfreunde im Haus Mariengrund, Nünningweg 131, 48161 Münster. Organisation, Information und Anmeldung bei Horst Ehlert, Arnsberg, Telefon (02931) 7323.

1. September, Neuss: Ab 15 Uhr Tag der offenen Tür in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

17. bis 18. September, Neuss: 33. Hauptkreistreffen im Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss. Das Programm:

SONNABEND, 17. SEPTEMBER

11.30 Uhr: Kreistagssitzung / 15 Uhr: Lesung der Redakteurin Gisela Heese aus ihrem Buch „Königskinder" / 17 Uhr: Tanzabend mit Tombola und Darbietungen.

SONNTAG, 16. SEPTEMBER

10.30 Uhr: Heilige Messe in der Kirche Immaculata der Augusterinnen, Augustiniusstraße 46, 41464 Neuss.

12 Uhr: Festakt in der Aula des Berufsbildungszentrums.

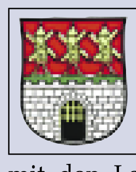
14 Uhr: Begegnungen mit den Landsleuten.

29. September, Neuss: Ab 15 Uhr Tag der offenen Tür in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

28. November bis 3. Dezember: Fahrt in das Erzgebirge nach Oberwiesenthal. Aufenthalt im Bundeswehrsozialwerk „Haus Wiesenthal".

11. Dezember, Neuss: Adventsfeier der Kreisgemeinschaft. 14 Uhr: Heilige Messe in der Pfarrkirche St. Marien (gegenüber dem Hauptbahnhof) / 15 Uhr: Adventsfeier bei Kaffee und Kuchen mit Musikbeiträgen und Vorlesungen. Die Veranstaltung findet im Marienhaus, Kapitelstraße 36, statt (fünf Gehminuten von der Kirche entfernt).

Schlossberg



13. August, Winsen (Luhe): Ostpreußentreffen (Hauptkreistreffen) im Schützenhaus gemeinsam mit den Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg.

26. bis 28. August, Meiningen: Schirwindter Treffen.

9. bis 11. September, Lügde: Haselberger Treffen im Lippischen Hof, Untere Dorfstraße 3, 32676 Lügde.

Sensburg



9. April, Unkel: 20. Treffen des Kirchspiels Hoverbeck (15. Ortstreffen Seibongen) im „Weinhaus zur Traube", Telefon (02224) 3315, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel. Beginn ist um 10.15 Uhr. Das Weinhaus, zu dem auch das „Gästehaus Korf" mit Übernachtungsmöglichkeiten aller Art gehört, liegt in der Ortsmitte, nicht weit vom Rhein. Auch Landsleute aus dem gesamten Kirchspiel Nikolaiken sind willkommen. Da keine besonderen Einladungen erfolgen, wird bis zum 2. April, besonders zur Vorbereitung für den Wirt, um schriftliche oder telefonische Ankündigung der Teilnahme gebeten. Anmeldungen: Burgundel Kisza, Leibnizstraße 9, 67551 Worms. Telefon (06241) 935669 oder Edith Gorski (für Seibongen), Starenweg 27, 50997 Köln, Telefon (02236) 44632.

23. April, Bad Sassendorf: Treffen des Kirchspiels Warpuhnen im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer", Wilhelmstraße 1, 69505 Bad Sassendorf ab 9.30 Uhr. Vom ursprünglichen Zweijahresturnus des Treffens wird abgesehen und der Termin dem jährlichen Treffen des Kirchspiels Sorquitten angepasst. Aus organisatorischen Gründen wird um rechtzeitige schriftliche oder telefonische Ankündigung der Teilnahme gebeten. Anmeldungen: Alfred Thiel, Halstenbeker Straße 91, 22457 Hamburg, Telefon (040) 5503181 oder Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 603634.

23. April, Bad Sassendorf: 21. Treffen des Kirchspiels Sorquitten ab 9.30 Uhr im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer", Wilhelmstraße 1. Damit während der Feierstunde keine Unruhe aufkommt, wird dringend um pünktliches Erscheinen gebeten. Die Meldung der Teilnahme ist unbedingt erforderlich. Weitere Informationen: Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 60363. Herzlich eingeladen sind alle Landsleute aus dem Sorquitter Kirchspiel und deren Angehörige. Auch neue Gäste sind willkommen.

26. April, Willingen: 64. Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg im Hotel „Waldecker Hof", Korbacher Straße 24, 34508 Willingen, Telefon (05632) 79880. Weitere Informationen: Renate Pasternak, In den Birken 50, 42113 Wuppertal, Telefon (0202) 722846.

14. Mai, Remscheid: Stinthengstwasserung. Die traditionelle Veranstaltung findet um 15 Uhr am Stadtparkteich beim Schützenplatz, Hindenburgstraße 133, statt.

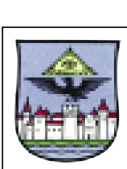
27. Mai bis 7. Juni: Ostpreußenfahrt. Wegen der großen Nachfrage ist für 2016 wieder eine Reise der Kreisgemeinschaft nach Sensburg geplant. Sie wird von Klaus Schütz geplant und durchgeführt. Die Fahrt beginnt am 27. Mai in Leichlingen. Sie führt auf der Hin- und Rückfahrt über Gelsenkirchen und endet am 7. Juni. Anmeldungen bei: Klaus Schütz, Friedensstraße 14, 42799 Leichlingen, Telefon (02175) 71886 oder 015140382834.

18. Juni, Hemer: 15. Treffen des Kirchspiels Ukta im Paul-Schneider-Haus, Ostenschlahstraße 2, 58675 Hemer ab 8.30 Uhr. Der Festgottesdienst findet um 11 Uhr statt. Anschließend besteht Gelegenheit, Erinnerungen und Neuigkeiten auszutauschen. Für das leibliche Wohl werden in bewährter Weise Norbert Kratz und Friedhelm Hoffmann sorgen. Weitere Informationen: Rolf W. Krause, Alte Poststraße 12, 42555 Velbert, Telefon (02052) 1309.

24. bis 27, Juni, Eberbach: 31. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde im Hotel „Krone-Post", Hauptstraße 1, 69412 Eberbach/Neckar. Buchungen sind direkt beim Hotel vorzunehmen: Telefon (06271) 806620, Fax (06271) 80662299. Sonnabend ist der Haupttag des Treffens. Weitere Informationen: Berthold Hirsch, Webskamp 17, 26197 Großenkneten, Telefon (04435) 5223.

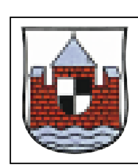
21. August, Remscheid: 51. Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft. Ab 8 Uhr im Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid, Neuenkamper Straße 55, 42855 Remscheid. Wichtiger Hinweis: Die Eintrittsplaketten müssen sichtbar getragen werden. Beachten Sie bitte auch die aktuellen Hinweise in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung.*

Tilsit-Ragnit



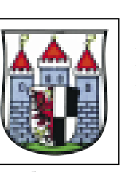
23. April, Gera: Regionaltreffen zusammen mit der Stadtgemeinschaft Tilsit und der Elchniederung im Penta-Hotel. Beginn ist um 10 Uhr (Einlass ab 9 Uhr), Ende gegen 17 Uhr. Die Teilnehmer erwartet ein vielfältiges Programm.

Tilsit-Stadt



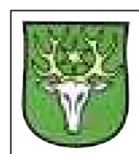
23. April, Gera: Tilsitertreffen mit den Nachbarkreisen Tilsit-Ragnit und Elchniederung im Penta-Hotel, Gutenbergstraße 2.

Treuburg



30. Mai bis 3. Juni, Fintel: Hauptkreistreffen mit allen Dörfern im Euro-strand-Resort, Bruchweg 11, 27389 Fintel. Der All-Inclusive-Aufenthalt kostet inklusive Reiserücktrittversicherung im Doppelzimmer 322 Euro pro Person und im Einzelzimmer 362 Euro. Tagesgäste, die nur den Festtag erleben möchten, zahlen 69 Euro (enthalten sind Eintritt, Mittagessen, Kaffee/Kuchen und Abendessen sowie andere Getränke). Der Festtag findet donnerstags am 2. Juni ab 10 Uhr in der Tropic-Halle statt. Organisatorin: Gabriele Janßen, St.-Barbara-Weg 4B, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3228, E-Mail: janssen.53@web.de.

Wehlau



4. Juni, Leipzig: 4. Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Fischhausen, Königsberg-Land, Labiau und Wehlau in der Gaststätte „Seilbahn", Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Organisation: Eberhard Grashoff, Telefon: (0341) 9010730 und Helmut Fellbrich, Telefon (0431) 2511008.

30. Juni, Gommern: Treffen der Wehlauer Schulanfänger im Herbst 1944 bei Familie Dube, Salzstraße 4. Organisation: Helga Dube, Telefon (039200) 51406, Mobil 0176/24522715.

10. bis 11. September, Syke: Hauptkreistreffen in ollmer´s Gasthaus, Hauptstraße 60, 28857 Syke. Organisation: Gerd Gohlke, Telefon (04141) 5586 und Werner Schimkat, Telefon (0611) 50509840.

Die große Feier

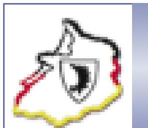
Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern

Die großen Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern zählen auch für viele Ostpreußen aus anderen Teilen der Bundesrepublik zu den festlichen Höhepunkten des Jahres. In diesem Jahr findet das Ereignis am Sonnabend, dem 8. Oktober, im Neubrandenburger Jahn-Sport-Forum in der Schwedenstraße statt. Zum großen Wiedersehen werden etwa 1500 Besucher erwartet – darunter allein 120 Gäste aus den polnischen, russischen und litauischen Teilen Ostpreußens. Alle 40 ostpreußischen Stadt- und Landkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Das ostpreußische Kulturprogramm gestalten unter anderem Tanzgruppen und Chöre aus Masuren, Gumbinnen und dem Memelland sowie der Heimatsänger Bernstein. Schirmherrin ist die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder. Als weitere Ehrengäste haben sich unter anderem der litauische Botschafter Deividas Matulionis, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, angekündigt. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245 688.



Auf zum 21. Landestreffen in der Jahn-Sport-Halle! Bild: privat

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 1. April: BJO-Filmabend in der Ostdeutschen Heimatstube Mönchengladbach-Rheydt, Friedensstraße 221, 41236 Mönchengladbach, 19 bis zirka 23 Uhr. Informationen: bjo-west@junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 19. Juni: Auch in diesem Jahr nimmt der BJO am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg bei Solingen mit einem Infostand teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/

Sonnabend, 8. Oktober: 21. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg. Informationen: www.facebook.com/events/875847179173086/

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/ 47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



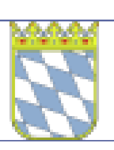
Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 13. April, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Zweiter Wintervortrag.

Stuttgart – Mittwoch, 6. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe mit den Berichten des Vorstands. Es gibt einen Ausblick auf den weiteren Jahresverlauf, insbesondere auf die enge Zusammenarbeit mit der Landsmanschaft Westpreußen, Kreisgruppe Stuttgart.

Herr Urbat feiert im April seinen 90. Geburtstag und möchte bei der Jahreshauptversammlung den Vorsitz in jüngere Hände übergeben. Wer ist bereit, das Amt zu übernehmen, das heißt, sich zur Vorsitzenden beziehungsweise zum Vorsitzenden wählen zu lassen? Herr Urbat ist bereit, auch weiterhin am Mitteilungsblatt der LM Ostpreußen KG Stuttgart mitzuarbeiten. Geplant ist auch – sofern die Zeit reicht – einen Film über Ostpreußen anzusehen.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

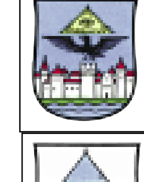
München – Freitag, 8. April, 14 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Frauengruppe.

Kitzingen – Freitag, 15. April, 15. Uhr, Hotel Würzburger Hof: gemütlicher Kaffeenachmittag mit Ehrungen



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



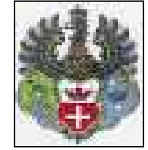
Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 2. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



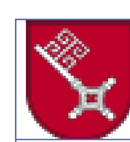
Rastenburg – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 18 88 26.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. April, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Gemeinsames Treffen unter dem Motto „Langsam beginnt der Frühling". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



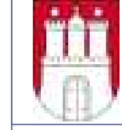
Königsberg – 15. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Montag, 4. April, 15 Uhr, Raum Indonesien/Ekuador Hotel zur Post, Bahnhofsplatz: Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. Unter dem Titel „Heute ein Dorf in Polen" hören die Teilnehmer im Anschluss an die Tagesordnung einen Erinnerungsbericht von Werner Siemund mit Bildern aus dem dörflichen Leben rund um seinen Heimatort im westpreußischen Kreis Elbing.



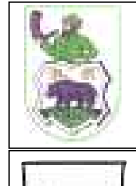
Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

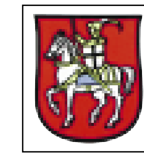
Landesgruppe – Freitag, 1. April, 19 Uhr, „Blockhouse", Schloßstraße 48, 22041 Hamburg: Vortrag von Wolfgang Toerner (78), Königsberger und ehemamliger Geschäftsführer des „Kieler Zarenvereins" zum Thema „Von der Zarendynastie der Rjurikiden zu den Romanow – der Halbblüter Carl Peter Ulrich Herzog von Holstein-Gottorf als Peter III., Zar und Imperator von ganz Russland". Eintritt: 6 Euro. Einlass ab 18 Uhr (mit Verzehr), ab 19 Uhr nur Getränke.



KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg: Frühlingsfest. Ein gemütlicher Nachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel, mit Liedern und Erzählungen um den heranahenden Frühling zu begrüßen.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Kassel – Donnerstag, 7. April, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3: „Das Posener Land vom 18. bis zum 20. Jahrhundert" – Vortrag von Dr. Martin Sprungala aus Dortmund.

Wetzlar – Montag, 11. April, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: „Notgeld aus Ostpreußen" lautet das Thema des Vortrages beim Treffen Kreisgruppe. Dazu zeigt Karla Weyland (Rauschenberg) einen Lichtbildervortrag. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441)770559.

– Bericht –

Kuno Kutz (Hüttenberg) freut sich jedes Jahr auf das Grützwurstessen. Der Vorsitzende der Kreisgruppe Wetzlar kann sich sicher sein, dass sich viele Landsleute dieses Treffen nicht entgehen lassen. Über 30 Mitglieder füllten das Restaurant Grillstuben in Wetzlar, als die traditionelle Speise aufgetischt wurde. „Wenn es die Grützwurst gibt, sind immer alle begeistert, viele nehmen noch welche mit nach Hause", erzählt Kutz. Serviert wird sie mit Sauerkraut und Kartoffeln. „In der Wurst sind Graupen und Blut, Fett und Fleisch vom Schwein." Diese Zutaten werden vermischt und in einen Naturdarm gefüllt, bevor sie in einem Kessel in Fleischbrühe gekocht werden. Die Grützwurst ist Teil der Kultur ihrer einstigen Heimat und ein Klassiker aus dem ehemaligen Osten Deutschlands. Mit ihren monatlichen Treffen und dem jährlichen Essen wollen die Mitglieder diese Kultur vor dem Vergessen bewahren.

In den Grillstuben wird an diesem Abend die Muttersprache gesprochen. Gedichte und Erinnerungen halten die Traditionen wach. Rund zwölf Millionen Menschen mussten im Zweiten Weltkrieg aus den einstigen Ostgebieten fliehen. Die Zahl derer, die die Flucht erlebt haben, wird immer kleiner. Zunehmend interessieren sich auch deren Kinder für die Historie und die Erinnerungen der Eltern und Großeltern. Karla Weyland und Friedrike Preuß haben sich zur Aufgabe gemacht, solche Erinnerungen vorzutragen. Weyland erinnerte unter dem Titel „Was Essen zum Genuss macht" an ein anderes ostpreußisches Gericht, die Sauerampfer-Suppe. Die Erzählung der ost-



Wetzlar: Karla Weyland und Friederike Preuß erinnern an kulinarische Spezialitäten aus der Heimat Bild: Rühl

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

preußischen Autorin Ruth Geede handelt von einem jungen Hessen, der auf Liebespfaden in Ostpreußen diese Spezialität kennenlernt. Zunächst ist er sehr vorsichtig beim Probieren der Suppe, entdeckt aber schnell, wie köstlich sie über die Zunge geht.

Preuß trug die Geschichte von den sieben ostpreußischen Wintern vor, die einst der westpreußische Schriftsteller Ottfried Graf Finkenstein (1901–1987) niederschrieb. Der Nachkomme aus preußischem Uradel widmete sich unter anderem als Leiter des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein der Historie seiner Heimat. Noch manch weitere Erzählung füllte das Programm des Treffens. Kutz wies darauf hin, dass die Landesdelegiertenversammlung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen am 9. April in Gießen stattfindet. Der Bund der Vertriebenen plant eine Busfahrt am 12. und 13. Juli nach Greifenstein. Dabei soll ein Bauernhof und die Ulmbachtalsperre besichtigt werden.

Wiesbaden – Dienstag, 12. April, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe unter dem Motto „Die Natur erwacht“.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Informationen: Frau Anders, Telefon (05351) 91111.

Osnabrück – Donnerstag, 31. März, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 5. April, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43: Kegeln.

– Bericht –

Zur Jahreshauptversammlung, verbunden mit dem traditionellen Grützwurstessen, konnte der stellvertretende Vorsitzende Dietmar Kutz am 12. März im Parkhotel, Osnabrück, zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Mit dem gemeinsamen Gesang des Westpreußenliedes begann die Veranstaltung. Anschließend gedachte man in einer Schweigeminute der zwei verstorbenen Mitglieder. Danach erfolgten die Tätigkeitsberichte der Vorstandsmitglieder. Barbara Kleine berichtete über ihre Arbeit als Pressereferentin und Leiterin des Kegelclubs „Marjellchen und Lorbasse“, den sie bereits über 20 Jahre führt und der sich alle vier Wochen im Hotel Ibis trifft. Darüber hinaus hat sie es übernommen, den Mitgliedern, die 75 Jahre und älter sind, zum Geburtstag zu gratulieren.

Die Frauenreferentin Lore Müller berichtete über Themen, die sie vorwiegend aus dem *Ostpreußenblatt* entnimmt. So wurde unter anderem über das 200-jährige Bestehen der Litfaßsäule, die Dichterinnen Agnes Miegel und Frieda Jung sowie über den 100. Geburtstag von Ruth Geede gesprochen. Im Namen der Landsmannschaft Ost-und Westpreußen, Kreisgruppe Osnabrück, gratulierte Lore Müller ihr zu diesem Ehrentag.

Der Jahresausflug führte die Frauengruppe 2015 nach Bad Rothenfelde, wo sie eine Modenschau besuchte. Die Kulturreferentin Else Tober gab einen Überblick über die im Jahr 2015 durchgeführten Veranstaltungen. Dazu gehörte die Jahreshauptversammlung mit dem Grützwurstessen. Der Erntedanknachmittag wurde von Bruno Romeiks aus Unna, der den stellvertretenden Vorsitzenden Dietmar Kutz vertrat, eröffnet. Pastor Hans-J. Kuhlmann sprach über die Bedeutung des Erntedankfestes. Der Chor unter Leitung von Else Tober erfreute die Teilnehmer mit Liedern zur Erntezeit. Gedichte von Agnes Miegel und Frieda Jung wurden vorgetragen sowie gemeinsam Lieder gesungen. Zur Adventsfeier war das „Osnabrücker Zupfensemble“ engagiert worden. Bürgermeister Burkhard Jasper sprach Grußworte. Pastor Hans-J. Kuhlmann hielt eine einfühlsame Weihnachtsansprache.

Dem Schatzmeister Heinz Bruweleit wurde durch die Kassenprüferin Felicitas Thiede eine ordnungsgemäße Kassenführung bestätigt, so dass ihm Entlastung erteilt werden konnte. Gertrud Franke, die aus gesundheitlichen Gründen von ihren Posten als Kulturreferentin und Schriftführerin zurücktrat, wurde mit einem Geschenk vom Vorstand verabschiedet. Mit großem Engagement hat sie die ihr übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Auch in diesem Jahr standen Wahlen an. Ewald Kleine fungierte als Wahlleiter. Ein Vorsitzender konnte nicht gefunden werden. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Stellvertretender Vorsitzender Dietmar Kutz, Beisitzerin und Kulturreferentin Else Tober, Schatzmeister Heinz Bruweleit, Schriftführer Siegfried Keuchet, Pressereferentin und Referentin für Freizeit und Hobby Barbara Kleine, Frauenreferentin Lore Müller, Kassenprüfer Ewald Kleine und Felicitas Thiede. Nach Beendigung der Formalitäten wurde gemeinsam das Ostpreußenlied gesungen. Anschließend genossen alle das schmackhafte Grützwurstessen.

Rinteln - Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Rintelner Gruppe wird sich der Referent Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo anhand von Beispielen mit „Liedern aus Ostpreußen“ befassen. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.

Bielefeld – Donnerstag, 7. April, Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova.

Wesel – Sonntag, 10. April, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4,: Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis 31. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder bei Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

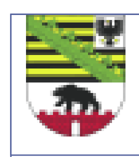


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonntag, 3. April, 9.30 Uhr, St.-Matthäus-Kirche, Zinzendorfer Straße 14-16, Chemnitz: Kirchentag der Gemeinschaft der evangelischen Ostpreußen. Er beginnt mit dem gemeinsamen Gottesdienst des Pfarrers im Ruhestand Klaus Plorin und des Pfarrers der Kirchgemeinde Stefan Mestars. Der Kirchentag steht unter dem Motto „Ankommen – Annehmen“. Im Anschluss finden sich die Teilnehmer im Außenbereich der Kirche zur Kranzniederlegung am Denkmal ein.

Nach der Mittagspause werden sich die St. Matthäusgemeinde sowie die Ost- und Westpreußen zu einem interessanten Nachmittag im Gemeindehaus einfinden. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Alexander Schulz wird Pfarrer Plorin über Ostpreußen als Einwanderungsland referieren. Frank Heinrich, Bundestagsabgeordneter der CDU und Kreisvorsitzender von Chemnitz, wird über seine Arbeit im Arbeitskreis für Menschenrechte in der Bundesregierung berichten und Fragen beantworten. Zum Schluss werden die „Kirchenmäuse“ der Gemeinde mit Liedern und Tanz einen kulturellen Augen und Ohrenschmaus bieten. Der Kirchentag wird gegen 15 Uhr enden. Wir laden alle Interessierten zum Kirchentag ein.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 5. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 8. April, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 10. April, 14 Uhr: Osterbräuche in der Heimat.

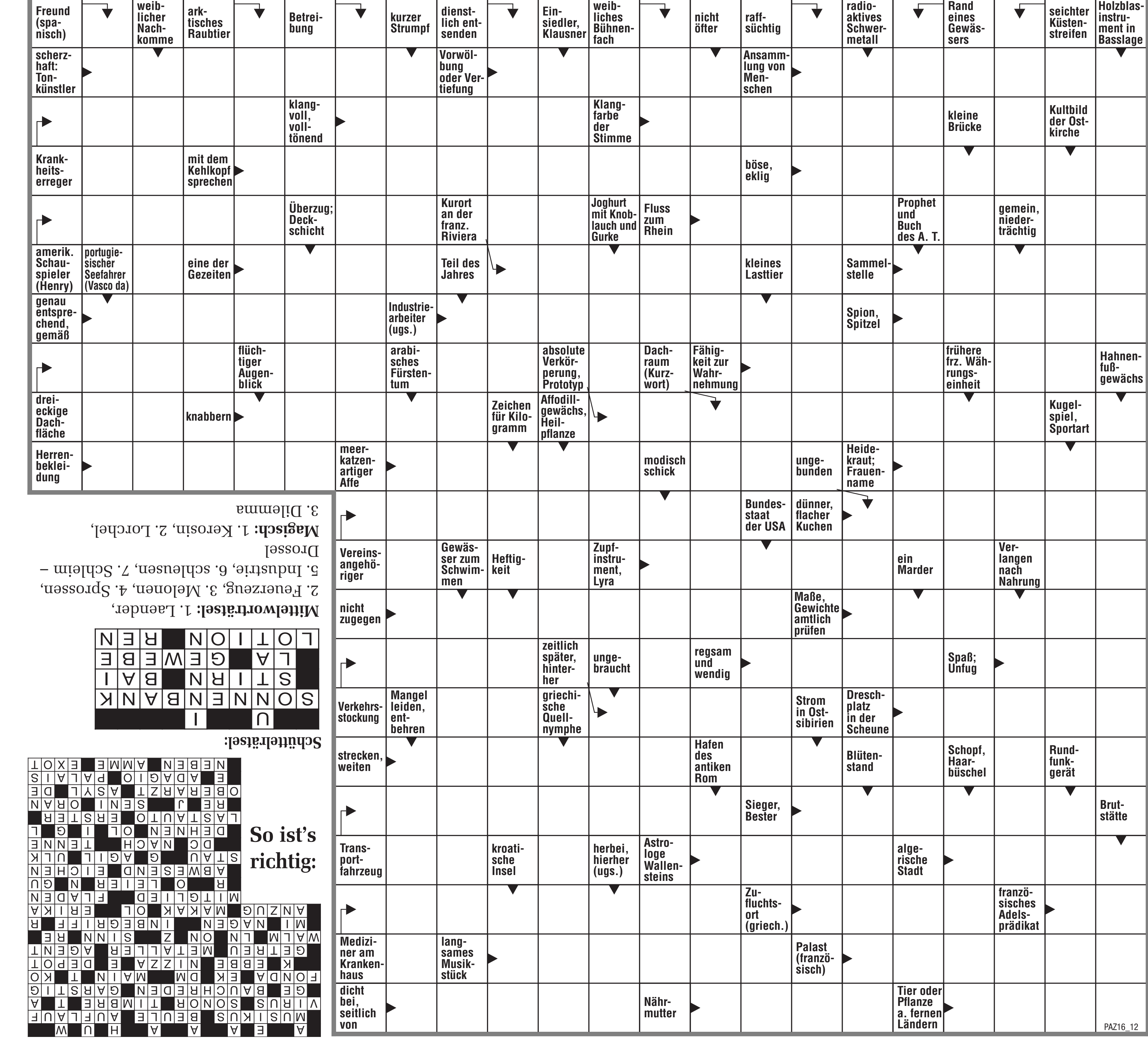


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe –Mit ihrem Gedicht „Das Moor im März“ begrüßte die Vorsitzende die März-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe. Thema des Nachmittags war die Vogelwelt in Ostpreußen. Katharina Makarowski las einen Beitrag des Naturfotografen Wolfgang Bajohr aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vor: „Die weißen Zaubervögel von Nikolaiken“. Er handelte von den majestätischen Höckerschwänen, den Charaktervögeln Masurens, aber auch von Seeadlernf Kormoranen und Fischreihern.

Boris Makarowski berichtete von seiner Praktikantenzeit. Damals waren Frauen an den Seeufern und auch im Schilf unterwegs, um die Federn der zahlreichen gefiederten Gäste zu sammeln. Danach berichteten die Teilnehmer über ihre eigenen Erlebnisse und Wahrnehmungen. Ostpreußen bleibt unsere Heimat. Hier haben wir unser Zuhause. *Gisela Brauer*



Schüttelrätsel

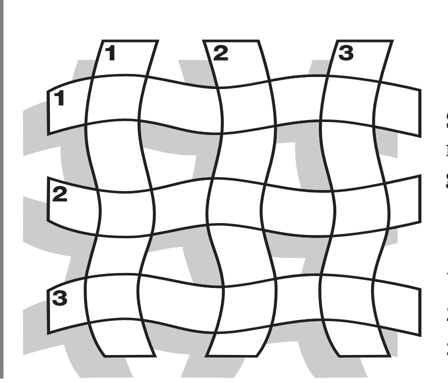
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABEKN NNNOS · LOOS · ANTTU · EGOR · EINNN · ABER · ABEN · EIKN
INRST · ABI
ILNO OT · BEEE GW
ENR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Singvogel.

Nr.	links		rechts
1	ENG		KUNDE
2	STURM		GAS
3	HONIG		ERNTE
4	BOHNEN		WAND
5	SCHWER		MESSE
6	KANAL		TOR
7	HAFER		HAUT



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Flugzeug- und Raketentreibstoff
2 ungenießbarer Schlauchpilz
3 Zwangslage, Klemme

K wie Koseln & Kramaus

2300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, heißt das Büchlein, dass der pensionierte Pfarrer Felix Arndt in fleißiger Kleinarbeit zusammengestellte. Die PAZ bringt in loser Folge Auszüge. An dieser Stelle geht es mit Folge 32 weiter:

K

koseln = verrückt spielen
kraalen = schwatzen oder vom Kleinkind: Laute hören lassen
krapieksen = sich nur mühsam fortbewegen
Krät = nur halb ärgerlich, schrecklicher Kerl
sich krängeln = sich drehen und winden
Krängelstuhl = Drehstuhl
Kragge, Krake = altes kaum noch arbeitsfähige Pferd
kraggeln = mühsam gehen, unbeholfen schreiben
Krahlwasser (getrunken) = Redefluß
Kramaus = kleine Möbelstücke
krasseln = aufräumen
Krasselzeug = kleine Gegenstände oder dummes Volk
krauchen, kraufen = kriechen
kraustickеn = die Wohnung wechseln
Krauter = älterer eigensinniger Mann
Kraxe = Tragegestell
kreesen = Stoff zerreißen
Kreide = selbstgekochte, dicke Marmelade
Krekeln = wilde Pflaumen
Krepschull = Kragen, „jemanden beim Krepschull kriegen“
kribbelig = ungeduldig, gereizt
Kribbelkopf = nervöser, gereizter Mensch
kriejuhlen = unruhig leben
krieslig = unruhig, aufgeregt
krillen = kräuseln

»Spoßches« am Krummmittwoch

Glücksbringer, Neckereien und Schönheitswässerchen – die schönsten ostpreußischen Osterbräuche



„Osterwasserbrauch in Ostpreußen“ – Kupferstich von Gertrud Lerbs aus dem Jahr 1935 Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Oster, schmackoster / viel Eier, viel Speck, vom Fladen die Eck / dann geh ich gleich weg!“ Diesen fröhlichen Spruch riefen die Burschen, wenn sie die jungen Mädchen am Ostermontag zum Schmackostern aufsuchten. Auf Arme und Beine gab es dazu einen neckenden Schlag mit den „Lebensruten“ – sprich mit geflochtenen Birken- und Weidenruten. Das sollte, so der Brauch, nicht nur die Fruchtbarkeit, sondern auch die Kraft und Tüchtigkeit fördern. Die Mädchen bewirteten die zum Schmackostern gekommenen Burschen mit Osterkuchen und Osterschnaps.

Schmackostern ist einer von vielen althergebrachten Osterbräuchen, die in Ostpreußen, wie auch in anderen Herkunftsgebieten der deutschen Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, bekannt und beliebt waren. Auch wenn sie inzwischen fast in Vergessenheit geraten sind, gibt es noch Landsleute, die sich an Ostern anno dazumal erinnern. Erhalten sind auch Veröffentlichungen und Schriften, die sich mit den Traditionen beschäftigen.

So etwa hat die Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Kultur-Druck, im Jahre 1987 die Neuauflage des Büchleins „Vom Festefeiern in Ostpreußen – Berichte über die Festbräuche zu Hause und Anregungen für Familie und Arbeit mit Gruppen“ veröffentlicht. Die Verfasserin Hedwig von Lölhöffel-Tharau hat im Kapitel „Vom Rasemuckenjagen und vom Schmackostern“ die wichtigsten Ereignisse der Karwoche zusammengefasst. Hier ist unter anderem nachzulesen, dass am Krummmittwoch eine lustige Stimmung geherrscht haben soll. Es gab verschiedene „Spoßches“, über die viel gelacht wurde. Das Austreiben des Rasemucks wiederum war eine Neckerei, die mit einem Wasserguss verbunden war. In den verschiedenen Gegenden Ostpreußens gab es unterschiedliche Vorstellungen davon, wer oder was die spukhaften Rasemucken eigentlich waren, die man im Frühjahr jagte.

Am Gründonnerstag wurde umgepflanzt

Am Gründonnerstag war es auf dem Lande üblich, große Kringel zu backen, in den Städten wurden sie gekauft. Auf jeden Fall wurde daran gezogen und wer das größte Stück ergattern konnte, der durfte sich was wünschen. In der Region zwischen Tilsit und Ragnit wurden an diesem Tag die Blumenstauden umgepflanzt und man glaubte fest daran, dass diese besonders gut gedeihen werden. Am Karfreitag und am Ostersonnabend wurde nur das Nötigste für Mensch und Tier verrichtet, man besuchte die Kirche.

Weitere Erinnerungen ranken sich um das auch in anderen Regionen bekannte Osterwasserholen. Gerade um die Osterzeit wurden dem Wasser heilsame Kräfte zugesprochen. Mädchen mussten in der Osternacht vor Sonnenaufgang zu einem fließenden Gewässer gehen und in Tonkrügen Wasser schöpfen. Sie durften unterwegs weder sprechen, noch lachen, um die „Zauberkraft“ zu erhalten. Zu Hause wusch man sich dann mit dem Osterwasser, das für Gesundheit und Schönheit sorgen sollte. Es muss einwandfrei gewirkt haben, denn laut Zeitgenossen galten die ostpreuischen jungen Damen stets als besonders schmuck.

Dieter Göllner



Österliches Kunstwerk: Eines von 200 Ausstellungsobjekten bei „Rund ums Ei“ Bild: Göllner

Große Ostereier-Ausstellung in Ratingen

Der Brauch des Färbens und Verzierens von Eiern ist heidnischen Ursprungs und wurde später mit dem Osterfest verbunden. Die Verziertechniken und Dekorationsformen unterscheiden sich je nach Land und Region. In Oberschlesien, wo der Brauch seit dem 10. Jahrhundert gepflegt wird, ist beispielsweise die Kratztechnik verbreitet. Das Wachsbatikverfahren wiederum ist vor allem in den östlichen Gebieten Polens, aber auch in anderen Ländern, insbesondere der Ukraine, anzutreffen. Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen-Hösel zeigt traditionell im Frühjahr eine Sonderausstellung unter dem Motto „Rund ums Ei“. Die nunmehr siebte Präsentation entstand in Zusammenarbeit mit dem Verein Ukrainisches Haus in Düsseldorf. Noch bis zum 3. April sind Ostereier und Osterbräuche aus Schlesien und der Ukraine kennenzulernen. Zu sehen sind rund 200 kunstvoll verzierte Ostereier. Es sind Kopien von Originalen, die sich im Osterei-Museum im ukrainischen Kolomyia befinden. Gemeinsames Brauchtum und länderspezifische Unterschiede lassen sich durch die Gegenüberstellung mit den schlesischen Ostereiern aus der Sammlung der Ratinger gut vergleichen.

„Rund ums Ei“ kann im Oberschlesischen Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratungen, dienstags bis sonntags zwischen 11 und 17 Uhr besucht werden. Am Karfreitag, 25., und Ostersonnabend, 26. März, ist das Haus geschlossen, am Ostersonntag, 27., und Ostermontag, 28. März, hat es geöffnet. Die Ausstellung läuft noch bis Sonntag, 3. April. Erstmals werden in diesem Jahr Ostereier des Landesmuseums auch im Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden ausgestellt. Bis zum Sonnabend, 9. April, können sie dort von montags bis freitags zwischen 14 und 17 Uhr und sonnabends zwischen 10 und 14 besichtigt werden.

Engel über dem Ruhrpott

Engelskirchen macht seinem Namen alle Ehre – Themenroute führt zu Orten, an denen die geflügelten Wesen ihre Heimat haben

In Engelskirchen hat nicht nur Friedrich Engels, der Mitverfasser des „Kommunistischen Manifestes", als Inhaber einer Baumwollspinnerei früher seine Spuren hinterlassen. Heute sind es Engel (ohne „s"), die besonders in der Osterzeit viele Museumsbesucher in den Ort locken.

Eigentlich ist Engelskirchen ein kleiner, unbedeutender Ort im Oberbergischen Kreis. Für lange Zeit war der Standort des Rheinischen Industriemuseums die einzig erwähnenswerte Touristenattraktion. Im November 2015 ist ein weiteres Ausflugsziel hinzugekommen: Das erste Deutsche Engel-Museum – nomen est omen. Und verpflichtet dementsprechend.

Johann Fischer aus Kürten-Engeldorf hat laut Guinness Buch der Rekorde die größte und umfangreichste Engel-Sammlung der Welt zusammengetragen. Gehäkelte Engel gehören dazu, solche aus Stein, Holz und Porzellan; andere sind gemalt, gezeichnete gebastelt oder sonst wie hergestellt. Auch Schutzengel, die zu Werbezwecken missbraucht wurden, sind hier vertreten.

Warum Johann Fischer die Sammlung zusammengetragen hat? Er ist im Jahre 2012 verstorben, wird also nicht mehr Rede und Antwort stehen können. Fakt ist aber, dass er seine Sammlung 2009 nach Engelskirchen brachte und dort in einen 2010 gegründeten „Engelverein" einbrachte. Die vielen Exponate wurden in der Folgezeit von freiwilligen Helfern inventarisiert und ein Konzept für ein Museum erarbeitet. 2015 konnte dann die „Alte Schlosserei", die zu dem oben erwähnten Industriemuseum gehört, angemietet werden.

In seiner gegenwärtigen Form ist das Museum noch überschaubar. Rund anderthalb Stockwerke groß ist die Engelspräsentation. Sie beschränkt sich darauf, die besten himmlischen Stücke zu zeigen. Irgendeine Form von Museumspädagogik, zum Beispiel in Form von Hörstationen oder Filmen, gibt es noch nicht. Der kleine Museumsladen im Eingangsbereich bietet auch noch keinerlei Literatur zum Thema Engel. Aber wir dürfen – bei dem Thema – optimistisch sein.

Schutzengel gibt es aber nicht nur im Museum und im Bergischen Land. Der Regionalverband Ruhr mit Sitz in Essen bietet verschiedene Themenrouten an, die an die Geschichte der Region und insbesondere historisch interessante Gebäude aller Art erinnern. Die Themenroute 26 beschäftigt sich mit Sakralbauten. Dort wird man auch zum Thema „Schutzengel" fündig. Die katholische Pfarrkirche Hl. Schutzengel ist ein inzwischen denkmalgeschütztes Kirchengebäude im Essener Stadtteil Frillendorf.

Zunächst seien ein paar Worte zur Geschichte dieses interessanten Gebäudes erlaubt. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begann die Einwohnerzahl Frillendorfs stark zu wachsen, parallel dazu verlief die sehr rege Bautätigkeit. Die Zahl an Katholiken nahm dementsprechend zu. Also wuchs auch der Wunsch nach einer eigenständigen katholischen Kirche. Die Gründung eines Kirchbauvereins im Frühjahr 1902 war also naheliegend.

Aber erst am 6. Januar 1918 kam es zur Gründung eines eigenständigen Seelsorgebezirkes mit einer Notkirche im Saal der Gaststätte Bein in der Elisabethstraße, der zwei Jahre später, am 31. Oktober 1920, zur Pfarrei erhoben wurde. Im Rahmen der Neustrukturierung des Bistums wurde die Pfarrei dann am 31. März 2008 aufgehoben – die Kirche „Hl. Schutzengel" ist nun eine Filialkirche von St. Nikolaus.

Die ersten Jahre waren von sehr umfangreichen und wechselvollen Planungsarbeiten geprägt. Der Grundstein für das Gotteshaus konnte dann am 7. Oktober 1923 gelegt werden. Als Architekt konnte der damals schon bedeutende Baumeister Edmund Körner (1874–1940) gewonnen werden. Er hatte sich auch in Essen schon einen Namen gemacht mit dem Bau der großen Synagoge (Bauzeit 1911–1913), der Staatlichen Baugewerbeschule und der Börse (heute: Haus der Technik).

Die Schutzengelkirche ist der erste Kirchenneubau im damaligen Erzbistum Köln, der nicht im neugotischen oder neuromanischen Stil errichtet worden ist. „Unsere Kirche wird stilistisch heute gerne dem ‚Ziegelsteinexpressionismus' zugerechnet", stellt die Gemeinde das Gebäude vor. Nicht die übliche Hallenkirche liegt hier vor. Die Kirche hat einen kuppelartigen Aufbau, der in seinem Innern durchaus an die jüdische Synagoge erinnert.



Kommt ein Schutzengel geflogen ...: Schwebendes Wesen im Engel-Museum von Engelskirchen Bild: Nicki Brühl/Engel-Museum

„Als Weihnachten 1924 die erste heilige Messe in dieser Kirche gefeiert wurde, war noch nicht einmal der Rohbau ganz fertig: Die Seitenkapellen waren durch Sackleinen abgetrennt, der Kirchenvorraum war noch eingeschossig, die Sakristei fehlte", blickt die Gemeinde in die Geschichte ihrer Kirche zurück. Der weitere Auf- und Ausbau der Kirche ging aus Geldmangel nur sehr zögerlich vonstatten. Der Glockenturm wurde gar erst 1957/58 fertiggestellt.

Bergschäden haben der Kirche seit ihrer Fertigstellung einen bleibenden Stempel aufgedrückt: Von der äußersten rechten bis zur äußerstes linken Wand hat die ganze Kirche eine Schräglage von zirka 60 Zentimetern.

Von außen wirkt die Kirche trutzig, fest und stark, aber nicht sonderlich einladend. Was die heutige Innenausstattung und Konzeption der Architektur anbelangt, sei auf den Internetauftritt der Gemeinde verwiesen (www.st-nikolaus-essen.kirche-vor-ort.de). Dort wird in durchaus ansprechender Art und Weise darüber berichtet. „Kommt man zum Gottesdienst in die Kirche, fühlt man sich irgendwie geborgen und sicher", ist immer wieder von Gemeindemitgliedern zu hören.

Auf den ersten Blick wirkt die Kirche wie eine der Kirchen, die häufig im Ruhrgebiet anzutreffen sind. Wer sie sich anschauen möchte, wird jeden ersten Sonntag im Monat von 11 bis 13 Uhr Einlass finden – die Türen sind dann geöffnet. Ein wenig mehr Werbung sowohl seitens des Regionalverbandes wie auch der örtlichen Gemeinde für die Themenroute und ihre einzelnen Stationen wäre schon wünschenswert. Die einzelnen Kirchen sind interessant, erwähnens- und auch besuchenswert. *Andreas Rüdig*

Osterspaziergang in Schwerin

Schwerin lädt mit einem buntgemixten Programm und einer herausgeputzten Urlaubsregion auf das Osterfest ein. Für alle Natur- und Vogelfreunde dürfte die (Vogel-)Eier-Ausstellung im Natureum Ludwigslust vom 25. bis 28. März ein heißer Veranstaltungstipp sein.

Im Freilichtmuseum Groß Raden wird eine mittelalterliche Oster-Veranstaltung mit vielen Familienaktivitäten vom 25. bis 28. März unter dem Motto „Osterei, Metgebräu und mittelalterliche Lagerei" gefeiert. Auf die Besucher des Schweriner Zoos wartet am 27. und 28. März der Osterhase höchstpersönlich. Die Schlösser Schwerin und Ludwigslust laden am Osterwochenende zu Führungen ein. Im Schloss Ludwigslust kann zudem das frisch sanierte Prachtstück bestaunt werden: Der Ostflügel des Schlosses erstrahlt seit Anfang März in neuem Glanze und zeigt kostbare Schätze. Anschließend bieten sich die romantischen Parkanlagen für herrliche Osterspaziergange an. Weitere Infos unter: www.mecklenburg-schwerin.de/ostern *tws*



Bild: Buga Schwerin

Frühling am Schweriner Schloss

Charakterhuhn ist gefragt

Welches Osterei soll es bitte sein? – Am besten eines von Hühnern aus eigener Haltung

Am Anfang war erst das Ei – und dann das Osterei. Der Wunsch nach Eiern, von denen man weiß, dass sie aus tierfreundlicher Haltung stammen und von glücklichen Hühnern, steht bei vielen Menschen, die sich für Hühnerhaltung entscheiden nicht nur in der Osterzeit, weit vorne. Sobald die Hühner aber angeschafft sind und das neue Heim im (Stadt)garten bezogen haben, stellen Geflügelhalter – oft überrascht – fest: Im Huhn steckt weitaus mehr. Es hat Potenzial. Und Charakter. Potenzial zur Entschleunigung des gestressten Büromenschen und Charakter, so viel davon, dass das bunte Federvieh schlagartig mit weitaus mehr Respekt und Wertschätzung gesehen wird.

Regina Jäger, Expertin in Sachen Geflügelhaltung, gibt Seminare zur Geflügelhaltung und trifft regelmäßig Liebhaber der flatternden Zunft. Ihre Ratschläge sind Gold wert. Bei Haltung, Stallbau und vor allem der Auswahl der richtigen Rasse gibt es etliches zu beachten. Insgesamt sind derzeit im europäischen Rassegeflügelstandard etwa 180 Hühner-Rassen erfasst. Besonders beliebt sind Orpington und Wyandotten, die zu den alten Rassen gehören. „Es ist durchaus so, dass die Interessenten sich für seltene Rassen entscheiden, da sie der Meinung sind, auf diese Weise etwas Sinnvolles zu tun und die alte Rasse zu bewahren" weiß Regina Jäger.

Unterschiede gibt es nicht nur im Federkleid. Legeleistung und Brutverhalten sind von Rasse zu Rasse unterschiedlich ausgeprägt. Und: Marans zum Beispiel legen schokoladenbraune Eier, Araucanas türkisfarbene. Im Schnitt legt ein Huhn etwa bis zum Alter von zwei bis drei Jahren Eier. Die Lebenserwartung kann durchaus zehn Jahre betragen.



Kann noch lange auf Geschwister warten: Osterküken Bild: Colourbox

Neulinge in der Hühnerhaltung verköstigen ihre Hennen gerne mit Biokörnerfutter vom Landhandel. Dazu gibt es Salat, Möhrenschnipsel, Gurke – alles was die Küche gerade hergibt. Regina Jäger erinnert in ihren Kursen stets daran, dass Körner nicht ausreichen – das Huhn ist schließlich Allesfresser und benötigt Eiweiß. Maden, Insekten, Kellerasseln und Co. gehören also auch auf den Speiseplan.

Doch was macht das Huhn über seine Eier-Produktion hinaus so interessant? „Es ist so entspannend, sich einfach abends hinzusetzen und den Hühnern zuzuschauen" ist eine Antwort, die häufig gegeben wird, weiß die Hühner-Expertion Jäger aus Erfahrung: „Zum Runterkommen nach dem stressigen Berufstag ist das super schön."

Die größte Überraschung für neue Hühnerhalter sind jedoch die verschiedenen Persönlichkeiten des Federviehs. „Sie sind sehr unterschiedlich vom Charakter her. Das hätte ich vorher nicht gedacht von Hühnern", berichtet Gerlind Burmester, Teilnehmerin bei einem der Seminare: „Babsi konnte ich schnell auf den Arm nehmen, die ist viel mutiger als die anderen. Und jedes Huhn hat seinen speziellen Charakter." Vertrauen beweisen aber alle. Zum Beispiel dann, wenn die Bürokauffrau mit dem Spaten ins Gehege kommt. „Manchmal gehe ich rein und steche mal etwas tiefer. Dann sitzen die Hühner auf dem Spaten und lauern, weil sie wissen, dass mit jedem tiefen Stich Würmer frei gelegt werden. Dann graben wir gemeinsam das Gehege einmal um."

Stephanie Sieckmann

Gut zu wissen:

Vier Hennen und einen Hahn im Garten zu halten, ist gemäß der bundesweit geltenden Baunutzungsverordnung erlaubt, selbst in einem reinen Wohngebiet.

Kleingartenvereine müssen die Haltung von Hühnern ausdrücklich erlauben, nach dem Bundeskleingartengesetz ist dies grundsätzlich erst einmal verboten.

Jedes einzelne Huhn im eigenen Garten muss beim zuständigen Veterinäramt gemeldet werden. Außerdem muss die Haltung bei der Tierseuchenkasse (Tierseuchenfonds) gemeldet werden. Das verlangt das Tierseuchengesetz (§ 14). *St. S.*

Oster-Experiment im Filmpark

Am Ostersonntag werden die Gäste im Filmpark Babelsberg vom Osterhasen begrüßt. Kleine Besucher können sich auf ein Geschenk freuen, wenn sie das goldene Ei finden. Im Foyer der Caligari-Halle sind kleine Forscher ab vier Jahren in der Zeit von 11 bis 17 Uhr im Mobile Extavium zu spannenden Experimenten eingeladen. Gegen 15.30 Uhr öffnen sich die Tore der Caligari-Halle für die Tanzshow des Tanzhauses Potsdam: "The RokkaZ" mit dem 14-fachen „HipHop-Weltmeister der IDO" Sven Seeger zeigen Ausschnitte aus ihrem Showprogramm sowie Teile ihrer neuen Choreografien, die sie bei den Weltmeisterschaften in Florida im April präsentieren werden.

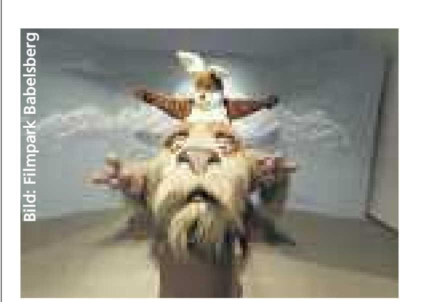
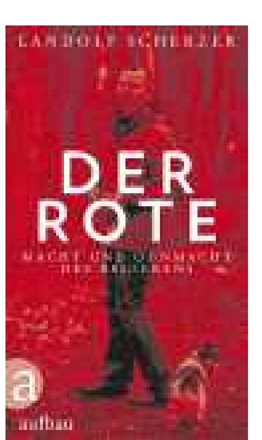


Bild: Filmpark Babelsberg

Osterhase im Filmpark

Im Anschluss findet die GZSZ-Autogrammstunde statt: Ulrike Frank, in der Serie bekannt als Kathrin Flemming-Gerner, wird Autogramme schreiben. Ostermontag sind tierische Stars zu Gast: Affe Jeany, Lämmchen Petit und Otterbaby Oskar sind zu Besuch in der Filmtiershow. www.filmpark-babelsberg.de *tws*



Erster linker Landesvater

Bodo Ramelow im Porträt

Mit der Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen wurde am 5. Dezember 2014 zum ersten Mal ein Politiker der Partei „Die Linke“ Regierungschef eines deutschen Bundeslandes. Damals war die Aufregung groß; manche sahen Kommunisten auf dem Weg zur Macht, fürchteten wirtschaftliches und soziales Chaos und warfen den Regierungspartnern SPD und Grünen Verrat an ihren eigenen Idealen vor.

Inzwischen hat sich die Aufregung gelegt. Bis jetzt zumindest ist Thüringen so gut wie gar nicht aufgefallen. Es mag an der Macht des Faktischen liegen, vielleicht auch am eisernen Willen der Regierung in Erfurt, auf keinen Fall unangenehm aufzufallen und alle Unkenrufe zu bestätigen.

Der 1941 in Dresden geborene Journalist und Schriftsteller Landolf Scherzer ist in Thüringen aufgewachsen und hat dort vor und nach der „Wende“ zahlreiche Bücher geschrieben. Sein größter Erfolg war 1988 das in Ost und West gleichermaßen vieldiskutierte Buch „Der Erste“, in dem er einen leitenden SED-Funktionär über Wochen begleitet und ungewohnt deutlich dessen Mühen im und mit dem sozialistischen Alltag beschrieben hatte. Zehn Jahre später hat er in „Der Zweite“ erneut einen Politiker in den turbulenten Wochen nach der Wende begleitet.

Jetzt hat er mit „Der Rote“ den linken Ministerpräsidenten Ramelow „einzufangen“ versucht. Ramelow ist eigentlich ein „Wessi“; 1990 kam er als Gewerkschafter nach Thüringen, wo er bald durch scharfe Politik und enormes Wissen auffiel. Ab 2001 saß er im Landtag, von 2005 bis 2009 war er Bundestagsabgeordneter, dann wieder in Thüringen, wo er schon 2009 beinahe Ministerpräsident geworden wäre. Die SPD hielt damals noch der CDU mit Christine Lieberknecht die Stange. Im Dezember schwenkte die SPD um, mit einer Stimme Mehrheit regiert Ramelow seitdem.

Scherzer und Ramelow kennen sich seit Jahren. Sie sind per „Du“, sodass eigentlich gute Voraussetzungen für ein genaues Porträt gegeben waren. Die hohen Erwartungen, die man zumal in Kenntnis der früheren Bücher Scherzers hat, erfüllen sich allerdings hier nur zum Teil. Man spürt, dass Ramelow sowohl allzu Privates als auch harte Ideologie vermeiden möchte. Ein paar zusammengetragene Zitate machen das nicht wett. Sich bloß keine Blöße geben, das war wohl seine Devise, schließlich ist er erst etwas über ein Jahr im Amt.

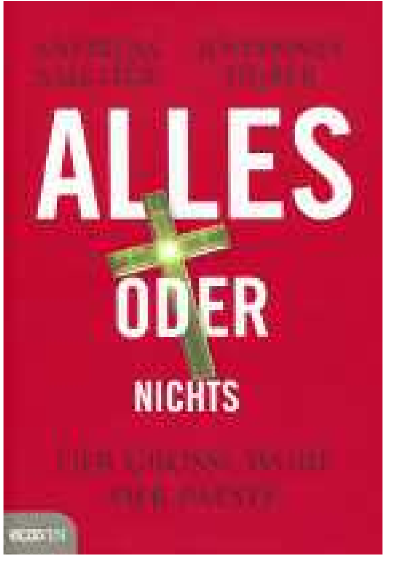
Die Brosamen fallen also etwas spärlich ab. Der Leser erfährt gleichwohl viel und durchaus Interessantes aus dem Alltag eines termingehetzten, von zahllosen Bittstellern bedrängten, immer um Koalitionsfrieden bemühten Politikers, dem seine Impulsivität und sein überragender Intellekt gleichermaßen nutzen und schaden.

Wenig Privates und Ideologisches sorgt für unscharfes Bild

Die Unschärfe bei Ramelow wird dann allerdings wettgemacht durch eine umso genauere Spiegelung des politischen Umfeldes. Scherzers oft gerühmte Reportagekunst zeigt sich hier in zahlreichen Gesprächen und Porträts von Fraktionsvorsitzenden, persönlichen Referenten, Vorzimmerdamen, Staatssekretären, auch der Amtsvorgängerin Lieberknecht, die ohne Ressentiments über ihren Nachfolger urteilt. Hier rückt Thüringen mit seinen politischen und sozialen Problemen (Arbeitslosigkeit, Stromtrassen, Flüchtlinge) plötzlich sehr nah.

Ein Register, zumal in einem so personenintensiven Buch, könnte dessen Lesewert erheblich erhöhen. Auch eine Biografie des von West nach Ost gependelten Politikers wäre hilfreich gewesen, nicht einmal das genaue Geburtsdatum (16. Dezember 1956) ist aufgeführt. Doch das unterhaltsam geschriebene Buch gefällt, und immer wieder hat man Spaß an Ramelows Schlagfertigkeit: „Heute regieren wir 75 Tage, und es gibt in Thüringen immer noch Bananen!“ *Dirk Klose*

***Landolf Scherzer: „Der Rote. Macht und Ohnmacht des Regierens“.** Aufbau Verlag, Berlin 2015, gebunden 364 Seiten, 19,95 Euro*



Heuchelei der Kirche

Autorenduo beleuchtet Fortschrittsfeindlichkeit der Katholiken

Ecclesio-fiction“ sollte man nennen, was das Autorengespann vorlegt: Andreas Salcher, geboren 1960, Sachbuchautor und Schulgründer für Hochbegabte, und Johannes Huber, geboren 1946, Arzt und Theologe, haben die absehbare Zukunft der katholischen Kirche bis 2035 weiter gedacht und fortgeschrieben. So entstand ein erstaunliches Buch – kundig im Inhalt, dramaturgisch im Aufbau, leserfreundlich im Stil. Am Buchende stellen sich die Autoren selber vor als treue „Kinder“ der katholischen Kirche, die aber keine ultramontanen Knierutscher seien, da sie „lieber von lebendigen Heiligen“ lernten, „als die toten anzubeten“.

„Katholizismus war nie demokratisch sondern monarchistisch“, befinden die Autoren, die sich im Einklang mit Papst Franziskus wissen, vor allem mit seinem legendären Diktum: „Gott ist nicht katholisch.“ Aber die Kirche ist katholisch und bedürfe dringender Reformen für ihre weltweit 1,2 Milliarden Mitglieder und 500 000 Priester unter einer „veränderungsabstinenten Kurie“, die Franziskus „hinhaltenden Widerstand“ leiste bei der „obersten Pflicht“, der „Wahrung der Einheit der Kirche“. Eine „franziskanische Wende“ habe er schon vollzogen, als er im März 2013 in der Antrittsrede auf den Titel „Stellvertreter Christi“ verzichtete.

Die Kirche leide unter drei althergebrachten Lasten, von deren Korrektur ihre Zukunft abhänge: Erstens die Ablehnung weiblicher Priester, ganz ausgeprägt bei jenen, „die die Jungfrau Maria am tiefsten verehren“. Das „Frauenproblem“ nehmen die Autoren nicht ernst, sie überlassen es Narren wie Bischof Schweri aus der Schweiz, der urteilt: „Frauen am Altar, das wäre wie eine heilige Messe mit Coca-Cola und Pizza statt Wein und Brot“. Gibt es diesen Bischof wirklich? Kaum glaubhaft!

Roms zweite Last sei die notorische Abneigung gegen naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Die habe sie schon deutlich gelockert, aber die Nagelprobe komme erst, wenn Menschen binnen acht Monaten zum Mars reisten, ihr Lebensalter verdoppelten, künstliche Intelligenz erzeugten und anderes, was nicht nur die Kirche mit Sorge erfülle. Die dritte Last sei der Zölibat, der die Kirche seit den 1960er Jahren 100 000 Priester gekostet habe.

Die Autoren behandeln es gelassen, davon überzeugt, dass dieses „existenzgefährdende Problem der Kirche“ bald unhaltbar werde, als Synonym für „Heuchelei, Doppelmoral und Denunziation“.

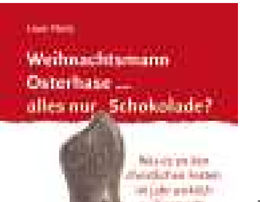
Wahlmöglichkeit statt Zölibat in Sicht?

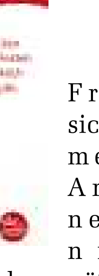
In Südamerika lebten Priester offen mit Frau und Kindern, in Afrika greife die Polygamie unter Priestern um sich, in Europa sei man unsicher: Am 16. Februar sendete Arte einen Bericht über die Philosophin Anna Tymieniecka, die Vertraute (oder mehr) von Papst Johannes Paul II. In dem Bericht hieß es, dass nicht leibliche Enthaltsamkeit, sondern ständige Einsamkeit die eigentliche Bürde am Zölibat sei. Der werde fallen, sobald Papst Franziskus die „Einführung der Wahlmöglichkeit beim Zölibat“ verfüge, als erste radikale Reform.

Weiteres liege im Zukunftsdunkel, das die Autoren phantasievoll ausleuchten:. Am 31. Januar 2019 tritt Franziskus zurück, sein Nachfolger als Franziskus II. wird Thomas Gleeson aus den USA, der am 7. Januar 2029 zurücktitt, geplagt von Krankheit und Finanzsorgen der Kirche. Nach ihm amtiert ein Inder als Johannes XXIV., der bis 2032 die Kirche innerlich weiter reformiert, sie mit dem Islam versöhnt und sie aus der „Falle der Fortschrittsfeindlichkeit“ gegenüber Naturwissen erlöst. Besiegelt wird alles vom Dritten Vatikanischen Konzil 2032 bis 2035.

Weiter muss die Phantasie der Verfasser nicht reichen. Sie schockiert ein eskalierendes Rätsel: „Der Jakobsweg verkündet jedes Jahr neue Besucherrekorde. Gleichzeitig explodieren die Kirchenaustritte.“ Die mögliche Erklärung liege in der Formel des britischen Philosophen Whitehead: „Die Moderne hat Gott verloren und sucht ihn.“ *Wolf Oschlies*

***Andreas Salcher, Johannes Huber: „Alles oder nichts. Der große Wurf der Päpste“.** Ecowin Verlag, Wals bei Salzburg 2015, gebunden, 256 Seiten, 21,95 Euro*





Nicht nur zur Osterzeit

Kalenderbuch erklärt vergessenes Wissen rund um das Kirchenjahr

Freuen sich die meisten Arbeitnehmer nicht hauptsächlich an den zusätzlichen freien Tagen zu den christlichen Festen des Jahres? Und da behaupten die Autoren des Buches „Weihnachtsmann Osterhase ... alles nur Schokolade“ aus der Edition Evangelisches Gemeindeblatt, dass genau diese Feste, wie Ostern, Himmelfahrt, Weihnachten oder Pfingsten zu wahren Lebensschätzen würden, wenn man wisse, worum es dabei ginge.

Der evangelische Theologe Uwe Metz und der Hochschullehrer Manfred Becker-Huberti haben sich zusammen mit der Illustratorin Constanze Guhr aufgemacht, den Menschen das Kirchenjahr näherzubringen. Und das beginnt, was viele nicht wissen, im November. „Das Kirchenjahr ist nicht nach den kalendarischen Regelmäßigkeiten wie Sommer- oder Wintersonnenwende geordnet, sondern richtet sich an den großen Ereignissen aus, die den Glauben begründeten“, schreibt Metz im Vorwort. So beginne es am 1. Advent und ginge weiter über Weihnachten, Passion und Ostern, Jesu Leiden und Auferstehung, Pfingsten, das Kommen des Heiligen Geistes. Während das kalendarische Jahr die Tage zähle, spiegele das Kirchenjahr eine Geschichte wider. Es folge keinen Terminen, sondern einem Drama. Wobei jeder Akt des Dramas von einer anderen liturgischen Farbe begleitet werde. Wer sich in eine Kirche begebe, könne allein an der Farbe des Altartuches sehen, wo wir uns im Kirchenjahr befinden.

Schon jetzt hat man als Leser mehr erfahren, als man sich beim Betrachten des kleinen Büchleins vorstellen konnte. Allein die Einleitung ist vollgepackt mit Wissen und führt den Leser in eine für viele unbekannte oder vergessene Welt unserer Kultur, um unseren christlichen Hintergrund wesentlich besser verstehen zu können. Autor Metz hat seinen Erklärungen der Kirchenfeiertage jeweils eine Geschichte mit dem kleinen Paul vorangestellt, der sich in Kind-typischer Art und Weise Detailfragen zu den Festlichkeiten stellt. Weil Kinder mit der großartigen Gabe gesegnet seien, sich auf ihre Art einen Reim auf die Welt zu machen, meint der Autor. Daran schließen sich ausführliche, sehr interessante Erläuterungen des historischen Ursprungs der Kirchenfeste an. Mit einem Sternchen gekennzeichnete Begriffe finden eine Definition im Glossar am Ende des Buches. Erläuterungen zu katholischen Feiertagen erfolgen durch Brauchtumsforscher Manfred Becker-Huberti.

Im Anhang findet sich ein spannender Exkurs zu den Vornamen der Sonntage, ihre Bedeutung und jeweils ein biblischer Vers. Dass übrigens Viktor Hugos Held „Quasimodo“ diesen Namen trägt, liegt an dem Umstand, dass der Junge im Roman von seinem Adoptivvater am Sonntag „Quasimodo Geniti – lateinisch: Wie die neugeborenen Kinder“ auf den Treppen von Notre Dame gefunden wurde. Warum man Sonntage überhaupt mit Namen versah und dass viele Kirchenfeste heidnische Wurzeln haben, erfährt man hier ganz nebenbei.

Ein sehr unterhaltsames, interessantes Buch mit vielen wissenswerten Informationen. Nicht nur für die, die sich am sogenannten Vatertag lieber an Christi Himmelfahrt erinnern. *Silvia Friedrich*

***Uwe Metz: „Weihnachtsmann Osterhase ... alles nur Schokolade“,** Edition Evangelisches Gemeindeblatt, broschiert, 144 Seiten, 14,95 Euro*



Eine Reise in die Goethezeit

Bruno Preisendörfer lädt ein zu einem Einblick in die Vergangenheit – Eine unterhaltsame Kultur- und Sittengeschichte

Die schriftlichen Überlieferungen aus dem deutschen Sprachgebiet um die Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert sind eine Fundgrube für jeden Nachgeborenen, der etwas über frühere Lebensformen erfahren will. Die Dichter waren damals fleißige Briefsteller und alle anderen Briefschreiber befleißigen sich des Stiles, den die Dichter geprägt hatten. Da die auskunftsfreudige Epoche ziemlich genau zusammenfällt mit den Lebensdaten ihres berühmtesten Vertreters, ist der Begriff der Goethezeit dafür berechtigter als jede andere Bezeichnung.

Behutsam und selbstkritisch begibt sich Bruno Preisendörfer mit seinem Buch „Als Deutschland noch nicht Deutschland war“ auf die Reise dorthin. Über dem Eingang der Chaussee, die in die Vergangenheit führt, setzt er eine Bemerkung, die Faust gegenüber seinem beflissenen Famulus Wagner macht: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grunde nur der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“

Dieses Vorbehaltes eingedenk, gelingt dem Autor eine unterhaltsam nacherzählte Kultur- und Sittengeschichte. Die Auflistung und Kommentierung der Waschzettel, Lohnlisten und Haushaltsbücher lässt kulturhistorische Abhandlungen oft reichlich besserwisserisch wirken. Es kommt dabei alles auf die Einordnung an. Die überlässt Preisendörfer den Genossen jener Zeiten selbst, indem er ihnen so oft wie möglich das wohlgesetzte Wort erteilt. Er vertraut gleichermaßen auf die Darstellungskraft der Quellen wie auf die Auffassungsgabe seiner Leser.

Mit der Auswahl seiner Texte versagt sich der Autor die ebenso beliebte wie leichtfertige Unart, ein Schreckbild vergangener Unbequemlichkeiten auszumalen, damit sich der Lesern von dem woh-ligen Gefühl umfangen fühlt, dank elektrischem Licht, Zentralheizung und fließendem Wasser in der besten aller möglichen Welten zu leben. Preisendörfer ist auf Ausgleich bedacht. Er zeigt nicht nur die Schwierigkeiten des Alltags, sondern auch großartige Abhilfen, die gefunden wurden: Wenn sich etwa das Wasser nicht durch die Leitung in die Wohnung pressen lässt und in gemauerter Bahn ein natürlicher Bach durch die Küche geleitet wird, wie weiland bei Familie Boie. In zehn Abschnitten werden die Aspekte geordnet in Stadt und Land, Ernährung, Kleidung und Mode, die Anziehung zwischen den Geschlechtern, Krankheit und Tod. Zwar gilt der Mann als Herrscher, aber nur wie in der konstitutionellen Monarchie. Der Ausschlag zum Handeln kommt oft genug durch das Ministerium der Frau.

Großes Leid brachte das Reisen mit sich. Die ungewöhnlich misslische Lage vornehmer Passagiere wurden von Postangestellten reiflich ausgebeutet. Die niedrig Gestellten nutzten jede Gelegenheit zur Bereicherung. Darum rät Goethes Musikerbrieffreund Zelter, die Weinflaschen im Reisegepäck mit irreführenden Etiketten für Mundräuber unattraktiv zu machen.

Ausführliche Nachweise der Quellen der Zitate schließen sich an. Die Liste der verwendeten Literatur kann zugleich als Empfehlung zur Lektüre aufgefasst werden. Die behäbigen Weltverbesserer Campe, Bertuch, Nicolai sind ebenso vertreten wie die genialischen Brentano und Jean Paul sowie die immer noch geheimen Empfehlungen unter den Schreibern jener Epoche: Pfeffel, Thümmel, Hippel und Wezel. Die Auswahl zeugt vom eigenen Lesegenuss des Autoren, denn ein solches Spektrum bewältigt sich nicht in dürrer Pflichtschuldigkeit. Die einfachen Fragen werden auf mehreren Seiten unter dem Titel „Die Goethezeit in Zahlen“ beantwortet. Neben Maßeinheiten und Einkommensverhältnissen erfahren wir, dass von den 6130 Einwohnern, die Weimar 1789 hatte, nur ein paar Hundert wahlberechtigt waren.

Aber das Buch wird nie dürr und tabellarisch. Auch in diesem Teil über so profane Dinge wie Lebensmittelpreise und Steuern wird immer noch in ganzen Sätzen berichtet. Der gute Stil der Zeit hat auf den Kompilator abgefärbt. Dem gleichermaßen belehrenden wie unterhaltsamen Buch hat der Verlag eine ansprechende Ausstattung zuteil werden lassen. *S. Hennig*

***Bruno Preisendörfer: „Als Deutschland noch nicht Deutschland war. Eine Reise in die Goethezeit“,** Galiani Berlin 2015, gebunden, 528 Seiten, 24,99 Euro*



Siegfried Lenz
Der Überläufer
Es ist der letzte Kriegssommer, die Nachrichten von der Ostfront sind schlecht. Der junge Soldat Walter Proska aus dem masurischen Lyck wird einer kleinen Einheit zugeteilt, die eine Zuglinie sichern soll und sich in einer Waldfestung verschanzt hat. Bei sengender Hitze und zermürbt durch stetige Angriffe von Partisanen, aufgegeben von den eigenen Truppen, werden die Befehle des kommandierenden Unteroffiziers zunehmend menschenverachtend und sinnlos. 7 CDs Laufzeit: 520 Min.
Nr. P A0993 7 CDs 24,99 €



Johann von Bülow
Loriot – Der ganz offene Brief
In den Jahren 1957–1961 erschien in der Zeitschrift QUICK die Kolumne „Der ganz offene Brief". Der Verfasser: ein gewisser Loriot. In Text und Bild zeichnete der junge Autor ein Sittengemälde der jungen Bundesrepublik zwischen Wirtschaftswunder, Verordnungsdschungel und Moralinsäure. Von Hosenkauf und Geschlechterkampf und Fragen der Innen- wie der Außenpolitik bis hin zum deutsch-deutschen Verhältnis und dem von Herr und Hund. Hörbuch mit 2 CDs Laufzeit: 92 Minuten
Nr. P A0996 2 CDs 19,99 €



Irene Dische
Großmama packt aus
In einer rasant erzählten, ebenso komischen wie furchtlosen Familiensaga verleiht Irene Dische ihrer Großmutter eine ganz eigene Stimme. Die gute Katholikin Elisabeth Rother kennt kein Tabu, ganz egal, ob es sich um ihr Ehebett, um die Juden, um den lieben Gott oder um die Gestapo handelt. Allerdings gibt es keine Katastrophe, nicht einmal die Flucht nach Amerika oder der Zweite Weltkrieg, die sie so sehr beschäftigt wie ihr weitverzweigter Clan. Hörbuch mit 8 CDs. Laufzeit: 606 Minuten
Nr. P A0994 8 CDs 19,99 €



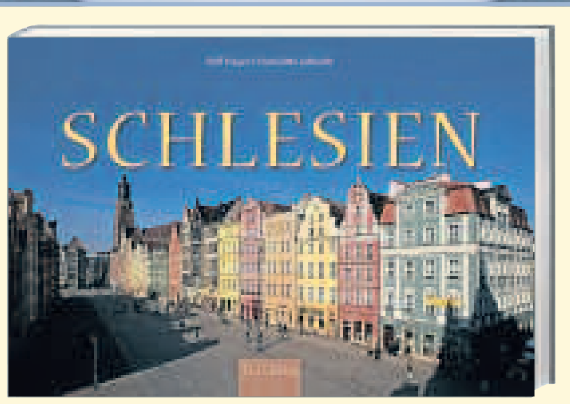
Joachim Castan
Der Rote Baron
Die ganze Geschichte des Manfred von Richthofen
Man glaubt den „Roten Baron" zu kennen, wenn man dessen Autobiografie gelesen und Kinospielfilme über ihn gesehen hat. Doch was steckt tatsächlich hinter der strahlenden Fassade des schon zu Lebzeiten umjubelten Kriegshelden. In seinem spannend erzählten Buch zeigt der Autor, was sich hinter der Legende Richthofen verbirgt und wie der Mythos bis heute nachwirkt. Aufgrund bisher unbekannter Quellen aus dem Familienbesitz entsteht ein Panorama, das neben dem Helden auch den Menschen zeigt. Eingebettet ist Richthofens Lebensgeschichte in den Horizont der Strategien des Ersten Weltkriegs. 360 Seiten
Nr. P A0985 Taschenbuch 12,95 €

Kettenanhänger mit Sonne aus Bernstein mit Lederhalsband
Lederband
ca. 45 cm Länge
Nr. P A0902 39,90 €

Bernsteinkette mit Barockkugeln
Die Bernsteinkugeln haben einen Durchmesser von ca. 8 mm.
Kettenlänge: 42 cm
Nr. P A1008 89,90 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Die Schönheit alter Bauerndörfer
Es ist gut, dass es das noch gibt
Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der bäuerlichen Kultur und Tradition. 123 Abbildungen. 120 Seiten
Nr. P 575274 Gebunden 7,95 €



Ralf Freyer (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Schlesien – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe)
283 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Schlesien in heutiger Zeit
Nr. P 542018 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Ein „zehnfach interessantes Land" nannte schon Johann Wolfgang von Goethe Schlesien – und in der Tat gibt es viel zu entdecken: Die Metropole Breslau lockt mit Kunst- und Kulturgütern, die beiden Friedenskirchen in Jauer und Schweidnitz stehen auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes, unzählige Burgen und Schlösser, Kirchen und Klöster erzählen von der bedeutenden Geschichte der Region, Ruhe und Erholung findet man in Kurorten mit langer Tradition, landschaftlich faszinieren das sagenumwobene Riesengebirge, aber auch das Glatzer Bergland oder die Schlesischen Beskiden. Über 280 großformatige Farbfotografien zeigen alle Facetten dieser beeindruckenden Region.



Wolfgang Korall (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Ostpreußen – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe)
239 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Ostpreußen in heutiger Zeit
Nr. P 542016 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder, kristallenen Seen und der weiten Küsten ist wieder zu einem erreichbaren Reiseziel geworden. Ostpreußen – einst die Wiege des ostpreußischen Staates – lockt nicht nur mit faszinierenden Landschaften, hier finden sich eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Orden. Zahlreiche großformatige Fotografien zeigen die geheimnisvolle Schönheit der Masurischen Seen, die Kurische und die Frische Nehrung mit ihren Dünen und den alten Badeorten, die alte Hauptstadt Königsberg und viele Sehenswürdigkeiten, die Ostpreußen früher und heute so reizvoll macht.



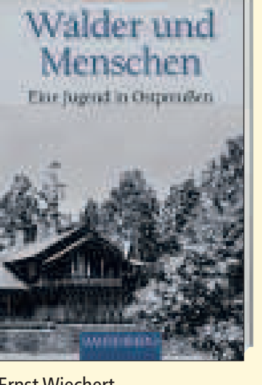
Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Wie das Wetter wird
Bauernregeln für Heute neu entdeckt
Wolf-Dietmar und Ursula Unterwegers Sammlung alter Bauernregeln sind einzigartig schöne Bilder vom Leben auf dem Lande beigegeben, die Ausdruck eines alt-neuen Naturverständnisses sind. 33 Abb. 96 S.
Nr. P 575273 Gebunden 7,95 €



Christine von Brühl
Anmut im märkischen Sand
Die Frauen der Hohenzollern
Wie kam die Anmut in die Mark? Kaum eine Dynastie hat die Geschicke Preußens so geprägt wie die Familie der Hohenzollern. Unter ihrer Ägide wurde aus dem kargen Landstrich ein prosperierendes Königreich, mit enormer militärischer Schlagkraft einerseits und Toleranz, Bürgernähe, Förderung der Wissenschaft und Künste andererseits. Was an Preußen heute beeindruckt, ist vor allem das kulturelle Erbe, das das Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte: herrliche Schloss- und Parkanlagen, Theater, Museen oder Universitäten. Christine von Brühl schildert den Einfluss gerade der Frauen der Hohenzollern, die als Zugereiste und Eingeheiratete die Impulse und Ideen mitbrachten, die für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes erforderlich waren. 464 Seiten
Nr. P A0889 Gebunden 22,95 €

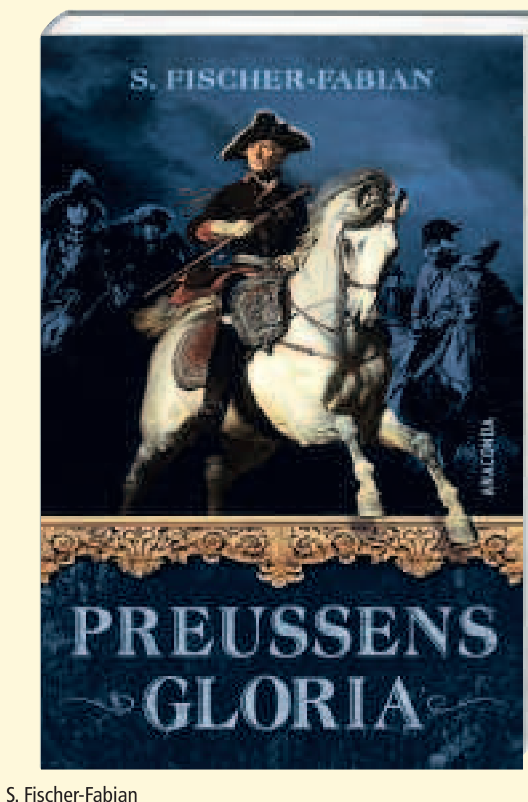


Andrew Dalby und Sally Grainger
Küchengeheimnisse der Antike
Kulinarische Entdeckungen und Rezepte
Kochbuch und Kulturgeschichte in einem ist dieser reich illustrierte Band. Er führt – in einem Zeitraum zwischen 750 v. Chr. und 450 n. Chr. – durch den griechischen und römischen Mittelmeerraum. Neben Texten von Dichtern und Philosophen bietet das Buch Rezepte, die mit dem heutigen Warenangebot nachgekocht werden können. 144 Seiten.
Nr. P 575204 Gebunden 9,95 €



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



S. Fischer-Fabian
Preußens Gloria
Preußen das machtvolle Königreich von einst überdauert in seinen Tugenden, die das Bild und das Selbstverständnis der Deutschen bis heute prägen: Ordnung, Fleiß, Tapferkeit, Pflichttreue und Disziplin. S. Fischer-Fabian erzählt die beeindruckende Geschichte dieses Staates einem Drama gleich in drei Epochen. Der Leser durchschreitet den Aufstieg Preußens von 1701 bis zum Tod Friedrichs II. im Jahre 1786. Eine Zeit, die von drei Generationen geprägt wurde, deren Wirkung bis heute nachhallt. Dieser Band wartet neben der lebendigen Darstellung, die nah an den Menschen erzählt, noch mit einer Stamm- und einer Zeittafel, einem Register sowie mit zahlreichen Karten auf. 416 Seiten
Nr. P A0989 Gebunden 7,95 €

Carl von Clausewitz
Vom Kriege
Der Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" – als Carl von Clausewitz an seiner monumentalen Abhandlung „Vom Kriege" (1832–1834) arbeitete, konnte er nicht ahnen, dass dieser Satz einmal zum geflügelten Wort werden würde. Doch wer wie sein Autor gute Gründe hat, den Krieg als ein Instrument zu begreifen, das in der Hauptsache politischen Zwecken dient, kommt nicht umhin, seine Folgerichtigkeit nüchtern anzuerkennen. Die vorliegende Auswahlausgabe konzentriert sich auf die zentralen Kapitel dieses philosophischen Klassikers über das Wesen des Krieges. 368 Seiten
Nr. P A0988 Gebunden 6,95 €



Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
320 Seiten
Nr. P 533144 14,95 €

In Begleitung von Alexander-Pascal Graf von Bellenhaus hat Christian Graf von Krockow Ostpreußen zu den verschiedenen Jahreszeiten besucht und Vergangenes hinter Gegenwärtigem aufgespürt.
In seinem persönlichen Erzählen wird die Schönheiten der Landschaft, werden Menschen, Städte und Dörfer greifbar.
Er berichtet von der Geschichte des Landes und beschreibt die beinahe versunkene Welt Ostpreußens.
Der eindrucksvolle Text lädt ein zum Wiedersehen und Kennenlernen dieses herrlichen Landstrichs. Das Buch enthält ca. 30 S/W-Abbildungen, ist gebunden und hat einen Schutzumschlag.

Christian Graf von Krockow
Reise nach Pommern
Bericht aus einem verschwiegenen Land 278 Seiten
Nr. P 533146 Geb. 14,95 €

Im Sommer 1984 reiste der Autor in seine Heimat Pommern, in der jahrhundertelang Generationen seiner Vorfahren lebten. In dem persönlichen Bericht werden die Geschichte, die Natur und die Menschen dieses Landstrichs greifbar. Die erzählerische Reise in die Vergangenheit zeigt uns, wie die Welt dort einmal war. Das Gutshaus der Grafen von Krockow, Städte und Dörfer, knorrige, liebenswerte und kauzige Gestalten erstehen in der Phantasie des Lesers. Neben der vielfältigen Erinnerungen ist der Text auch ein Betrag zur Aussöhnung von Deutschen und Polen, ein Zeugnis der Geschichte, das bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat. 35 S/W-Abbildungen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Zwei Drittel der Christen geflohen

Damaskus – Zwei Drittel der syrischen Christen haben ihr Land seit Beginn des Bürgerkriegs 2012 verlassen. Ihre Zahl sank von 1,5 Millionen auf rund 500000. Syrien war bis zum Einfall der Muslime im 7. Jahrhundert weit überwiegend christlich. Das Land beherbergt einige der ältesten Kirchen und Klöster der Welt. Der katholische Bischof von Aleppo, Antoine Audo, mahnt, keiner könne sich vorstellen, welchen Gefahren die Christen jeden Tag ausgesetzt seien. *H.H.*

Rekord bei Einwanderung

Wiesbaden – Im vergangenen Jahr sind zwei Millionen Ausländer nach Deutschland eingewandert. Die meisten waren Asylsucher von außerhalb der EU. Dies teilt das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Gleichzeitig haben 860000 Ausländer das Bundesgebiet wieder verlassen. Das sei die höchste Netto-Zuwanderung von Ausländern in der Geschichte der Bundesrepublik, so das Amt. *H.H.*

ZUR PERSON

Rechtsruck einer Linken?

Weil sie nach dem Wahldebakel ihrer Partei „Die Linke“ Verständnis für AfD-Wähler zeigte und sie nicht alle „in die rassistische Ecke“ stellen wollte, unken Medien über einen „Rechtsruck“ der Parteivorsitzenden **Sahra Wagenknecht**. Aus dem Munde einer geschulten Marxistin klingen solche Worte ungewöhnlich, doch ist Wagenknecht nicht nur eine brillante Rednerin, sondern auch eine charismatische Politikerin, die komplexe Zusammenhänge begreift. Als Anhängerin der marxistischen These, dass die vorhandenen Güter neu verteilt werden müssten, ist ihr auch klar, dass die Asylkrise ihre Partei wie die gesamte deutsche Politik vor große Lösungsaufgaben stellt.

„Die Linke“ hat ihren Rückhalt im Arbeitermilieu, das heißt, ohne eine Begrenzung der Asylantenzahlen werden gerade die Linken-Wähler von Billiglohn-Konkurrenten vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Das meint Wagenknecht wohl, wenn sie von „Kapazitätsgrenzen und Grenzen der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung“ spricht. „Es können nicht alle Flüchtlinge nach Deutschland kommen“, so ihr Fazit. Wagenknecht zog bereits nach den Silvesterereignissen von Köln den Unmut ihrer Parteigenossen auf sich als sie sagte: „Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt.“



Mit solchen Postulaten stellt sie sich gegen Parteichefin Katja Kipping, die eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen ablehnt. Kritik fuhr sie auch seitens der Genossen der Mitte wie Jan van Aken ein.

Für das Erstarken rechter Bewegungen in Deutschland macht Wagenknecht selbst Angela Merkel verantwortlich, deren „unkoordinierte, konzeptionslose Politik“ für den „schlimmsten Rechtsruck in Deutschland nach 1945“ verantwortlich sei. *M. Rosenthal-Kappi*



Krisen-Gipfel

Nahezu alle

Warum wir Gauck bis 2022 haben werden, wie der Daimler-Konzern fand, was er suchte, und wie wir die Brüsseler Bombe nachbauen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Kür des nächsten Bundespräsidenten ist noch rund ein Jahr hin, dennoch flehen die Vertreter der ganz großen Koalition den Amtsinhaber Joachim Gauck bereits an, noch einmal anzutreten. Den hätten wir dann also bis 2022.

Der Staatsfunk ließ die Vertreter der wichtigsten politischen Gruppen im Land ihre Bitte vorbringen: einen von der CDU, einen Sozialdemokraten, einen Grünen und Aiman Mazyek, den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime. Man achte auf die Auswahl. Einen Repräsentanten der Kirchen hat man gar nicht erst gefragt. Deren Führer haben sich selber überflüssig gemacht.

Gauck verkörpert den neuen Geist der Mächtigen wie kaum ein anderer. Früher hieß es, in einer freiheitlichen Demokratie streiten die verschiedenen Lager fair und mit offenem Visier, und jeder darf seine Meinung hinausrufen ohne dass er dafür ausgestoßen wird, wie das in Diktaturen üblich ist.

Das haben wir hinter uns. Gauck hat das Land mit dem Schwerthieb der höheren Moral in eine „dunkle“ und eine „helle“ Seite gespalten. Seitdem wird nicht mehr gestritten, sondern aussortiert.

Zu den Dunklen will natürlich niemand gehören, nicht einmal die Wirtschaftsbosse. Deshalb kämpfen sie ganz besonders eifrig an der Willkommens-Front gegen die dunkle Macht der Zweifler. Vor ein paar Wochen haben sie die Initiative „Wir zusammen“ gegründet, wo sie ihre sagenhaften Anstrengungen bei der Integration der Asylbewerber koordinieren – das heißt: vor allem koordiniert und öffentlichkeitswirksam feiern.

Schon im Oktober hatte Daimler-Chef Dieter Zetsche geschwärmt, der Asylstrom könne „die Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder“ legen: „Genau solche Menschen suchen wir bei Mercedes.“

Das ist, wie gesagt, nur ein halbes Jahr her, doch schon kann der Konzern beeindruckende Erfolge melden. Daimler hat 40 Praktikanten mit Asylhintergrund eingestellt. In Prozent ausgedrückt ist das bei insgesamt mehr als einer Viertelmillion Daimler-Beschäftigten ein Anteil an der Belegschaft von satten null Komma null, null, null ... null – ach, soll das doch ausrechnen, wer will. Das Beste: „Nahezu alle 40 Teilnehmer des ersten Programms erhielten Angebote von Zeitarbeitsfirmen für eine Weiterbeschäftigung in der Industrie, im Handwerk oder einen Ausbildungsplatz bei Daimler“, so der Konzern auf der Netzseite von „Wir zusammen“.

Bei Daimler selbst durfte demnach kein einziger bleiben. Ganz so dringend „gesucht“ waren sie also doch nicht. Die Erfolgreichen unter den 40 lernen ab diesem Frühling stattdessen ein neues deutsches Wort: „Prekäres Beschäftigungsverhältnis“.

> Die jungen Asylanten werden der ideale Nährboden für das, was in Belgien gerade explodiert ist

Opel ist auch bei „Wir zusammen“, was einen nicht wundern sollte. Wo in den vergangenen Jahren so viele Tausend angestammte Beschäftigte an die frische Luft gesetzt wurden, muss es ja jede Menge freie Stellen für Asylanten geben.

Spüren Sie ihn auch, den rauschenden Wind des „neuen Wirtschaftswunders“? Gut, an manchen derer, die „wir suchen“, wird die frische Brise wohl vorüberziehen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) schätzt die Aussichten so ein: „Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent der bleibeberechtigten Flüchtlinge eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent“, so BA-Vorstand Detlef Scheele.

Der traut sich aber was! „Wenn es gut läuft ... vielleicht“ – das nennen wir eine klare Ansage. Aus der Praxis hört man allerdings, dass die Voraussage „nach fünf Jahren die Hälfte“ eher einem Tagesbefehl aus Wolkenkuckucksheim ähnelt als einer realistischen Prognose. Bei einem Modellversuch in Bayern haben zwei Drittel der Syrer, Afghanen und Iraker, die dort vor zwei Jahren eine Lehre begonnen haben, die Sache vorzeitig hingeschmissen. Sie wollten lieber gleich Geld verdienen, als sich durch Lehre, Berufsschule und Deutschkurse zu quälen. Bei der großen Mehrheit der Asylanten handelt es sich laut Ifo-Institut ja ohnehin um Analphabeten. Wirtschaftswunder? Mit solch erlesenem Arbeitskräftepotenzial hätte die Bundesrepublik nicht einmal das Wohlstandsniveau von Algerien erreicht.

Interessant ist auch, dass selbst der von Berufs wegen optimistische Herr Scheele davon ausgeht, dass 30 Prozent der Asylanten nie und nimmer auch nur irgendeine Beschäftigung finden werden. Wie gesagt, das ist die optimistische Variante. Nach den ersten Praxiserfahrungen dürfte es sich in Wahrheit um deutlich mehr als die Hälfte handeln.

Und was machen wir jetzt? Schließlich geht es doch darum, die Menschen zu integrieren, um „das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern“, wie die Bundeskanzlerin immer wieder sagt, womit sie zugibt, dass sie noch nie in Berlin-Kreuzberg, Hamburg-Wilhelmsburg oder Duisburg-Marxloh oder einer ähnlichen Perle deutscher (?) Stadtkultur gewesen ist. Wie nämlich will man denn das „Entstehen“ von etwas verhindern, das schon lange, lange da ist?

Gut, aber wie verhindern wir wenigstens, dass sich die „Spaltung der Gesellschaft“ noch weiter vertieft? Dafür hat man längst eine Lösung gefunden, ohne dass es die meisten von uns gemerkt haben. Das Rezept lautet: Wenn die Neuankömmlinge nicht auf das Bildungsniveau der Deutschen aufsteigen können, müssen wir die Deutschen eben auf das Niveau der „Willkommenen“ runterdrücken.

Das nordrhein-westfälische Kultusministerium hat einen landesweiten Test durchgeführt, um den Leistungsstand der achten Klassen im Fach Mathematik zu ermitteln. Die „Wirtschaftswoche“ hat die Fragen veröffentlicht, die staunen lassen: Neben simpelsten Rechenaufgaben müssen die Schüler Striche zählen, Zahlen bloß ablesen und so weiter. Das Niveau ist zum Lachen erbärmlich. Da müsste auch ein Analphabet mit ein wenig Basar-Erfahrung mitkommen. Vorausgesetzt, es finden sich genügend Hilfswillige, die ihm die Fragen vorlesen und übersetzen. Aber dafür hocken die „Integrations-Scouts“ von „Wir zusammen“ gewiss schon in den Startlöchern.

Ob die jungen Asylanten mit der verkümmerten Schulbildung jemals eine Ausbildung und später eine Anstellung erlangen, ist mehr als fraglich. Der Großteil wird auf ewig in Lagern und Ghettos verkümmern. Dort werden sie gierig die Stichwörter der deutschen Antirassismus-Kämpfer aufsaugen. Die werden ihnen nämlich beibringen, dass ihre miese Lage ausschließlich das Ergebnis der rassistischen Diskriminierung durch die Deutschen ist. Und nicht etwa die Folge ihrer eigenen Trägheit oder ihrer Geringschätzung von Bildung und Ausbildung.

Diese Ansagen der Deutschland verachtenden „Antirassisten“ bilden bei den jungen Orientalen den idealen Dünger für wachsende Wut auf die „deutsche Mehrheitsgesellschaft“, aus der bald Hass wird und schließlich – wenn auch die örtliche Islamistenzelle ihre Arbeit getan hat – religiöser Fanatismus.

So entsteht auch in Deutschland bald ein großer Pool möglicher Attentäter, wie ihn Frankreich, Großbritannien und Belgien schon lange vorweisen können. Mit dem Massenimport junger, aussichtsloser Analphabeten basteln die Merkelianer gerade die gleiche soziale Bombe für Deutschland, die am Dienstag in Brüssel Dutzende in den Tod gerissen hat.

„Wir sind genau auf dem Weg, den ich mir für Deutschland wünsche.“ Diesen Satz, den die Kanzlerin vergangenen Herbst hinsichtlich des Asylzustroms hervorbrachte, lange bevor die „Balkan-Route“ von unseren südöstlichen Nachbarn verrammelt wurde, dieser Satz klingt seit dieser Woche noch ein bisschen grotesker. Es keimt die Ahnung, dass Gaucks „helles Deutschland“ in Wahrheit etwas Stockfinsteres gebären könnte.

MEINUNGEN

***Roger Köppel**, Chefredakteur der Schweizer „Weltwoche“, (16. März), sieht **Deutschland** durch die jüngsten Landtagswahlen auf dem Weg zu **mehr Normalität**:*

„Natürlich hat die AfD wie alle jungen Parteien auch ein paar Spinner, Komiker und Irrläufer in den eigenen Reihen. Aber die Aufregung über die Verirrten steht in keinem Verhältnis zum viel gravierenderen Problem der gefährlichen, unsozialen und wahrscheinlich grundgesetzwidrigen Asylpolitik der Bundeskanzlerin. Das offizielle politische Spektrum hat sich am Wochenende erweitert. Deutschland ist ein bisschen normaler und demokratischer geworden.“

*Der Erziehungswissenschaftler **Hartmut Krauss** bezeichnet das „System Merkel“ im Portal „Journalistenwatch“ (21. März) als **„Honeckers Rache“**, welche die Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens der **Bundesrepublik zerstöre**:*

„Verfassungsklagen werden kurzerhand abgeschmettert, Petitionen nicht angenommen, Leserbriefe nicht abgedruckt, Regierungskritiker pauschal verteufelt und diskriminiert etc. Genauso produziert man Wutbürgerinnen und -bürger. Auch dafür: Danke Angela Merkel und Konsorten für diese praktische Hilfe und Maulwurfsarbeit bei der gesamtgesellschaftskritischen Desillusionierung über dieses niedergehende System.“

*Der algerische Schriftsteller **Kamel Daoud** wirbt in der „Zeit“ (17. März) um **Verständnis** für syrische Flüchtlinge, aber ebenso fordert er es auch **für Deutsche**:*

„Seien wir doch ehrlich! Wenn ich ein älterer deutscher Rentner mit kleinem Haus und kleiner Pension und meinem eigenen Lebensstil wäre und rund um mich herum die Leute ankommen sähe: Wie würde ich reagieren? Ich hätte Angst. Vielleicht würde ich mir eine Waffe zulegen.“

*Der zeitkritische Autor **Hadmut Danisch** wundert sich auf seinem Blog „danisch.de“ (21. März) darüber, dass ständig von einem **„Rechtsruck“** in Deutschland die Rede sei:*

„Man kann gar nicht links genug sein, um von den Medien nicht als rechtsradikal beschimpft zu werden, sobald man nicht das wählt, was man zu wählen hat. Sogar Ultra-Linke werden als rechts eingestuft, sobald sie bei einer Wahl wählen.“

*Der stellvertretende Chefredakteur des „Spiegel“ (19. März), **Dirk Kurbjuweit**, ruft dazu auf, einen neuen, weniger verhetzten **Umgang mit der AfD** zu finden. Aus dem ganz linken Lager in den Medien wurde er dafür heftig attackiert:*

„Bis zu den Landtagswahlen haben die etablierten Parteien und die meisten Medien die AfD behandelt, als sei sie ein Phänomen des Rands. Der Modus war Kampf. Im Lichte der Wahlergebnisse muss die AfD neu betrachtet und der Umgang mit ihr überprüft werden. Eine Partei, die in Baden-Württemberg 15 und in Sachsen-Anhalt 24 Prozent holt, ist auch eine Partei der Mitte, so schmerzlich diese Erkenntnis sein mag.“